



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 65. Sitzung
- Endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 2. Oktober 2015, 9.00 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal 3.101
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

Zeugenvernehmung

Seite

- Staatssekretär a.D. Dr. August Hanning
(Beweisbeschluss Z-20)

4

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herrn Staatssekretär a. D. Dr. August Hanning (Anlage) sind in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Allers, Fried-Heye Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian D.
SPD	Ahlefeldt, Johannes Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Faller, Johannes Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Piper, Bernd
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Keller, Dr. Iris Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Neist, Dennis Pabst, Daniel Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Fremke, Eva Hecheltjen, Dr. Martin
GBA	Grätsch, Gabriele
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Theis, Björn Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Teilnehmer Bundesrat

LV Nordrhein-Westfalen	Rohlfing, Heinrich
------------------------	--------------------



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 9.08 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 65. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit - viele von Ihnen haben wir ja gestern bis fast 24 Uhr schon gesehen - begrüße ich ganz herzlich. Ich begrüße auch ganz herzlich die Vertreter der Presse und alle die, die regelmäßig und ausgiebig über diesen Untersuchungsausschuss berichten.

Bevor wir zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung kommen, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen, die die, die regelmäßig an unseren Sitzungen teilnehmen, sicherlich kennen; nichtsdestotrotz ist dieser Hinweis wichtig.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauerhaften Ausschluss von Sitzungen dieses Ausschusses sowie des gesamten Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

Staatssekretär a. D. Dr. August Hanning
(Beweisbeschluss Z-20)

Der Beweisbeschluss Z-20 stammt vom 08.05.2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung des Zeugen Herrn Staatssekretärs a. D. Dr. August Hanning.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. August Hanning**

Ich begrüße daher auch unseren Zeugen Herrn Dr. Hanning ganz herzlich.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Sie haben die Ladung am 24. September 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie unserer Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für eine Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Sitzungsprotokolls dann gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, falls dies aus Ihrer Sicht notwendig ist. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Dr. Hanning, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind ja nicht das erste Mal Zeuge eines Untersuchungsausschusses, von daher kennen Sie diese Art der Belehrung; trotzdem muss es natürlich heute auch stattfinden. - Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie, dem Ausschuss einen Hinweis zu geben, dass wir dann einen Beschluss nach § 14 oder 15 des Untersuchungsausschussgesetzes treffen können und dann die Sitzung in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Weise fortführen können, sodass dann entsprechende Fragen an Sie gestellt werden können. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Sie fragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie dann nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer laudungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. August Hanning: Mein Name ist August Hanning. Ich bin 69 Jahre alt, wohne in [REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zum Beginn der Befragung, und da würde ich Sie zuerst fragen: Möchten Sie gerne ein Eingangsstatement abgeben und von der Möglichkeit dieses § 24 Absatz

4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gebrauch machen, im Zusammenhang zum Beweisthema erst mal ein Statement abzugeben?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich möchte davon Gebrauch machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Dr. August Hanning: Zwischen November 1998 und November 2005 war ich Präsident des Bundesnachrichtendienstes und danach bis November 2009 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. Da der Untersuchungsauftrag Ihres Ausschusses vor allem auf das Verhältnis des BND zu den US-Diensten, insbesondere der NSA, abhebt, beschränke ich mich bei meiner einleitenden Erklärung auf meine Tätigkeit als BND-Präsident.

In meine Amtszeit als BND-Präsident fielen einige gravierende Ereignisse, die mit großen Herausforderungen für den Bundesnachrichtendienst verbunden waren. Es waren dies gleich zu Beginn der Kosovo-Konflikt auf dem Balkan, später die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon im Jahr 2001 und die nachfolgenden Terroranschläge in Europa und der Türkei, die militärische Intervention in Afghanistan 2001 und der Krieg im Irak 2003. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, mussten bei knappen Ressourcen alle Möglichkeiten genutzt und mobilisiert werden, um die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes so effizient wie möglich zu organisieren.

Neben einer möglichst optimalen internen Organisation des Bundesnachrichtendienstes war dabei die Kooperation mit anderen Nachrichtendiensten von großer Bedeutung. Dies galt einmal für die Nachrichtendienste innerhalb der Europäischen Union. Besonders eng war stets die Zusammenarbeit mit den französischen Nachrichtendiensten; aber auch die Zusammenarbeit mit dem britischen Nachrichtendienst war sehr wichtig. Von herausragender Bedeutung war die Zusammenarbeit mit der US Intelligence Community. Die US-Nachrichtendienste verfügten über Ressourcen, die weit über die Möglichkeiten des



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesnachrichtendienstes hinausgingen. Dies möchte ich anhand folgender Ereignisse erläutern:

Erstens. In seiner Funktion als militärischer Nachrichtendienst war der Bundesnachrichtendienst verantwortlich für die kontinuierliche militärische Lagebeurteilung und Bedrohungsanalyse während des Kosovo-Krieges. Dies erforderte eine enge Zusammenarbeit innerhalb der NATO und hier insbesondere mit den US-Nachrichtendiensten.

Zweitens. Nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon im Jahr 2001 wurde der NATO-Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages ausgerufen. Am 12. September 2001 sicherte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag den Vereinigten Staaten die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zu. In der gleichen Erklärung bot er den Bürgern und Behörden der Vereinigten Staaten von Amerika jede gewünschte Hilfe an. Ausdrücklich erwähnte er dabei die Ermittlung und Verfolgung der Urheber und Drahtzieher der Attentate.

Aufgrund eigener Erkenntnisse und der engen Kooperation mit den US-Diensten konnten nach dem Anschlag binnen Stunden vom Bundesnachrichtendienst wichtige Informationen über die Attentäter ermittelt werden. Dabei stellte sich heraus, dass bei der Vorbereitung der Attentate der deutsche Standort in Hamburg eine wichtige Rolle gespielt hat. Daraus ergab sich für die deutschen Sicherheitsbehörden und den Bundesnachrichtendienst eine besondere Verantwortung für die Aufklärung der Ereignisse.

In der Zeit nach dem 11. September kam es zu einer Vielzahl von Kontakten zwischen der Bundesregierung und der US-Regierung sowie den Vertretern der Nachrichtendienste. Erwähnen möchte ich die zahlreichen Gespräche zwischen dem damaligen Bundesinnenminister Otto Schily und dem US Attorney General John Ashcroft. Ich selbst war danach regelmäßig in den USA und

habe mit den Spitzen der US Intelligence Community Erkenntnisse und Bewertungen über die Lage ausgetauscht.

In der Zeit nach dem 11. September bestand eine fortwirkende, ernsthafte terroristische Bedrohung. Erwähnen möchte ich den im Auftrag von al-Qaida ausgeführten Anschlag gegen die jüdische Synagoge auf der tunesischen Insel Djerba im April 2002, bei dem 19 Touristen, davon 14 aus Deutschland, als Opfer zu beklagen waren. Auch die Anschläge von Madrid im März 2004, London im Juli 2005 sowie zwei verheerende Anschläge in Istanbul im November 2013 mit erheblichen Opferzahlen bewiesen die große Gefahr weiterer terroristischer Anschläge - 2003; ich korrigiere.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Zusammenarbeit mit den US-Diensten, in Sonderheit mit der NSA, sowohl während meiner Amtszeit als Präsident des Bundesnachrichtendienstes als auch später als Staatssekretär im Bundesministerium des Innern maßgeblich dazu beigetragen hat, weitere geplante Terroranschläge gegen Deutsche im Ausland und innerhalb Deutschlands zu verhindern.

Im Rahmen der Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan hat der Bundesnachrichtendienst im Rahmen der NATO und auch bilateral eng mit den US-Nachrichtendiensten, insbesondere auch der NSA, kooperiert. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit konnte eine Vielzahl von Anschlägen gegen NATO-Streitkräfte und auch gegen deutsche Soldaten verhindert werden. Die nachrichtendienstliche Aufklärung in Verbindung mit der Kooperation mit den anderen westlichen Diensten und insbesondere der NSA war für den Schutz unserer Soldaten von entscheidender Bedeutung.

Der Bundesnachrichtendienst hat auch im Vorfeld und während des Irakkrieges trotz unterschiedlicher Auffassungen über die Opportunität dieses Krieges und der politischen Gegensätze zwischen der deutschen Bundesregierung und der US-Regierung mit den US-Nachrichtendiensten zusammengearbeitet. Dank dieser Zusammen-



Nur zur dienstlichen Verwendung

arbeit, aber im Wesentlichen aufgrund eigener Erkenntnisse war der Bundesnachrichtendienst in der Lage, sowohl im Vorfeld des Krieges als auch während der militärischen Auseinandersetzungen und in der Phase danach die Bundesregierung optimal zu unterrichten. Diese Zusammenarbeit war Gegenstand eines Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, und ich habe mich zu diesem Thema anlässlich meiner Befragung als Zeuge bereits ausführlich geäußert; deshalb möchte ich hier nicht näher darauf eingehen.

Ich komme nun zu dem Verhältnis des BND zur NSA. Nach meiner Ernennung als Präsident des Bundesnachrichtendienstes habe ich mich von allen Abteilungen des BND über die laufende Arbeit, insbesondere auch über die anstehenden Probleme, unterrichten lassen. Dabei war mir aufgefallen, dass die Problemlage im Bereich der Abteilung 2, also der für die Funkaufklärung des Bundesnachrichtendienstes verantwortlichen Abteilung, kritisch war. Dies lag einmal daran, dass die technische Entwicklung im Bereich der Kommunikation rasch vorangeschritten war, und zum anderen daran, dass der Abteilung nicht die notwendigen Ressourcen zur Verfügung standen, um diese Entwicklung zu begleiten. Es stellte sich bei der Prüfung der verschiedenen Verbesserungsmöglichkeiten heraus, dass die notwendigen Änderungen nur mit erheblichem Aufwand erreichbar waren.

Nach den Anschlägen in den USA im September 2001 und der sich daraus ergebenden verschärferten Bedrohungslage wurde der Reformbedarf immer dringender. Ich habe dann im Laufe des Jahres 2002 verschiedene Diskussionen mit dem Abteilungsleiter 2 und Mitarbeitern der Abteilung geführt und kam im Ergebnis zu dem Schluss, dass im Lichte der neuen Herausforderungen durch den Terrorismus und der zusätzlichen Anforderungen im Hinblick auf die Beteiligung der Bundeswehr an der Intervention in Afghanistan nunmehr sehr dringlich zusätzliche Anstrengungen zur Ertüchtigung der Abteilung 2 unternommen werden mussten.

Da mir der seinerzeitige Leiter der Abteilung 6, General Breittfelder, durch seine organisatorische

Begabung und eine gute Personalführung positiv aufgefallen war, habe ich ihn zum Leiter der Abteilung 2 vorgeschlagen und nach seiner Ernennung mit der Aufgabe betraut, die SIGINT-Aufklärung des Dienstes weiterzuentwickeln und ein umfassendes Programm zur grundlegenden Ertüchtigung der Abteilung zu entwerfen. Ein wesentlicher Bestandteil des Programms war eine enge technische Zusammenarbeit mit der NSA. Das Programm wurde nach intensiven Beratungen verabschiedet und von der Abteilung umgesetzt. Dabei wurde sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der Umsetzung nach meinem Eindruck sichergestellt, dass bei der Kooperation mit anderen Diensten das deutsche Recht, insbesondere das G-10-Gesetz, strikt beachtet wurde.

Abschließend möchte ich noch mal drei Punkte betonen:

Ohne Kooperationen mit anderen Nachrichtendiensten, insbesondere den Nachrichtendiensten der USA und hier insbesondere der NSA, wäre der BND während meiner Amtszeit nicht in der Lage gewesen, seine Aufgaben erfolgreich zu erfüllen. An der Zusammenarbeit mit der NSA und dem Know-how-Transfer von der NSA zum BND hatte der BND deshalb ein sehr hohes eigenes Interesse. Ich kann mich während meiner Amtszeit als BND-Präsident an keinen Vorgang erinnern, aus dem sich für mich ergeben hätte, dass die vereinbarte Kooperation des Bundesnachrichtendienstes mit der NSA von der US-Seite dazu genutzt wurde, deutsche Ziele unter Verletzung deutscher Interessen aufzuklären.

Im Übrigen - gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung - ist mir bei der Vorbereitung meiner heutigen Vernehmung deutlich geworden, dass mir nach mehr als zehn Jahren viele Einzelheiten über die damaligen Entscheidungsprozesse nicht mehr in Erinnerung sind. Die Abteilung 2 war eine von sechs Abteilungen, und ich war als BND-Präsident mit vielen anderen Problemen des Dienstes befasst, und ich habe als Präsident des BND und später als Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Tausende von Vorlagen abgezeichnet und an vielen Besprechungen teilgenommen, an deren Inhalt ich mich heute nicht mehr im Einzelnen erinnere. - Vielen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Hanning, für Ihr Eingangsstatement. - Sie haben sich ja zumindest bei der Zeichnung der groben Linien der damaligen Zeit sehr stark auch an Ihre Statements aus dem BND-Untersuchungsausschuss gehalten. Wir haben gerade mal den Abschlussbericht aus dieser Zeit uns noch auf den Rechner gerufen. Da waren Sie auch sechsmal Zeuge. Von daher sind die Teile sicherlich gut noch erinnerbar, weil Sie auch sicherlich eine sehr intensive Zeit waren in dem damaligen Untersuchungsausschuss, wobei ja - und das unterscheidet uns vielleicht - der Bereich SIGINT wenig Gegenstand des BND-Untersuchungsausschusses damals war, auf jeden Fall, wenn man sich den Abschlussbericht anschaut. Und vielleicht ist das ein Bereich, der hier etwas stärker in den Fokus gerückt wird.

Ich möchte zu Anfang jetzt nicht großartig den Rahmen einordnen; ich glaube, das ist uns allen klar. Ich würde aber gerne von Ihnen noch einmal wissen, bevor ich auf einige ganz spezielle Themenbereiche komme: Wie war denn vor dem 11. September die Schwerpunktsetzung im BND in Sachen SIGINT? War man mehr auf HUMINT in den klassischen Ländern ausgerichtet, wo man historisch gewachsene Beziehungen hatte, und war SIGINT eine Randerscheinung, oder war man eigentlich der Dienst, der weltweit mit vorne war, und - natürlich von der Größe anders als vielleicht größere Dienste - war man State of the Art im Bereich SIGINT? Wie wurde das empfunden?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, die SIGINT-Aufklärung des BND war immer von erheblicher Bedeutung. Das war schon zu Beginn meiner Amtszeit so; das habe ich schon vorher als Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt so empfunden. Und dank der SIGINT-Aufklärung sind wichtige Aufklärungsergebnisse des Bundesnachrichtendienstes auch erzielt worden.

Das Problem war, dass die Kommunikationstechnik - ich habe in meinem Eingangsstatement darauf hingewiesen - einem raschen Wandel unterworfen war. Die internetbasierten Verkehre nahmen zu, mehr und mehr Verkehre wurden über

Glasfasern geleitet, und das waren neue Technologien, wo der BND Schwierigkeiten hatte, dem zu folgen bzw. das zu begleiten mit seinen eigenen Fähigkeiten. Das war die Schwierigkeit, vor der der BND stand.

Den BND in seinen Fähigkeiten einzuordnen, fällt mir ein bisschen schwer. Ich habe ja auf die überragenden Fähigkeiten der US-Dienste hingewiesen. Das hat auch was mit den Ressourcen zu tun. In Europa spielte sicher der GCHQ in Großbritannien eine Sonderrolle, aus vielerlei Gründen. Ich glaube, dass der BND in Europa schon ganz gut aufgestellt war; aber, wie gesagt, verglichen mit den anderen Diensten, insbesondere mit den Diensten, die mit den USA eng verbunden waren, waren die Fähigkeiten durchaus verbesserungsbedürftig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Gerade der von Ihnen eben ja auch erwähnte Zeuge Breitfelder, der ja bei uns als Zeuge war, aber auch andere haben uns den Eindruck vermittelt - wenn ich mal im Plural sprechen darf -, dass der BND Anfang der 2000er-Jahre im Bereich SIGINT eben nicht auf der Höhe der Zeit war, gerade was E-Mail-Kommunikation betrifft, gerade was Internet, IP-Adressen betrifft, dass sowohl die von Ihnen erwähnten Amerikaner und Briten, aber zum Beispiel auch die Franzosen deutlich kompetenter in diesem Bereich SIGINT waren, der ja ein sehr dynamisch sich entwickelnder Bereich ist. Ich frage deswegen, um aufzuhellen, wie denn, ich sage mal, die Motivationen der gleich infrage stehenden Kooperationen sein könnten und die unterschiedlichen Interessenlagen. Also, wenn man da ein intensives Defizit feststellt und das ein Bereich ist, den man als den kommenden Bereich identifiziert hat, dann kann ich mir vorstellen, dass eine sehr hohe Motivation da ist, an diesen Wissensvorsprung wieder ranzukommen.

Zeuge Dr. August Hanning: Selbstverständlich. Und das war ja auch der Grund dafür, dass wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder ich sehr schnell angegangen bin nach Amtsantritt die ganze Frage¹: Wie können wir hier substantiell diese Aufklärungsmöglichkeiten verbessern?

Es ist, glaube ich, immer so in dem Bereich der Dienste und insbesondere im Bereich Signal Intelligence, also Funkaufklärung, dass neue Techniken große Herausforderungen an die Dienste stellen, weil man eben Vorkehrungen treffen muss, dass man auch diese neuen Kommunikationstechniken in geeigneter Weise überwachen kann, begleiten kann, erschließen kann. Und das war schon so, dass der BND da Defizite hatte; aber das hat natürlich auch mit den rasch sich entwickelnden internetbasierten Verkehren zu tun. Und eine Behörde wie der BND mit den beschränkten Ressourcen, wenn Sie sich die Etats anschauen, hat sich da sehr schwergetan, dem zu folgen. Aber das haben wir nicht als gottgegeben hingenommen, sondern da gab es eben Bestrebungen, aufzuschließen, da gab es Bestrebungen, sich selbst zu verbessern. Das erfordert natürlich Ressourcen, das erfordert die Zustimmung des Parlaments, des Vertrauensgremiums. Das bedurfte einer erheblichen Überzeugungsarbeit; aber dieser Aufgabe haben wir uns ja gestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das klingt jetzt so ein bisschen so, als hätte man grundsätzlich erkannt: „Da müssen wir uns verbessern“, hat die entsprechenden Kooperationen gesucht.

Wie beeinflussend war der 11. September speziell auf den Bereich SIGINT, also nicht allgemein - das lesen wir in dem Abschlussbericht des BND-Untersuchungsausschusses -, sondern speziell für den Bereich SIGINT?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, da hat sich schon herausgestellt, dass bei der Vorbereitung der Anschläge vom 11. September ja sehr vernetzt vorgegangen worden ist. Ich meine, ich habe den Standort Hamburg erwähnt; aber Sie müssen auch Kuala Lumpur erwähnen, Sie müssen Pakistan erwähnen. Und da ist durchaus sehr vernetzt vorgegangen worden. Vernetzt heißt,

dass miteinander kommuniziert wurde; und wenn kommuniziert wird, ist das auch immer eine Möglichkeit für Dienste, zu versuchen, diese Kommunikation zu verfolgen, mit anderen Worten die Vorbereitung terroristischer Anschläge zu verhindern bzw. zu erkunden. Und das war schon ein wichtiger Aspekt.

Ich glaube, dass gerade im Bereich des Terrorismus die ganze Thematik Funkaufklärung von entscheidender Bedeutung ist, weil eben sehr arbeitsteilig vorgegangen worden ist. Ich wiederhole: Arbeitsteilig heißt, dass miteinander kommuniziert werden muss. Das heißt also, dass Diensten, der Polizei, den Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit eröffnet wird, diese Kommunikation zu erschließen und damit Vorbereitungen für terroristische Anschläge zu verhindern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich ziehe da jetzt mal raus, dass insgesamt, aber auch speziell auf den Bereich SIGINT vor der Sorge, dass uns vielleicht Dinge durchgehen, gerade dieser Bereich auch in Zusammenarbeit mit den Partnern sehr wichtig war.

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich nur unterstreichen, vor allen Dingen, weil wir eben wussten, dass einige Partner weiter waren. Ich habe jetzt immer auf die Amerikaner abgehoben; Sie haben die Franzosen erwähnt. Ich kann das jetzt im Einzelnen nicht nachvollziehen, weil ich das nicht im Einzelnen technisch überblicke. Aber es war so, dass andere Dienste, andere Länder mit erheblichen Investitionen ihre Dienste zusätzlich ertüchtigt haben, und da stellte sich natürlich auch für uns die Frage: „Was tun wir?“, und da waren die Defizite klar, deutlich benannt worden. Und deswegen haben wir dann ja dieses Programm entworfen, um den Dienst in diesem Bereich zu ertüchtigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt komme ich mal zum ersten Fragekomplex; der geht um das sogenannte MoA aus dem Jahre 2002. Sagt Ihnen das was?

1) Richtigstellung des Zeugen: "Und das war ja auch der Grund dafür", dass wir oder ich nach Amtsantritt sehr schnell die Frage angegangen sind:", siehe Anlage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, na klar. Sonst hätte ich Ihnen das noch mal in einen Rahmen gestellt; aber schön, dass ich das nicht brauche. - Dieses Memorandum zu der Kooperation mit der NSA, insbesondere in Bad Aibling, ist von Ihnen unterzeichnet worden - richtig?

Zeuge Dr. August Hanning: Das trifft zu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist richtig. - Wie haben Sie sich mit diesem Memorandum beschäftigt? Was waren die Auslöser?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich sage mal - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, haben Sie es nur unterzeichnet und haben es nicht gelesen? Natürlich nicht.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, was ist dem vorausgegangen?

Zeuge Dr. August Hanning: Sie müssen die Vorgeschichte natürlich mit einbeziehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, darum geht es.

Zeuge Dr. August Hanning: Bad Aibling Station ist von der US-Armee, ich weiß nicht, 50er-Jahre, glaube ich, errichtet worden, war eine ganz wichtige Einrichtung für sie vor allen Dingen zur Auswertung und Erfassung der Krisenkommunikation. Es ging ja im Wesentlichen um Satellitenverkehre in Krisenregionen. Und Bad Aibling wurde ja nicht von der NSA betrieben, sondern wurde von der amerikanischen Armee betrieben. Und das war - so habe ich das jedenfalls gesehen - ein Relikt aus der Besatzungszeit.

Und da gab es auf amerikanischer Seite durchaus unterschiedliche Auffassungen. Die eine Auffassung war die: Ja, wir wollen das weiterbetreiben; das ist für uns wichtig. Die Armee hatte durchaus

solche Tendenzen, das zu tun. Und ich habe mir im Vorfeld gesagt: Das verletzt die deutsche Souveränität. Wir können auf Dauer nicht akzeptieren, dass von deutschem Boden aus die amerikanische Armee Bad Aibling betreibt.

Und da gab es schwierige Diskussionen. Da gab es auch schwierige Diskussionen im amerikanischen Kongress, dass einige Abgeordnete das auch überhaupt nicht eingesehen² wollten, dass so eine wichtige Station abgegeben werden soll, aus der amerikanischen Hoheit entlassen werden soll. Und dann habe ich damals mit Michael Hayden gesprochen - der Präsident NSA, Chef NSA - und habe gesagt: Michael, wir müssen hier eine Lösung finden; ich, wir Deutsche können das nicht akzeptieren, dass unter Verletzung der deutschen Hoheit hier Bad Aibling weiter von der US-Armee betrieben wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann war das? Nur dass wir es zeitlich einmal einordnen.

Zeuge Dr. August Hanning: Wenn ich das wüsste. Ich meine, es wäre 2001 gewesen. 2000/2001, vor - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, da wäre auch der Monat jetzt spannend. Sie können sich vorstellen, warum.

Zeuge Dr. August Hanning: Weiß ich nicht mehr; kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wahrscheinlich vor September, weil das am, ich sage mal, 12. September - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, das war völlig unabhängig vom September, wenn ich das richtig sehe. Also, es ging wirklich um die Zukunft von Bad Aibling Station.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar.

Zeuge Dr. August Hanning: Und das war eine Diskussion, die ist, meine ich, schon irgendwann

2) Richtigstellung des Zeugen: "einsehen", siehe Anlage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

vor 11. September - - Meine ich, aber ich bin da nicht sicher. Ich habe das jetzt nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: Jedenfalls haben wir dann auf meinen Vorschlag - oder ich weiß nicht, ob es Michael Hayden war - dann ein Dreiergespräch geführt hier in Berlin: General Alexander, damals Oberkommandierender der US-Streitkräfte in Deutschland, Michael Hayden und ich. Und dann haben wir vereinbart, dass der Status verändert wird, dass Bad Aibling unter deutscher Hoheit betrieben wird, dass aber den Amerikanern über den BND Zugang gewährt wird zu den Informationen, die die für wichtig gehalten haben, dies alles aber unter Beachtung deutscher Souveränität und deutscher Interessen. Und das war eigentlich der Schlüssel für das spätere MoA. Das ist da eigentlich nur in die juristische Form gegossen worden. Aber das war die Grundabsprache, die wir damals getroffen haben, und die ist dann ja auch später so umgesetzt worden. Bad Aibling wurde dann unter die Hoheit, unter sozusagen die Verfügungsgewalt des BND gestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Bei der Ausgestaltung des MoA - Sie hatten es ja gerade schon angesprochen - ist ein wesentlicher Punkt „Einhaltung des deutschen Rechts“ bei der Kooperation. Jetzt hatten ja beide Seiten vermutlich Interessen; sonst wäre man ja nicht in eine Kooperation gegangen, wenn es für eine Seite nur einen - -

Zeuge Dr. August Hanning: Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender, Interessen hat jeder, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar.

Zeuge Dr. August Hanning: - unabhängig von Kooperationen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war auch noch nicht der Frageteil; der Frageteil kommt jetzt.

Zeuge Dr. August Hanning: Alles klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist die Einleitung, ich probiere das ja noch - -

Zeuge Dr. August Hanning: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn das so super klappt, dann fasse ich meine Sätze demnächst kürzer. - Also, von daher würde mich interessieren: Hatte man ein gemeinsames Interesse in diesem MoA und den dazugehörigen Teilen des MoA fixiert? Oder brachte jeder seine Interessen ein, und der andere hat gesagt: „Gut, kann ich akzeptieren. Meine sind diese“? Also, ist ein gemeinsames Interesse definiert worden, oder gab es zwei Interessen, bei denen man gesagt hat: „Gut, do ut des“?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, es gibt immer unterschiedliche Interessen; -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine im konkreten Fall.

Zeuge Dr. August Hanning: - das ist selbstverständlich. Wenn Dienste zusammenarbeiten - das gilt nicht nur für Bad Aibling, das gilt für jede Kooperation -, hat jeder eine bestimmte Interessenlage.

Und auch in Kooperationen mit anderen Ländern, mit anderen Diensten ist eigentlich immer Grundlage jeder Kooperation, dass wechselseitig nicht die Interessen des anderen verletzt werden, also dass nicht Bad Aibling genutzt wird sozusagen, um deutsche Verkehre im amerikanischen Interesse aufzufangen bzw. auszuwerten. Das ist ja nicht nur in Bad Aibling so, das ist eigentlich bei jeder Vereinbarung mit einem anderen Dienst, was bestimmte Kooperationen zum Inhalt hat, eigentlich immer Geschäftsgrundlage. Das ist im nachrichtendienstlichen Bereich Comment, insoweit nichts Ungewöhnliches.

Aber es gab natürlich große Schnittmengen gemeinsamer Interessen, und das war eben die ganze Kommunikation in Krisenregionen, in Afrika, in Asien usw.; das war klar. Aber wir haben natürlich auch eigene Aufklärungsinteressen gehabt und die Amerikaner auch eigene Aufklärungsinteressen. Aber es war eigentlich klar, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Aufklärung so erfolgte, dass nicht die Interessen des anderen beeinträchtigt wurden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau darum geht es mir nämlich, ob auch ganz eigene Interessen jeweils in Bad Aibling verfolgt wurden und das Gegenstand des MoA war oder ob man ein gemeinsames Ziel definiert hat und das auch gemeinsam verfolgt und Erkenntnisse geteilt hat oder ob jeder sein Ding aus der Kooperation herauszog. Das wäre schon ganz wesentlich, der Unterschied.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, Herr Vorsitzender, es ist so, dass wir nicht das Aufklärungsprofil der NSA gekannt haben und die auch nicht das Aufklärungsprofil des BND. Ich meine, wir haben ein Aufklärungsprofil der Bundesregierung; das ist geheim. Und das haben wir natürlich auch nicht mit der NSA ausgetauscht.

Auf der anderen Seite: Auf abstrakter Ebene war natürlich klar, wofür man sich interessierte: Wir interessierten uns für Krisenkommunikation in Afrika, in Asien, Afghanistan - selbstverständlich. Und da gab es auch viele gemeinsame Interessen. Wir sind ja Bündnispartner innerhalb der NATO. Also die ganzen militärischen Aspekte, das war natürlich eine gemeinsame Schnittmenge, eine sehr breite gemeinsame Schnittmenge. Aber es gab auch eigene Interessen. Ich kann Ihnen da keine Beispiele nennen, aber es ist klar, dass wir in vielen Gegenden der Welt etwas andere Sichtweisen haben als die Amerikaner und die Amerikaner andere Sichtweisen als wir. Das ist selbstverständlich. Und deswegen gab es natürlich unterschiedliche Interessen auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja auch schon mal eine ganz wesentliche Einordnung, weil es für uns natürlich wichtig ist, dass beide Partner im Rahmen der Kooperation in Bad Aibling unterschiedliche Interessen -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - möglicherweise verfolgt haben, es nicht nur einen 100 Prozent deckungsgleichen Schnittmengenbereich gab, sondern eigene Interessen verfolgt worden

sind und dann aufgrund dieser Interessen gegebenenfalls eben auch Inhalte dementsprechend, die in Bad Aibling gewonnen worden sind, genutzt wurden.

Vielleicht in diesem Zusammenhang einmal die Einordnung. Es wird ja immer gesagt, dass schon kurz nach dem 11. September der damalige Bundeskanzler von uneingeschränkter Solidarität gesprochen hat. Anders muss man eben auch feststellen, dass der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Frank-Walter Steinmeier, ganz deutlich festgestellt hat, dass diese Kooperation bei voller Kontrolle durch den BND mit voller Transparenz und unter Beachtung des deutschen Rechts durchzuführen ist. Das finde ich schon mal eine ganz maßgebliche Feststellung. Die Frage ist - und das ist jetzt das, was Sie auch ansprachen: abstrakt das Ziel, konkret die Umsetzung -: Kann das dann eingehalten werden, wenn jeder sein Ding macht, sage ich mal überspitzt?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja gut, das ist ein Massengeschäft; -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, genau.

Zeuge Dr. August Hanning: - das ist immer ein bisschen schwierig, selbstverständlich. Das ist bei allen Massengeschäften so. Ob Sie in der Finanzverwaltung sind oder wenn Sie Visa erteilen, Sie haben immer das Risiko, dass Sie gewisse Fehler eingehen; das können Sie überhaupt nicht vermeiden. Wo Menschen agieren, gerade in solchen Bereichen, passieren auch Fehler.

Auf der anderen Seite war die Sensibilität in der Abteilung immer sehr hoch, dass in solchen Fällen sehr genau aufgepasst werden muss. Und dass wir Bad Aibling der deutschen Hoheit unterstellt haben, das war ja, ich sage mal, keine Quantité négligeable; dahinter stand ja schon auch sehr klar der Anspruch: Wir wollen das kontrollieren, wir sind diejenigen, die verantwortlich sind für Bad Aibling. - Und das ist auch so, glaube ich, zum Ausdruck gebracht worden. Jedenfalls war das immer mein Eindruck, auch aus den Gesprächen, die ich geführt habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das ist natürlich der Knackpunkt: Es ist ein Massengeschäft, bei dem es qua der zugrundeliegenden Materie um eine Vielzahl von Daten geht, wobei aber für den Einzelnen sein jeweiliges Datum, was möglicherweise betroffen ist, relevant ist, auch wenn es um eine Vielzahl von Daten geht. Und deswegen noch mal vor dem Hintergrund der völlig richtigen Feststellung des damaligen Kanzleramtsministers: War denn aus Ihrer Sicht das gewährleistet, was der damalige Kanzleramtsminister wollte? Wenn Sie sich noch mal den Inhalt dieses MoA vor das geistige Auge führen: Konnte das geleistet werden?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich glaube, dass das geleistet werden konnte. Und dass der damalige Chef des Bundeskanzleramtes damit einverstanden war, zeigt sich ja daraus, dass er das MoA ja auch akzeptiert hat. Das ist ja auch dem Bundeskanzleramt vorgelegt worden. Ich glaube, dass da alle Vorkehrungen getroffen worden sind, um dieser Interessenlage gerecht zu werden. Das, was damals der Chef BK gesagt hat, das war ja auch durchaus meine Meinung, das war auch die Meinung des Bundesnachrichtendienstes; da gab es überhaupt keine unterschiedlichen Verständnisschwierigkeiten oder unterschiedlichen Interpretationen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich sage mal, der Chef BK ist natürlich sehr stark darauf angewiesen auch, was ihm übermittelt und gemeldet wird. Und wenn Sie jetzt sagen - ich fokussiere es jetzt mal -: „Jeder macht sein Ding; es ist ein Massengeschäft, da kann ich eigentlich punktgenau gar nicht steuern“, dann erweckt das den Eindruck, als wären Kontrolle, vollständige Transparenz und hundertprozentige Beachtung deutschen Rechts - das sind die drei Punkte dieser Aussage - ja aufgrund dieses MoA, wo ja gerade keine gemeinsamen nachrichtendienstlichen Interessen, sondern die individuellen nachrichtendienstlichen Interessen der Partner deutlich werden, schwerlich möglich, oder Sie müssten es mir erklären.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Vorsitzender, ich widerspreche Ihnen, weil -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Erlaubt.

Zeuge Dr. August Hanning: - ein Großteil der Interessen völlig identisch sind. Also zum Beispiel die Krisenregionen in Afrika: Von der NATO aus betrachtet, gibt es da große Unterschiede, wann die Sicherheitsfragen im Vordergrund stehen? Oder Krisenkommunikation in Asien: Gibt es da sehr unterschiedliche Interessen zwischen Deutschland und den USA? Wir tauschen intensiv innerhalb der NATO die Informationen aus. Also da habe ich keine großen Interessengegensätze gesehen. Also, ich sage mal, zu 95 Prozent der Aufklärung gab es wahrscheinlich unterschiedliche Gewichtungen, Prioritäten, aber keine widerstreitenden Interessen.

Ich meine, wenn ich sage, dass jeder seine eigenen Interessen hat, ist das richtig. Auf der anderen Seite ist es ebenso richtig, dass die Schnittmengen gemeinsamer Interessen sehr groß waren, ich glaube in Bad Aibling sicher weit über 90 Prozent. Also insoweit habe ich da gar keine Bedenken gehabt, dass wir den Anspruch, der von Ihnen ja noch mal wiederholt formuliert worden ist, auch in der Praxis durchhalten können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich teile das. Es kommt mir nur gerade eben auf die 10 oder 5 oder wie viel Prozent es auch immer sind an, weil in diesen 5 Prozent, wenn man mal in diesem Bild bleibt, da stecken vielleicht dann auch so Fragen: Betreffen die Interessen, die von dem Partner kommen, möglicherweise im negativen Umkehrschluss deutsche Interessen, weil sie europäische Belange berühren, zum Beispiel weil es darum geht, politische Entscheidungen der amerikanischen Administrative vorzubereiten? Was ein legitimes Ziel ist; was auch so kundgetan wird auf Internetseiten der entsprechenden Dienste, dass das eine Aufgabe ist zum Beispiel der NSA.

Nur da ist die Frage, wenn wir diesen wenn auch kleinen Bereich der Nicht-Schnittmenge betrachten: Wie hat man das Gewollte - was ich voll unterstreichen würde und in der Aussage von Frank-Walter Steinmeier ja deutlich wird - denn dann auch tatsächlich gewährleisten können,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass zum Beispiel dann nicht EADS und Eurocopter eingesteuert werden, die dann zu Treffern führen und interessante Erkenntnisse für die wirtschaftspolitische Beratung der Administrative hervorrufen? Wie hat man denn gewährleistet, dass nicht möglicherweise ganz eigene Erkenntnisse abgerufen werden in diesen 5 Prozent, die nicht deckungsgleich sind, weil die Schnittmenge eben dann doch wieder zum Vorschein bringt, dass es darüber hinaus die eigenen Interessen gibt, die möglicherweise, je nach Zeitphase, sehr interessant für einen Partner sein können?

Zeuge Dr. August Hanning: Das mag schon so sein, Herr Vorsitzender, aber fragen Sie mich jetzt nicht nach technischen Einzelheiten. Es gab Selektions-, es gab Filtermechanismen; die Abteilung hat mir das vorgestellt damals. Wir haben das sehr intensiv geprüft, intensiv beraten. Wir haben das mit dem Bundeskanzleramt auch erörtert. Das war ja nicht trivial, diese Fragestellung. Und wir haben damals - - Ich bin so unterrichtet worden; ich bin auch nur Jurist, ich bin da kein Techniker, und ich bin schon gar nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Grenzen erleben wir auch jeden Tag.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich mache mich auch nicht anheischig, da jetzt die ganzen technischen Filtersysteme und händischen Filtersysteme zu bewerten. Es gab jedenfalls Mechanismen, die mir von der Abteilung so vorgestellt worden sind, die eine hohe Richtigkeitsgewähr, ich sage es mal vorsichtig, für derartige Ausfilterungen mir jedenfalls überzeugend dargestellt haben. Das war, glaube ich, so der Hintergrund.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darf ich kurz zwischenfragen? - Welche Abteilung hat Ihnen da, sagen wir mal, technische Expertise zugearbeitet und zum Ausdruck gebracht: „Das kriegen wir aufgrund von a, b, c, d hin“?

Zeuge Dr. August Hanning: Das war sicherlich Abteilung 2, die es ja auch betreiben sollte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. War das - -

Zeuge Dr. August Hanning: Abteilung 6 hat vermutlich mitgewirkt; aber ich kann Ihnen das jetzt nicht im Einzelnen sagen, wie da jetzt zwischen den Abteilungen die Arbeitsteilung genau verlaufen ist; aber es war die Abteilung 2 natürlich, die verantwortlich war für die Umsetzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir geht es nämlich um Folgendes: Ich könnte mir vorstellen, dass gerade in der Phase und zu Beginn von Kooperationen gerade die Abteilung 2 ja in einem, ich sage jetzt mal flapsig, positiven Hype war, etwas Neues zu kriegen, Neues zu lernen, auch Druck durch die Amtsleitung möglicherweise hat -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - also, ich meine den BND, also nicht im Sinne vom Kanzleramt -, weil man ja hier ein neues Baby hatte, was Zukunft war, -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, Herr Vorsitzender, so war das nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und da musste man Erfolge auch - -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nein, nein, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein?

Zeuge Dr. August Hanning: - so war das nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine Erfolge?

Zeuge Dr. August Hanning: Und dann die Abteilungen da: Herr Breitsfelder - Sie haben ihn ja vielleicht kennengelernt; ich habe ihn lange nicht mehr gesehen; -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, der sprach eigentlich dafür, dass man an die Sache rangehen sollte. Hat mir gut gefallen.

Zeuge Dr. August Hanning: - aber ich habe ihn noch so in Erinnerung -, der hat schon seine Bedenken und Probleme immer sehr deutlich zur



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sprache gebracht. Und die Rechtsprobleme waren immer ein Problem. Und ich sage mal, ich glaube, er litt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da hat Herr Breitfelder viel zu gesagt? Ist ja nicht Jurist jetzt, wie wir.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, er hat ja Juristen in seiner Abteilung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: Das war schon - - Die Abteilung 2 war ja juristisch auch bestens ausgestattet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha.

Zeuge Dr. August Hanning: Und außerdem war Herr Breitfelder sicher nicht jemand, der blauäugig war gegenüber Interessen Dritter, und der wusste sehr genau, dass die Amerikaner ihre eigenen Interessen haben und dass deswegen dieser ganzen Frage „Abgrenzung“, „Interessenabgrenzung“ eine hohe Bedeutung beizumessen war. Also da war gerade in der Person Breitfelder aus meiner Sicht schon die Gewähr dafür, dass mit diesem Problem sehr sorgsam umgegangen wurde.

Also diese Euphorie, die Sie da beschreiben, die haben wir so nicht empfunden. Es war - - Wir haben damals gesagt: „Das ist eine große Aufgabe, schwierig;“ - wir mussten uns ja ganz neu einfinden; wir waren ja vorher nicht beteiligt, auch nicht an der ganzen Problematik Erfassung - „wie geht man damit um?“ Das war eine neue, große Aufgabe mit vielen Schwierigkeiten und Problemen, die sind erörtert worden, auch in meinem Beisein. Wir haben uns intensiv darum gekümmert, und dann sind Entscheidungen gefällt worden, und ich hatte den Eindruck: Jawohl, die Abteilung kann das leisten, die schafft das. - Und ich hoffe, dass sie es auch geschafft haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das haben wir auch gemerkt, dass doch die Juristen in der Abteilung 2 Position beziehen, insbesondere

was den Schutz von G-10-Verkehren betrifft, insbesondere auch, was alles darüber hinausgeht und global gesehen werden muss, bis hin zu den Dingen, die über die Satelliten an Information kommen, und die sind ja im Weltraum. Also von daher: Da haben die Juristen wirklich sich bemüht.

Mich würde aber über diesen ersten Teil der Frage der Schnittmengen und der divergierenden Interessen der zweite Aspekt noch mal interessieren: Transparenz. Ist auch angesprochen worden durch den BND, mit voller Transparenz würde man in diese Kooperation gehen. Wie machte sich denn - bitte nicht wortwörtlich das MoA zitieren - in der Kooperation auf den entsprechenden Grundlagen dieses Kriterium der vollen Transparenz, was ja schon etwas skurril ist, wenn wir über Nachrichtendienste reden, bemerkbar?

Zeuge Dr. August Hanning: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich auch nicht.

Zeuge Dr. August Hanning: Also in bestimmten Bereichen ist Transparenz schon notwendig. Also wenn ich mit Partnern kooperiere, setzt das ein gewisses Vertrauensverhältnis voraus, zwangsläufig, sonst können Sie nicht kooperieren. Und Kooperation heißt, dass ein Mindestmaß an Transparenz auch gewährleistet sein muss, dass also nicht jetzt hinter dem Rücken des einen Partners Dinge betrieben werden, die die Interessen des anderen Partners verletzen. Also das ist schon ein wichtiger Aspekt.

Wie das jetzt genau in Bad Aibling abgelaufen ist, Herr Vorsitzender, ob die gemeinsam immer Kaffee getrunken haben und wie die das organisiert haben, das kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen. Aber ich habe immer gehört, dass es durchaus Schwierigkeiten gab; es gab unterschiedliche Philosophien, es gab Abstimmungsrunden. Mich hat das ab und zu auch erreicht, wenn ich in Washington war. Da wurde über das G-10-Gesetz geschimpft, und man hat gesagt: Was ist das denn für ein merkwürdiges Gesetz da in Deutschland, das uns hindert, hier vernünftig zu kooperieren? - Das kenne ich auch noch aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

meinen Gesprächen. Also da gab es durchaus Schwierigkeiten, da gab es Abstimmungsrounden, da gab es Abstimmungsmechanismen. Das führte auch mitunter dazu, dass der Präsident eingeschaltet wurde oder vorbereitet wurde, bei seinen Gesprächen in den USA über solche Themen zu sprechen. Aber noch mal: Darüber ist jeweils intensiv auf den unterschiedlichen Ebenen mit der amerikanischen Seite gesprochen worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also - ich kann das unterstreichen - das ist auch das, was wir aus den bisherigen Zeugenaussagen vernommen haben, dass nicht aufgrund des Vertrauens und der Praxis alles nur entspannt war und ohne dass es Diskussionen gab, sondern dass es immer wieder Diskussionen gab. Kann das auch damit zusammenhängen, dass man ein unterschiedliches Machtgefälle im Bereich der technischen Kompetenz hatte?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die einen konnten eben mehr als die anderen.

Zeuge Dr. August Hanning: Natürlich. Ich habe immer scherzhaft gesagt: Die Amerikaner sind der Elefant, und wir sind das Pony, und wenn die beiden zusammengehen, dann ist es ein bisschen schwierig; also muss man sich wappnen. - Aber das ist eine Sache.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie hat man sich gewappnet? Das würde mich besonders interessieren: Wie hat sich das Pony gewappnet gegen den Elefanten?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, wissen Sie, die Ponys sind manchmal auch nicht so schlecht. Die sind schneller und müssen manchmal besser sein als selbst der Elefant. Also, wir haben Teilbereiche gehabt, und wir hatten eben sehr qualifizierte Mitarbeiter, zum Teil. Und wissen Sie: Signal Intelligence hat sicher viel mit Technik zu tun - Sie müssen erfassen; wenn Sie nicht erfassen, können Sie nicht auswerten -, aber es hat auch sehr

mit der Qualität von Auswertungen zu tun. Also - ich habe ja eben 9/11 erwähnt - da hatten wir eben Leute, die genau gewusst haben: Auf welcher Strecke wird über diesen Vorfall kommuniziert? Wer kommuniziert mit wem? Und: Ist das belastbar, was dort kommuniziert wird? Und da sind Sie ganz schnell bei Einzelpersonen, die also genau das beobachten, das wissen; und da war der BND zum Teil sehr gut.

Wir hatten sehr gute Leute, sehr gute Leute, die nach 9/11 fast ihre Dienstzimmer nicht verlassen haben, sondern immer sozusagen aufgepasst haben und aufgefangen haben, mit hohem persönlichen Engagement. Also, was ich damit zum Ausdruck bringen will: Wir haben zum Teil technische Defizite, die wir hatten - wir sind in vielen Dingen bei weitem nicht so gut gewesen wie die NSA - - Aber wir hatten sehr engagierte Mitarbeiter, und wir waren in Teilbereichen so gut, dass auch NSA gestaunt hat. Also noch mal: Auch das Pony hat Qualitäten, ist manchmal schneller als der Elefant, und deswegen sind wir anders gewesen; aber wir hatten auch durchaus was in die Kooperation einzubringen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würden Sie dann sagen, dass vielleicht die Unterschiede zwischen den beiden Diensten sind, dass die Amerikaner sehr stark auf die Macht von SIGINT setzen und das massenhafte Auswerten von Daten, gleichsam einen Steinbruch, den man anhäuft und dann nutzt, wenn es notwendig ist, und dass der BND mehr auf die Kombination von SIGINT und HUMINT setzt, weil wir den Steinbruch gar nicht handeln könnten? Wäre das eine Analyse?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich tue mich ein bisschen schwer mit „die Amerikaner“. Die Amerikaner sind natürlich sehr unterschiedlich organisiert, sind 16 verschiedene Dienste³. CIA macht im wesentlichen HUMINT. Es gab in der US-Community immer unterschiedliche Tendenzen. Es gab das Bestreben, Signal Intelligence in besonderer Weise zu fördern, weil HUMINT eben immer mit höheren Risiken verbunden ist. Da ist

3) Richtigstellung des Zeugen: "in 16 verschiedenen Diensten", siehe Anlage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

weniger zu tun. Also das wechselte auch. Im Ergebnis ist es natürlich so, dass die Amerikaner in ganz erheblichem Umfang ihre Signal-Intelligence-Kapazitäten ausgebaut haben. Wenn Sie sich die Haushalte der NSA anschauen, das spricht für sich.

Der BND hatte immer einen großen Vorteil, und das war der Vorteil, dass er eben alles unter einem Dach hatte, dass er sozusagen verbinden konnte Ergebnisse aus HUMINT, aus SIGINT und dass er komplex auswerten konnte, bewerten konnte aus ganz unterschiedlichen Quellen, und das alles unter einem Dach. Und dadurch hat er durchaus Synergieeffekte erschlossen. Da gab es dann Probleme. Das war ja für mich auch der Grund, dass ich der Meinung war, wir müssen alles unter einem Dach vereinigen, weil Sie dann die größten Synergieeffekte haben - das Ergebnis können Sie ja an der Chausseestraße besichtigen -, weil ich glaube, dass dadurch ganz erhebliche zusätzliche Ressourcen gewonnen und erschlossen werden können.

Ich fasse noch mal zusammen: Amerikaner sind in vielen Bereichen technisch sehr gut, haben hohe Ressourcen, haben aber große Probleme manchmal, sich zu koordinieren untereinander. BND ist ein kleiner Dienst, schwächlich verglichen mit den Amerikanern, was die Ressourcen betrifft - darauf will ich es nur beschränken -; aber der BND hat den großen Vorteil, dass er verschiedene Aufklärungsansätze miteinander verbinden kann, das zu einer Auswertung bringt; und er hat den großen Vorteil, dass er sowohl ein ziviler als auch ein militärischer Dienst ist. Also er kann sehr gut Synergieeffekte dadurch erschließen, wenn ich das mit anderen Diensten in anderen Ländern vergleiche, die ganz anders organisiert sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt kreisen wir seit gut einer halben Stunde um die Überlegungen, die dem MoA zugrunde liegen, kratzen, sagen wir mal, an den generellen Fragestellungen, gehen noch gar nichts ins Detail. Hat eine entsprechende Diskussion im BND im Vorfeld der Erstellung und Fixierung des MoA auch stattgefunden?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher, es gab da verschiedene Diskussionen, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer hat denn das formuliert eigentlich, das MoA? Wer hat es denn niedergeschrieben?

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich Ihnen nicht mehr sagen; weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kam es vom Kanzleramt oder aus dem BND?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich vermute, aus dem BND; aber ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das müssten Sie aber eigentlich - -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, muss ich nicht mehr wissen. Das ist mir vorgelegt worden als Entwurf von der Abteilung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer macht so was? Leitungsstab dann, oder wer macht so was?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, der Leitungsstab hat das organisiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, muss ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich habe mich als BND-Präsident nicht darum gekümmert, wer jetzt was genau gefertigt hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das - -

Zeuge Dr. August Hanning: Wenn die Abteilung mir das vorlegte, dann war das so in Ordnung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das Alltagsgeschäft? Kann man das so sagen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, natürlich nicht. Ich habe mir das genau erläutern lassen, was da drin stand. Vor allen Dingen haben wir das ja mit dem Bundeskanzleramt auch abgestimmt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie läuft so eine Abstimmung? Mündlich, oder gibt



Nur zur dienstlichen Verwendung

es da Arbeitsgruppen oder - - Ich habe so was nicht mitgemacht.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, wir hatten im Bereich G 10 immer einen engen Kontakt, weil ja alle G-10-Anträge über das Kanzleramt eingespeist werden mussten bei der G 10-Kommission. Von daher gab es immer einen unmittelbaren Kontakt zwischen den fachlich Zuständigen, zwischen Kanzleramt und auch der Abteilung 2. Wie das da jetzt genau abgelaufen ist, Herr Vorsitzender, kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Also, ich weiß nur, dass dem MoA wirklich intensive Beratungen vorausgegangen sind, dass ich das auch wiederholt mit dem Bundeskanzleramt beraten habe, mit Sicherheit auch mündlich, dass hinterher auch ein schriftlicher Abstimmungsprozess stattgefunden hat und dass, glaube ich, noch mal das vorher sehr intensiv beraten worden ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Erinnern Sie da, wie viele Treffen es da gemeinsam mit dem Kanzleramt gab?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, beim besten Willen nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es da überhaupt welche?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher. Wir haben uns ja immer getroffen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das erinnern Sie, dass es welche gab, aber wie viele, jetzt nicht?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, das ist ja nicht trivial, Bad Aibling.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein; -

Zeuge Dr. August Hanning: Also das war ein wichtiges Thema.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - sonst würde ich nicht so viel Zeit da jetzt drauf verwenden.

Zeuge Dr. August Hanning: Wichtige Themen werden erörtert; das ist ja selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Wissen Sie, wer an den Treffen teilgenommen hat?

Zeuge Dr. August Hanning: Wahrscheinlich, wenn ich dabei war, Herr Uhrlau. Wenn der Präsident dabei war, der Abteilungsleiter, und ansonsten auf Fachebene.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: Und wir haben das sicher auch mit dem Chef BK mündlich erörtert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: Wir haben uns ja jeden Dienstag getroffen in ND-Lagen, und da haben wir solche Themen natürlich auch besprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie lang ging dieser Prozess der Fixierung des MoA? Was würden Sie sagen?

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich Ihnen nicht sagen; weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wochen? Monate? Tage?

Zeuge Dr. August Hanning: Weiß ich nicht, habe ich nicht in Erinnerung. Also, jedenfalls - - Man muss ja den ganzen Prozess sehen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: - es geht ja nicht jetzt um die Frage der Formulierung, wer welche Formulierung einspeist. Wir mussten das ja erst mal im Dienst koordinieren, mit dem Kanzleramt koordinieren, mit den Amerikanern besprechen; die sollten ja auch unterschreiben, nebenbei bemerkt. Also, mit anderen Worten: Wir hatten eine Fülle von Abstimmungsgesprächen, die dann mündeten in die Unterzeichnung dieses MoA.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatte das Kanzleramt - und so scheint mir das - deutlich mehr Bedenken bezüglich des MoA als der BND? Die Formulierung kam ja auch aus dem BND, dass das Kanzleramt gesagt hat: Vorsicht, da müssen wir noch mal - -

Zeuge Dr. August Hanning: Es war immer Aufgabe der Aufsicht, skeptisch zu sein und Fragen zu stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: Wie das genau in dem Fall ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Im Ergebnis hat ja das Kanzleramt zugestimmt. Das ist ja im Einzelnen erörtert worden. Vermutlich auch aufgrund von Anregungen des Kanzleramtes ist der Text wahrscheinlich auch verändert worden, nehme ich mal an. Ich weiß es aber nicht mehr. Also, ich kann Ihnen jetzt im Einzelnen das nicht mehr erzählen, wie dieser ganze Entstehungsprozess abgelaufen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich hätte jetzt noch weitere Themenkomplexe, aber ich würde vorschlagen, weil das vielleicht Sinn macht, genau an dem Punkt weiterzumachen, auch für die Fraktionen, dass wir hier einsteigen. Weil wenn ich jetzt den nächsten Themenkomplex aufreißt, dann müssten wir wahrscheinlich hin- und herspringen. Dann würde ich sagen, ich beende erst mal meine Fragen, gebe an die Fraktionen, und ich kann ja immer noch einsteigen, wenn wir zu den anderen Themenkomplexen kommen.

Ich würde jetzt zuerst der Fraktion Die Linke die Möglichkeit geben, ihre Fragen zu stellen. Und ich glaube, Frau Kollegin Renner beginnt. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Guten Morgen, Herr Hanning.

Zeuge Dr. August Hanning: Guten Morgen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hätte zu dem bisher Gesagten zwei Nachfragen, und dann

würde ich tatsächlich auch einen neuen Komplex aufrufen.

Sie sagten: Wir haben das Aufklärungsprofil der NSA nicht gekannt. - Nun wissen wir ja mittlerweile, dass die NSA dem BND - und das scheint schon langjährig geübte Praxis gewesen zu sein - sogenannte Selektoren, also Suchbegriffe, übergeben hat, die dann im BND-Datenprofil eingestellt wurden und Meldungen produzieren sollten. Man hat wenigstens seit 2005 sich diese Selektoren wohl näher angesehen und auch festgestellt, dass sie an einigen Stellen deutsche Interessen, später dann auch europäische Interessen verletzt haben, und natürlich Rückschlüsse ziehen können auf die Aufklärungsziele der NSA. Kennen Sie diesen Vorgang zu den NSA-Suchbegriffen?

Zeuge Dr. August Hanning: Kenne ich nicht. Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist an keiner Stelle Ihnen zur Kenntnis gelangt?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ist mir nicht in Erinnerung, dass ich jetzt im Einzelnen mit den Anforderungen oder den Selektoren - haben Sie genannt - da befasst worden bin. Kann ich mich nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich daran erinnern, dass es vielleicht zu irgendeinem Zeitpunkt hieß: „Wir haben unter den Suchbegriffen der NSA deutsche Firmen bzw. europäische Firmen mit deutscher Beteiligung gefunden“?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich kann mich zu meiner Amtszeit daran nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich vorstellen, warum die NSA zum Beispiel EADS ausspionieren wollte?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, ob sie ausspionieren wollte, weiß ich nicht. Also, es ist ja - - Zwischen Selektoren und Ausspionieren gibt es, glaube ich, noch einen großen Unterschied. Der Punkt ist natürlich, dass Proliferationsaufklärung



Nur zur dienstlichen Verwendung

immer eine wichtige Rolle gespielt hat. Und wir wissen seit Rabta und anderen Ereignissen - und ich erinnere noch die ganzen Probleme im Irak, Zulieferung deutscher Firmen zum Chemie-waffenkomplex im Irak -, dass natürlich die NSA insoweit auch deutsche Firmen ins Visier genommen hat. Und das ist, glaube ich, bis heute so, dass die NSA sehr kritisch alle Firmen beobachtet, nicht nur deutsche Firmen, die in kritische Staaten liefern, also, gerade jetzt Iran oder andere; ich will jetzt keine großen Beispiele nennen. Also, insoweit ist das nicht ungewöhnlich, dass die NSA das macht. BND macht das im Übrigen ja auch, jedenfalls soweit es rechtlich eben möglich ist. Also, von daher ist es für mich keine Überraschung, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nun steht ja heute auch in Rede, dass die NSA schon seit vielen, vielen Jahren Regierungsstellen, Ministerien abgehört hat, das Bundeskanzleramt wohl recht flächendeckend mit Handynummern und Dienstan-schlüssen. Die letzte *Spiegel*-Veröffentlichung legt ja sogar nahe, dass der BND selbst Aufklärungsziel der NSA gewesen ist. Da sind wir ja dann nicht mehr im Bereich der Proliferation. Oder ist der - - Ich meine, der BND war an der einen oder anderen Stelle tatsächlich an illegalen Waffengeschäften beteiligt; aber ich bin jetzt nicht davon ausgegangen, dass die NSA das aufklärt.

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, ich kann Sie da beruhigen: Der BND hat sich nie an illegalen Waffengeschäften beteiligt - das vielleicht vorweg. Aber ich möchte doch noch mal klarstellen, dass Sie natürlich damit rechnen müssen, wenn Sie offen kommunizieren hier in Berlin, dass Dienste das abhören. Das ist so. Jeder, der offen kommuniziert, muss damit rechnen. Damit hat auch der BND-Präsident gerechnet, wenn er das Handy benutzt hat, was er aber nicht so häufig benutzt hat, dass er natürlich abgehört wird. Das ist so. Das ist nicht ungewöhnlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie denn mal das Bundeskanzleramt darauf hingewiesen,

dass diese Gefahr besteht, dass der BND das Bundeskanzleramt abhört, wenn das so ein Allgemeinplatz ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß es nicht. Ich bin nicht für die - - Als BND-Chef bin ich nicht für die Sicherheit der Bundesregierung verantwortlich. Wir sind ein Land mit relativ niedriger Sicherheitskultur. In Deutschland werden viele Dinge über offene Leitungen miteinander ausgetauscht, wo ich als ehemaliger BND-Chef immer gesagt habe: Wie kann das eigentlich nur sein? - Ich sage Ihnen: Wir ersetzen ein bisschen unsere niedrige Sicherheitskultur durch die Empörung über Dritte, wenn die dann sozusagen diese Schwäche nutzen. Ich würde empfehlen, unsere eigene Sicherheitskultur mal einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Wer offene Handys benutzt hier in Berlin, der muss wissen, was er tut. Wir reden heute über NSA; aber ich kann Ihnen viele andere Dienste nennen, die natürlich auch eine Möglichkeit haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Aber wir müssen ein bisschen beim Thema bleiben. Der Untersuchungsausschuss untersucht nur die Five Eyes. Wir reden nicht über andere Dienste.

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist auch richtig. Aber Sie haben nach NSA gefragt, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: - und ich antworte mit einer Sicherheitskultur, die hier in Deutschland leider relativ niedrig vom Stand her entwickelt ist und deswegen natürlich Möglichkeiten eröffnet für andere Dienste. Ich habe aber keine Erkenntnis gehabt - das war Ihre Frage -, dass die NSA das tut; da habe ich keine Erkenntnis gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten keine Erkenntnisse im BND, dass die NSA so etwas tut?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. - Sie fragen ja nach Erkenntnissen. Vermutungen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Vermutungen hatten Sie?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Vermutungen, das könnte ja alles sein. Aber Erkenntnisse hatte ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das ist vollkommen normal? Dann können wir den Straftatbestand geheimdienstlicher Agententätigkeit streichen in Zukunft, wenn das vollkommen normal ist und ein Problem des Opfers, wenn es ausgeforscht wird.

Zeuge Dr. August Hanning: Das habe ich nicht verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, wenn das eine Sicherheitslücke ist, die das Opfer der Ausspähung zu verantworten hat, und nicht ein Problem desjenigen, der zum Beispiel gegen Regierungsstellen Spionage betreibt, dann können wir ja in Zukunft die entsprechenden Straftatbestände aus dem Strafgesetzbuch entfernen. Das brauchen wir dann nicht mehr.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich verstehe Ihre ganze Argumentation überhaupt nicht. Ich meine, die NSA unterliegt doch nicht deutschen Gesetzen. Und wir, wenn wir im Ausland aktiv sind, unterliegen auch nicht den Gesetzen von Usbekistan oder Indonesien oder Australien. Natürlich verletzen wir das Recht, wenn Sie so wollen, wenn wir chinesische Unternehmen, Rüstungsunternehmen ausspähen. Das ist nur gegriffen; ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagen, die NSA in Deutschland unterliegt nicht dem deutschen Gesetz?

Zeuge Dr. August Hanning: Deswegen werden doch die Chinesen nicht sagen: Deswegen können wir das Gesetz streichen. - Das ist doch eine merkwürdige Logik, die Sie da aufstellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die NSA in Deutschland agiert quasi auf welcher Grundlage im rechtsfreien Raum: vogelfrei, darf machen, was sie will?

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist doch - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben gerade gesagt, die NSA - -

Zeuge Dr. August Hanning: Noch mal: Ich habe wirklich Probleme mit Ihrer Fragestellung. Ich meine, andere Dienste agieren doch auch hier. Natürlich agieren hier andere Dienste in Deutschland.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das Ihre Rechtsauffassung - -

Zeuge Dr. August Hanning: Lesen Sie den Verfassungsschutzbericht!

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das Ihre Rechtsauffassung, dass die NSA sich in Deutschland nicht an die deutschen Gesetze zu halten hat?

Zeuge Dr. August Hanning: Andere Dienste auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Kein Dienst?

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist völkerrechtlich nun mal so geregelt, Frau Abgeordnete. Und wenn Sie den Verfassungsschutzbericht durchlesen, sehen Sie, dass eine Fülle anderer Dienste natürlich auch in Deutschland aktiv sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Wir reden aber jetzt hier über die Five Eyes. Wir reden jetzt hier über die NSA.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie sagen, es ist vollkommen okay, wenn die NSA sich in Deutschland nicht an die deutschen Gesetze hält?

Zeuge Dr. August Hanning: Das sage ich überhaupt nicht. Das ist überhaupt nicht - - Das ist doch nicht in Ordnung. Wir reden hier über Rechtsfragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, klar. Aber wir sind - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Wie kommen Sie dazu, zu sagen, dass ich das in Ordnung finde? Also, nein. Also, ich widerspreche dem.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, sie haben sich - - Also, die NSA hat sich an die deutschen Gesetze zu halten?

Zeuge Dr. August Hanning: NSA hält sich an die amerikanischen Gesetze, und der BND hält sich an die deutschen Gesetze. Das ist meine Antwort darauf.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dort, wo die NSA mit dem BND kooperiert und gemeinsam agiert, muss sich dann die NSA an die deutschen Gesetze halten?

Zeuge Dr. August Hanning: Da gibt es eine Vereinbarung. Und ich habe ja eingangs gesagt, dass ich während meiner Amtszeit keine Erkenntnisse habe, dass diese Vereinbarung missbräuchlich dazu verwendet worden ist, unter Verletzung deutscher Gesetze und deutscher Interessen Aufklärung zu betreiben. Ich kann diese Feststellung nur wiederholen.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann reden wir über die Operation „Eikonol“, den Abgriff des Bundesnachrichtendienstes bei der Deutschen Telekom für die NSA ohne Wissen des Parlamentarischen Kontrollgremiums, ohne Wissen der Telekom und ohne Wissen - so stellt es sich heute dar - des Bundeskanzleramtes, was die Frage der Kooperation mit der NSA angeht. Wussten Sie von Anfang an Bescheid, dass diese Operation für die NSA durchgeführt wird?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe wirklich Mühe, Ihre Frage zu verstehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es geht - -

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist eine gemeinsame Operation gewesen des Bundesnachrichtendienstes mit der NSA -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Ich kann es Ihnen - -

Zeuge Dr. August Hanning: - unter strikter Wahrung deutscher Gesetze.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeuge Dr. August Hanning: Und es sind diejenigen unterrichtet worden, die darüber unterrichtet werden mussten.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das PKGr ist nicht unterrichtet worden, dass die NSA beteiligt war. Der Provider ist getäuscht worden.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ob die unterrichtet wurden, das weiß ich im Augenblick nicht, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber das PKGr muss auch nicht über jede nachrichtendienstliche Operation unterrichtet werden.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch nicht irgendein Gremium!)

- Herr Ströbele kann das ja - -

Martina Renner (DIE LINKE): So, dann fragen wir noch mal so: Kennen Sie den Vertrag „Transit“ zwischen dem Bundesnachrichtendienst und der Deutschen Telekom AG?

Zeuge Dr. August Hanning: Habe ich nicht in Erinnerung; weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss hier doch etwas auf die Zeit gucken, weil sie schon deutlich überschritten ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Vorgang?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das würde bedeuten, dass die nächste Fraktion dran ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Ich würde nur noch mal fragen: Kennen Sie einen Vertrag? Ich nehme jetzt den Namen „Transit“ weg. Kennen Sie einen Vertrag zwischen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich habe ihn damals vermutlich gelesen. Ich weiß es nicht mehr. Kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Also, heute habe ich ihn jedenfalls nicht mehr in Erinnerung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD, und der Herr Kollege Flisek beginnt.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Morgen, Herr Dr. Hanning.

Zeuge Dr. August Hanning: Morgen.

Christian Flisek (SPD): Ich würde ganz gerne noch mal ganz kurz zum Themenkomplex Bad Aibling einleitend kommen, weil wir uns auch schon unterhalten haben, wie dieses Memorandum zustande gekommen ist speziell für Bad Aibling. Die Situation vor diesem Memorandum, wo im Prinzip die Amerikaner, ich sage jetzt mal, da die alleinige Herrschaft - in Führungsstrichen - hatten, das war ja da nicht auf der Grundlage, ich sage jetzt mal, wirklich deutschen Rechts vorher, nicht? Das war so ein Sonderrecht der Alliierten. Oder wie soll ich mir das vorstellen? Vorher vielleicht Besatzungsrecht, und es hat sich dann irgendwie - -

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich habe mich mit der Rechtslage nicht wirklich beschäftigt. Denn da gilt ja das NATO-Truppenstatut, und wir wissen ja: NATO-Truppenstatut - habe ich gelernt - wird, glaube ich, vom Auswärtigen Amt rechtlich betreut. Und ich habe das nicht als meine Aufgabe angesehen, als BND jetzt in die Tiefen der Rechtsgrundlagen für Bad Aibling einzusteigen. Aber für mich war eigentlich klar, dass nach der Herstellung der vollen deutschen Souveränität mit der Wiedervereinigung das ein Relikt aus der früheren Besatzungszeit war, und ich glaube, dieser Sichtweise hat sich dann ja letztlich auch die amerikanische Seite angeschlossen, unabhängig davon, ob das vorher gerechtfertigt war oder nicht.

Man muss sehen, dass wir in Deutschland ja einige - in Führungsstrichen - Relikte aus der

ehemaligen Besatzungszeit haben. Wenn Sie sich Ramstein anschauen, wenn Sie sich Stuttgart anschauen, Darmstadt, Landstuhl; es gibt ja viele amerikanische Institutionen. Und da muss man ja auch anerkennen, weil das immer wieder kritisiert wird, dass die Amerikaner natürlich ein Eigeninteresse auch haben an dem Schutz ihrer Institutionen hier in Deutschland, die in besonderer Weise immer gefährdet waren durch terroristische Angriffe. Ich erinnere noch an die Sauerland-Attentäter, die auch vorhatten, gerade amerikanische Einrichtungen anzugreifen. Aber das habe ich jetzt nur eingefügt.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, neben der Erächtigung der SIGINT-Fähigkeiten oder Kompetenzen des BND, die Sie ja eingangs geschildert haben, war dann eine Motivation in diesem MoA, auch dafür zu sorgen, dass, sage ich mal, zumindest diese Einrichtung - Bad Aibling - in einen Zustand überführt wird, der, ich sage mal, dem deutschen Recht dann zumindest angenähert wird?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja. - Der Michael Hayden hat mich gefragt: Könnt ihr das akzeptieren? - Und ich sagte: Wir können das nicht akzeptieren. - Ich meine, als BND war ich eigentlich nicht der ganz richtige Ansprechpartner. Aber ich habe das auch mit dem Kanzleramt besprochen. Ich habe gesagt: „Wir können das nicht akzeptieren“ - und das war auch meine Sichtweise, und das habe ich denen auch deutlich gesagt -, „wenn ihr das hier weiter betreibt, dann werdet ihr ein Problem haben wegen der Verletzung der deutschen Souveränität; deswegen müsst ihr das der deutschen Hoheit unterstellen.“ Das war schon sozusagen ein erheblicher Druck, den wir aufgebaut haben.

Christian Flisek (SPD): Und „deutsche Souveränität“ heißt in dem Fall dann eben auch, nicht nur faktisch unter deutsche Kontrolle zu bringen, -

Zeuge Dr. August Hanning: So ist es.

Christian Flisek (SPD): - sondern auch deutschen Rechtsregeln zu unterwerfen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Das sollte keine kosmetische Operation sein.

Christian Flisek (SPD): Dieses MoA - das geistert ja hier wirklich von Anfang an rum und begleitet unseren Ausschuss - ist ja ein sehr komplexes Werk. Und wir haben jetzt mehrfach hier natürlich auch Zeugen gehabt, ich sage mal, die ganz unten operativ tätig waren bei Selektoren-Prüfungen, im Einsatz von Selektoren, die Datenbanken aktualisiert haben etc. pp. Und wir haben diese Zeugen immer wieder gefragt, ob ihnen das MoA bekannt ist. Da haben wir die Antwort durch die Bank bekommen: Natürlich nicht. - Der Wortlaut: nicht. - Dann haben wir gefragt, ob sie irgendwelche Verwaltungsrichtlinien, Anweisungen hatten, sage ich mal, wo der Inhalt dieses MoA runtergebrochen wurde nach dem Motto: So ist beispielsweise eine Selektoren-Prüfung durchzuführen; es ist darauf zu achten, dass deutsche Interessen eingehalten werden. - Was sind deutsche Interessen? Und auf diese Frage haben wir auch durchweg die Antwort erhalten, so etwas ist ihnen nicht bekannt.

Jetzt habe ich mir dann immer die Frage gestellt, wie man so etwas - - Also, für mich ist das ein komplexer Vorgang. Also, das, was dort drinsteht, ist nicht banal in diesem MoA. Und da habe ich mir immer die Frage gestellt, wie man so etwas Komplexes in einer solchen komplexen Organisation wie dem Bundesnachrichtendienst operabel macht, wie man das runterbricht auf die Mitarbeiter, dass man auch wirklich sicherstellen kann, dass jede Abteilung, jede Unterabteilung und jeder operativ tätige Mitarbeiter sich genau an diese Spielregeln hält, die dort unterzeichnet worden sind. Und jetzt würde ich Sie mal gerne fragen: Wie wurde das sichergestellt?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, mein Glaube an Dienstvorschriften ist nicht so hoch entwickelt, sage ich Ihnen. Als ich in den Bundesnachrichtendienst gekommen bin, da habe ich vier oder fünf Ordner gesehen mit Dienstvorschriften. Und dann habe ich einfach die Weisung erteilt, Dienstvorschriften mal einzudampfen und wirklich auf das notwendige Maß zu begrenzen. Denn Dienstvorschriften können unterschiedliche Zwe-

cke verfolgen. Ein Zweck kann sein, immer Vorgesetzte zu entlasten nach dem Motto „Das steht alles in den Dienstvorschriften“. Zum anderen sind sie häufig veraltet, weil sich die Sachverhalte ändern. Für mich ist eigentlich immer wichtiger als Dienstvorschrift, dass die Leute sich auch daran halten, was sie zu tun haben, dass sie einen klaren Auftrag haben, dass sie entsprechend unterrichtet sind.

Und gerade, wenn Sie Bad Aibling nennen: Das ist ein komplexes Gebilde; das haben Sie ja zu Recht hervorgehoben. Aber entscheidend ist natürlich, dass diejenigen, die an ihrem Arbeitsplatz mit konkreten Problemen im Zusammenhang mit der Kooperation mit den US-Diensten zu tun hatten, genau wussten, was sie zu tun haben. Das ist das Entscheidende. Wie sie das gewinnen, ob sie durch Belehrung von Vorgesetzten das gewinnen oder ob sie das von Dienstvorschriften her ableiten - - Also, mein Glaube an Dienstvorschriften ist, wie gesagt, da nicht sehr hoch entwickelt. Wichtig ist, dass die Leute wirklich wissen, was sie zu tun haben. Und das ist eine Frage der Vorgesetzten. Die Vorgesetzten müssen dafür sorgen. Und wir hatten ja einen Chef in Bad Aibling, der mit Sicherheit genau wusste, worum es ging. Das ist ja auch nicht - - Wie gesagt, das ist ja kein Geheimnis gewesen, dass wir unterschiedliche Interessen haben, dass das abgeglichen werden muss, dass das gefiltert werden muss. Das war, glaube ich, Allgemeingut, unabhängig von allen Dienstvorschriften oder sonstigen Unterlagen. Also, von daher glaube ich schon, dass die Abteilung das geleistet hat. Ich habe ja eben schon darauf hingewiesen: Der General Breitfelder war eigentlich immer sehr sensibel gerade in diesen Bereichen, und deswegen konnte ich mich, glaube ich, voll auf ihn da abstützen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Also, das Mittel, darüber kann man reden, wie man sicherstellt, dass die Mitarbeiter wissen, was sie zu tun haben; da bin ich bei Ihnen. Wichtig ist das Ergebnis, ja. Wir haben hier doch den Eindruck so ein bisschen hier jetzt im Verlauf auch gerade mit der intensiven Beschäftigung bei den Selektoren, bei den Suchbegriffen, wie damit umgegangen worden ist - - Das hat sich so entwickelt: Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

starteten mit vielen Zeugen, die hier glaubhaft die Aussage gemacht haben: Eine hundertprozentige Sicherheit kann es nie geben. Fehler passieren immer. Aber natürlich sind wir bei unseren Zielen annähernd an 100 Prozent gewesen. - So. Das hat sich eine Zeit lang fortgesetzt. Das hat so eine gewisse Wendung bei den letzten Zeugen bekommen, weil wir nämlich festgestellt haben, dass vielleicht man sich sehr stark natürlich auf G-10-Relevanz konzentriert hat, dort mit, sage ich mal, offenkundigen Parametern versucht hat, dann zu selektieren, die aber, ich sage mal, in einer Zeit, wo wir vor allen Dingen paketvermittelte Verkehre haben, die global überall auf der Welt aufgrund der Architektur des Internets rumschwirren - - dass das nicht mehr so greift und man sich dann die Frage gestellt hat: Wie gut hat das denn am Ende, vor allen Dingen, als es automatisiert wurde, funktioniert? Und da ist das Bild jetzt ein wenig löchriger geworden. Und, ich sage mal, komplette Fragezeichen haben wir jetzt an der Stelle, wo es darum geht, dass jenseits der G-10-Relevanz nicht deutsche Interessen verletzt werden.

Also, Sie haben das ja mitbekommen: Wir haben ja jetzt gerade eine Vertrauensperson, die sich diese Selektoren-Listen im Kanzleramt anschaut, und die spannende Frage, die im Raum steht: Wie wurde sichergestellt, dass hier nicht amerikanische Selektoren scharfgestellt worden sind, die beispielsweise deutsche Unternehmen ausspioniert haben, die Mitglieder europäischer Regierungen ausspionieren oder Kommissionsmitglieder der Europäischen Kommission? All dies als Beispiele. Und da sind in den letzten Wochen mehr Fragezeichen aufgetaucht, als dass wir darauf Antworten bekommen haben. Und deswegen: Das ist alles ja in diesem MoA irgendwo geregelt, ja. Insofern: Die Qualität des MoA ist gut. Es ist nur ein wenig jetzt der Eindruck hier, dass die Umsetzung über die Jahre hinweg nicht so war, wie eigentlich der Geist und der Wortlaut dieses Textes es vorsehen und wir - - ich stelle mir die Frage zumindest: Woran lag das? Ich habe den Eindruck, dass dort in der tatsächlichen Arbeit einzelne Akzente gesetzt worden sind, aber andere Dinge einfach auch - aus Kapazitätsgründen oder was auch immer - nicht so bearbeitet wurden, wie wir uns das am Ende vielleicht

hier vorgestellt hätten, wie wir uns das hätten vorstellen wollen und wie das auch im MoA drinsteht.

Sie haben sozusagen diesen Vertragstext von Anfang an entwickelt, begleitet, unterschrieben, und ich stelle mir die Frage: Wenn Sie jetzt zurückschauen - Sie verfolgen ja das, was wir hier tun -, sehen Sie da irgendwo Defizite?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, Sie bringen mich da in eine etwas schwierige Lage, weil ich ja im Prinzip nur über meine Amtszeit hier reden kann. Und in meiner Amtszeit war das alles sozusagen erst mal in statu nascendi. Das wurde ja erst mal alles sozusagen neu aufgebaut. Es waren neue Erfahrungen; man musste die sammeln. Wie geht man vor? Wie selektiert man? Macht man das - wie sagt man so schön? - händisch, oder kann man sich abstützen auf IT-Strukturen? Wie soll das aussehen? Wie ist das mit der amerikanischen Technik? Können wir die einfach übernehmen? Müssen wir das überprüfen? Haben wir eigene? - Das waren alles die Fragen, die da in Rede standen. Sie kommen jetzt sozusagen aus der Retrospektive: Wie hat sich das später alles so entwickelt? Da tue ich mich ein bisschen schwer, das alles zu bewerten. Aber es ist natürlich klar: Die Entwicklung geht voran, und Sie müssen dann auch die Filtertechnik natürlich immer fortwährend anpassen und weiterentwickeln. Und das ist schon die Verantwortung der mit der Umsetzung beteiligten Stellen. Das kann ich jetzt nicht beurteilen, ob das jetzt immer zuverlässig geschehen ist oder nicht zuverlässig geschehen ist.

Vielleicht noch eine Bemerkung: Wir sollten nicht vergessen, was der Aufklärungsschwerpunkt Bad Aibling ist, weil da geht es schon um Krisenregionen, und da stellen sich, glaube ich, viele Fragen nicht in der Härte wie in anderen Bereichen, wenn ich an Kabelerfassung denke oder wenn ich an andere Übertragungen denke. Und wenn Sie sich anschauen, was in den anderen Bereichen - - Ich glaube, Bad Aibling deckt ja nur einen schmalen Prozentsatz insgesamt der relevanten Kommunikation ab. Ich glaube 95, 96 Prozent der relevanten Kommunikation läuft ja heute über Kabel. Was ich glaube, ist, dass das



Nur zur dienstlichen Verwendung

ganze Thema Bad Aibling und Selektoren eher überschätzt wird. Aber Sie haben mich verführt zu einer Einschätzung, die mir eigentlich nicht zusteht. Denn das ist jetzt eine Frage, wie man das aktuell bewertet. Noch mal: Zu meiner Amtszeit war das der Beginn. Wir haben versucht, alle Vorkehrungen zu treffen, damit auch das Bad-Aibling-Agreement richtig umgesetzt wird, und ich hatte schon den Eindruck, dass das auch geschehen ist.

Christian Flisek (SPD): In Ihrer Zeit, wo Sie Verantwortung hatten: Bis zu welcher Stelle hat man dann den Text des MoA denn kennen dürfen? Also: Wer hat das dann noch gekannt? Waren das die Abteilungsleiter? Ging das runter bis zu den Unterabteilungsleitern?

Zeuge Dr. August Hanning: Sicher - das ist klar - der Abteilungsleiter - der hat es ja vorgelegt - und die Unterabteilungsleiter. Das ging sicher runter bis zum Sachgebietsleiter, bis zu den Verantwortlichen für Bad Aibling. Ich meine, das sind ja die, die entscheiden.

Christian Flisek (SPD): Dass man denen tatsächlich den Text vorgelegt hat oder - -

Zeuge Dr. August Hanning: Das weiß ich nicht, ob man ihnen den Text vorgelegt hat; das dürfen Sie mich nicht fragen. Das ist die Frage des Abteilungsmanagements, wie die das genau gehandhabt haben. Die mussten ja sich im Grunde ganz neu einfinden in diese Kooperation. Und da spielten natürlich die kritischsten Dinge, die auch in dem Agreement angesprochen worden sind, sicher eine ganz entscheidende Rolle. Das war eigentlich allen Beteiligten klar. Ob sie jetzt den Text gelesen haben oder nicht: Die Problemlage war, glaube ich, allen Beteiligten sehr klar, die mit der Umsetzung befasst waren. Und es gab ja immer wieder die Schwierigkeiten mit der amerikanischen Seite - das hatte ja auch was mit dem Text zu tun -, weil man sich eben strikt an deutsche Regularien gehalten hat. Also, das war schon immer ein Thema, glaube ich, für alle Beteiligten, und ich bin auch sicher, dass die hinreichend problembewusst gewesen sind.

Christian Flisek (SPD): Ja, sicher. Zum Problem-bewusstsein gehört natürlich auch - in der Kooperation will man erfolgreich sein - ein gewisser Erfolgsdruck. Man steht im engen Austausch mit den Amerikanern auf allen Ebenen, und in dieser Abwägung - - Ich sage es noch mal: Also, wir haben ja im Prinzip zwei wesentliche Schwellen. Wir haben einmal: Es muss sich an deutsches Recht gehalten werden, also sprich: Alles, was in irgendeiner Weise G-10-relevant ist, muss raus. - Und der zweite Punkt, der jetzt nicht eine Frage der Rechtswidrigkeit oder Rechtmäßigkeit ist, ist: Aber es darf kein Verstoß gegen deutsche Interessen stattfinden. - Das ist kein leichtes Spielfeld.

Ich will das nur noch mal hier betonen: Wir haben hier eben die operativ tätigen Mitarbeiter gehabt, die uns eigentlich gesagt haben, wenn sie den Job bekommen haben, haben sie das gemacht, was der Vorgänger gemacht hat. Einige haben gesagt: business as usual. - Ansonsten aber auf die Frage: „Gab's irgendwelche klaren Vorgaben?“, da war Leere. Und ich finde das - -

Sie hatten am Anfang gesagt - natürlich auch zu Recht -, Sie seien kein Techniker. Insofern: Die technischen Einzelheiten mit Filterung, damit belästige ich Sie jetzt mal nicht zunächst. Aber als Jurist - ich bin auch einer - würde ich sagen: Mensch! Das mal irgendwo zu Papier gebracht, runtergebracht, durch die Abteilung, durch die Unterabteilung, das wäre mehr wert gewesen.

Zeuge Dr. August Hanning: Das glaube ich. - Na ja. Also, ich sage Ihnen eins: Es ist ja nicht nur in Bad Aibling so. Wenn Sie mit anderen Diensten kooperieren, müssen Sie immer strikt darauf achten, dass die jeweiligen Grenzen eingehalten werden, dass die Grundlagen der Kooperation eingehalten werden. Das ist ja nicht nur in Bad Aibling so. Das ist eigentlich für den BND tägliches Geschäft. Und davon gehe ich auch aus, dass die Beteiligten, die bei solchen Kooperationen mitwirken, das immer jeweils im Hinterkopf haben.

Und dann gibt es natürlich auch Probleme, weil jeder seine Interessen wahrte. Und es war ja in Bad Aibling auch so, jedenfalls zu meiner Zeit, dass es durchaus unterschiedliche Ansichten gab; ich habe das ja eben schon gegenüber dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzenden geschildert. Da gab es unterschiedliche Ebenen der Konfliktregelung. Ich hatte nicht den Eindruck, dass die Mitarbeiter des BND zu meiner Zeit da besonders konfliktscheu gewesen seien oder dass man sozusagen unter Erfolgsdruck handelnd bestimmte Regularien missachtet hätte - den Eindruck hatte ich nicht -, sondern die sind da schon sehr selbstbewusst herangegangen.

Also noch mal: Ich glaube, die Beteiligten wussten um die Sensibilität. Jetzt kann man immer wieder fragen: Sind sie hinreichend belehrt worden? Waren sie hinreichend sensibel? - Das ist sicher eine Frage, die man immer stellen kann. Aber ich kann nur sagen: Zu meiner Zeit hatte ich schon den Eindruck, dass eine hinreichende Sensibilität vorhanden war in der Abteilung.

Christian Flisek (SPD): Wenn ich das jetzt mal so zusammenfasse, Herr Dr. Hanning, dass, ich sage mal, vom Beginn der Kooperation bis wirklich jetzt in die Zeit der Snowden-Veröffentlichungen hinein da der Schwerpunkt war: G 10. Also, man hat auf G 10 sich konzentriert. Was ist G-10-relevant? Der Rest hat eher eine untergeordnete Rolle gespielt. Und lassen Sie mich noch mal meinen Eindruck jetzt aufgrund unserer Zeugeneinvernahmen zusammenfassen: Bei der G-10-Prüfung hat man, ich sage mal, eher auf die altbewährten Mittel zurückgegriffen insofern, als dass man gesagt hat, man filtert nach Vorwahlen - „0049“ -, man filtert nach Top-Level-Domains - „.de“ - und geht entsprechend mit diesen Parametern ran. Würde ich das so richtig beschreiben?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, wie sie genau vorgegangen sind, das kann ich Ihnen auch nicht sagen, aber mir ist auch bekannt, dass solche Techniken existierten - selbstverständlich -, nach Vorwahlen. Mein Eindruck war eher, dass man bei der Ausfilterung relativ großzügig verfuhr, zum Teil auch Dinge ausgefiltert hat, die gar nicht dem G-10-Recht unterlagen, weil man eben auf der sicheren Seite da sein wollte. Also noch mal: Gerade im G 10 kann ich nur das unterstreichen, was Sie ja auch gerade gesagt haben. Da war eine sehr hohe Sensibilität.

Wie das bei den anderen Bereichen da genau ausgesehen hat: Ich glaube, das sind schon unterschiedliche Kategorien, ob ich deutsche Rechtsvorschriften beachte - da muss ich ganz strikt sein - oder ob ich mir anschau: In welchen Feldern sind jetzt sozusagen Grenzüberschreitungen festzustellen? Und da muss man vielleicht auch sagen, dass Bad Aibling da nicht ganz so kritisch ist; denn Bad Aibling empfängt Krisenkommunikation, und Krisenkommunikation - noch mal - hat sehr große Schnittmengen zwischen den Beteiligten. Das ist ja sozusagen kein Feld, wo die Interessen sich hart widerstreiten. Deswegen mag es sein, dass der ein oder andere nicht genau hingeschaut hat. Das kann ich aber nicht beurteilen; ich weiß es nicht. Ich kann nur sagen: Zu meiner Amtszeit gab es da eine hohe Sensibilität.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Sie hatten ja auch eingangs noch mal so ein bisschen die Stimmung in Ihrer Amtszeit - „Stimmung“ ist vielleicht der falsche Begriff -, die politischen Verhältnisse, die politische Lage, die Weltlage geschildert. In einer solchen Situation, die Sie vorgefunden haben - ich frage Sie jetzt mal offen -, gab es dort von der politischen Leitung an Sie als BND-Präsident so etwas wie einen Freibrief?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ich würde das jetzt mal so formulieren. Wie das dann am Ende aus - - Aber Sie wissen, was ich meine? So nach dem Motto -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, Sie meinen - - Der Bundeskanzler hat sich ja nun - -

Christian Flisek (SPD): - lassen Sie mich mal gerade noch - also nach dem Motto „Lieber Herr Hanning, was Sie jetzt machen, ist essenziell für unsere Sicherheit, und gehen Sie auch an die Grenzen des Rechts“ - ich formuliere das jetzt mal so -, „und wenn es sein muss, manchmal auch darüber hinaus“?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Christian Flisek (SPD): Gab es so was jemals?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Der erste Teil ist richtig, der zweite Teil falsch. Also, ich habe nie eine Weisung bekommen, sozusagen deutsches Recht zu missachten oder über die Grenzen hinauszugehen, nein. So sind die deutschen Behörden auch nicht strukturiert, Herr Abgeordneter.

Christian Flisek (SPD): Das ist ja gut so.

Zeuge Dr. August Hanning: Auch der Bundesnachrichtendienst hält sich ganz strikt an Recht und Gesetz. Manchmal hat das auch viel Kritik ausgelöst; das ist so. Und ich kenne viele deutsche Behörden, nicht nur den Bundesnachrichtendienst, und ich kann Ihnen sagen: Der Bundesnachrichtendienst hält sich genauso an Recht und Gesetz wie andere deutsche Behörden auch. Das ist meine Erfahrung jedenfalls.

Und von wegen „Dehnung von Recht und Gesetz“: Nein, solche Ansinnen sind nicht an uns herangetragen worden. Und ich sage Ihnen auch mal ein Beispiel. Sie haben gesagt: offene Fragen. - Ich antworte auch mal: Wir hatten ja auch einen Untersuchungsausschuss - Herr Ströbele ist ja immer dabei gewesen - zu der Frage Rendition zum Beispiel. An den BND ist nie das Ansinnen herangetragen worden, dass wir in irgendeiner Weise daran beteiligt sind, weil die Amerikaner genau wussten: Nein, der Bundesnachrichtendienst hält sich strikt an Recht und Gesetz. - So ist das. Und das ist der Ruf, den wir hatten, und daran haben wir uns auch immer gehalten. Also da gab es eben immer eine Rechtsabteilung im BND, und ich habe häufiger Vorlagen bekommen, wo man gesagt hat: Da gibt es Rechtsbedenken. Das sollten wir nicht tun. Das ist rechtlich überprüft worden. - Also da ist der BND, glaube ich - jedenfalls zu meiner Amtszeit -, immer sehr ordentlich organisiert gewesen.

Und noch mal: Wir haben uns an Recht und Gesetz gehalten. Unbeschadet dessen gab es natürlich die politische Weisung, durchaus an der Aufklärung mitzuwirken, mit den amerikanischen Diensten auch zusammenzuarbeiten. Das hat ja der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung gesagt. Ich glaube, es steht sogar in seinen Memoiren, dass er das mit Präsident Bush

besprochen hat. Also, das ist die andere Kategorie gewesen.

Christian Flisek (SPD): Der SIGINT-Bereich - - Ich meine, in Ihre Zeit fiel ja im Prinzip eine enorme technische Entwicklung dann auch; das haben Sie geschildert. Hinzu kam, dass eben das Internet immer mehr an Bedeutung gewonnen hatte, paketvermittelte Dienste immer wichtiger wurden und diese Verkehre, ich sage mal, eben um den Globus gehen nach ganz anderen Regularien, als das früher bei leitungsvermittelten Kommunikationsverkehren der Fall war.

Wir haben ja hier einen Schwerpunkt gehabt bei der Frage: Wie schaut's mit diesen sogenannten Routineverkehren aus, also den Auslands-Auslands-Verkehren, wo ja Deutschland auch ein Knotenpunkt ist, wo diese Verkehre drübergehen? Man ist damals - das Projekt „Eikonol“ ist angesprochen worden - offensichtlich mit G-10-Anordnungen tätig gewesen, um einen Kabelzugriff beispielsweise in Frankfurt zu bekommen. Jetzt ist eine G-10-Anordnung nichts, was von der Erfindung her geeignet ist für Routineverkehre. Umgekehrt sage ich auch: Soweit ich weiß, gibt es kein spezielles Anordnungsinstrument für Routineverkehre im deutschen Recht. Also, man ist jetzt sozusagen mit so einer G-10-Anordnung da herangegangen. Man spricht teilweise in den Akten von „Legende“, „G-10-Legende“. Das ist der Türöffner; das ist hier schon mal gefallen. Also, man hat mit G 10 die Tür geöffnet, um eigentlich Routineverkehre zu überwachen. Wie bewerten Sie das?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein in der Zeit.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, ich bin jetzt hier als Zeuge und nicht als Rechtsachverständiger, aber ich kann Ihnen mein Verständnis durchaus mitteilen. Also, Routineverkehre in Deutschland - und ich war ja damals beteiligt an dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Verbrechensbekämpfungsgesetz - unterliegen nicht dem G-10-Gesetz. Ich glaube, da ist Einigkeit. Anders ist es sozusagen bei allen Verkehren, der Überwachung von Verkehren, dem Eingriff in Verkehre, die deutsche



Nur zur dienstlichen Verwendung

Grundrechtsträger betreffen. Da kann man dann Abgrenzungsprobleme diskutieren.

Insoweit ist es so, dass man das eigentlich von der Systematik des Gesetzes auch so sehen muss, dass die G 10-Kommission ihr Mandat ableitet aus der deutschen Jurisdiktion, vom Bundestag eingesetzt. Also, sie überwacht im Grunde den Eingriff in deutsche Grundrechtsträger. Letztlich ist es ein Ersatz für einen Rechtsweg, der nicht eröffnet ist in der Regel, weil den Betroffenen die Überwachung nicht bekannt ist. Da gibt es ein Defizit, und deswegen haben wir die G 10-Kommission.

Aber G 10 ist eben dann auch begrenzt auf deutsche Grundrechtsträger; denn die Jurisdiktion Deutschlands, des Deutschen Bundestages ist eben begrenzt auf die deutschen Grenzen. Deswegen kann aus meiner Sicht eine G 10-Kommission auch nicht Eingriffe legitimieren jetzt in Rechtsbeziehungen oder Tatbestände anderer Staaten; denn dafür haben die gar kein Mandat. Der Deutsche Bundestag sollte - aus meiner Sicht jedenfalls - nicht das deutsche Recht übertragen müssen auf andere Länder⁴ und versuchen, da Souveränität auszuüben.

Aber ich komme noch mal auf den Punkt. Warum damals diese Anordnung getroffen worden ist, kann ich Ihnen auch nicht sagen. Es kann auch durchaus sein, dass vorsorglich die G-10-Anordnung getroffen worden ist, wenn deutsche Verkehre anfallen, dass man sozusagen von vornherein auch eine klare Rechtsgrundlage hat. Wie im Einzelnen da die Diskussionen abgelaufen sind, das kann ich Ihnen auch nicht sagen; da bin ich überfragt. Da ist aber damals im Einzelnen auch erörtert worden, was erforderlich ist, was notwendig ist. Ich glaube, da ist auch das Bundeskanzleramt ja eingeschaltet gewesen, wenn ich das richtig sehe; das ist ja bei allen G-10-Anordnungen so.

Und noch mal: Ich glaube, man muss hier unterscheiden, auch rechtlich, zwischen den Routineverkehren und den G-10-Verkehren, und die

G 10-Kommission ist halt nur - in Anführungsstrichen - zuständig - berechtigterweise - für Eingriffe in deutsche Grundrechtsträger.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zu der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Hanning. Ich schließe da gleich an, weil ich das eine interessante Ausführung finde. Sie können sich tatsächlich nicht daran erinnern, wie damals die Diskussion gelaufen ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich erinnern, dass die Deutsche Telekom ganz massive rechtliche Bedenken hatte bezüglich der Praxis des BND?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daran können Sie sich erinnern?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann mich daran erinnern, dass damals ein Brief geschrieben wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, die Abteilung kam, glaube ich, auf mich zu und hat gesagt: Es gibt da Probleme. - Und dann habe ich gesagt: Das müssen wir dann erörtern mit dem Bundeskanzleramt, ob wir das lösen können oder nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: Und dann hat es die Diskussion gegeben mit dem Bundestag -

4) Richtigstellung des Zeugen: "- nicht das deutsche Recht auf andere Länder übertragen und...", siehe Anlage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Quatsch; das war eine Freud'sche Fehlleistung -, mit dem Bundeskanzleramt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Und dann ist ja auch dieser entsprechende Brief geschrieben worden, und der hat dann ja dazu geführt, dass dann auch das Unternehmen gestartet werden konnte, die Operation.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Von wem ist der Brief geschrieben worden?

Zeuge Dr. August Hanning: Soweit ich weiß, vom Bundeskanzleramt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir helfen bei der rechtlichen Einordnung eines solchen Briefes? Wenn ein großes deutsches Unternehmen bei so einem sensiblen Eingriff in Artikel 10 rechtliche Bedenken hat aufgrund der Rechtsprechung und einfach der Gesetze, dass dann aus dem Bundeskanzleramt ein Brief kommt, in dem steht: „Das ist schon so in Ordnung“, -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wie würden Sie das rechtlich bewerten?

Zeuge Dr. August Hanning: Die rechtliche Prüfung ist Aufgabe des Bundeskanzleramtes.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Sie unheimlich schwer verstehen.

Zeuge Dr. August Hanning: Entschuldigung. - Die rechtliche Prüfung ist Aufgabe des Bundeskanzleramtes. Die handeln insoweit als Ressort in der Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst. Das ist geprüft worden, zunächst vom Bundesnachrichtendienst. Dann ist das Votum an das Bundeskanzleramt gerichtet worden. Die haben es auch noch mal rechtlich überprüft und haben dann den Brief geschrieben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und können Sie sich erinnern, dass Sie als BND darum gebeten haben, die Unterlagen bezüglich dieses Vorgangs an den BND zurückzuschicken?

Zeuge Dr. August Hanning: Das weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir eine solche Praxis erklären? Oder können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß gar nicht, wie die Praxis gewesen ist, ob man immer solche Unterlagen zurückschickt oder nicht oder ob das eine abweichende Praxis war. Kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Jetzt war das so, dass dieser Freibrief geschrieben worden ist, und dann hat man das gemacht, und dann war aber trotzdem, weil eben die Welt sich so verändert hat und, was Sie hier eben ausgeführt haben, der Unterschied zwischen G-10- und Routineverkehren in der digitalen Welt eben nicht mehr möglich ist - und das hat die Deutsche Telekom erkannt - - braucht es irgendwie doch G-10-Genehmigungen. Und da sind Sie heute ein interessanter Zeuge, Herr Hanning, weil Sie eben im Jahr 2005 vom Chef des BND zum Innenstaatssekretär geworden sind. Das Bundesinnenministerium ist ja für die G-10-Genehmigungen zuständig. Und justament genau in dieser Wechselzeit, nach der Bundestagswahl, um die Bundestagswahl herum, hat man diese merkwürdige G-10-Genehmigung gestrickt und bekommen. Vielleicht können Sie mir doch mal erzählen, wie das damals abgelaufen ist. Sie haben ja völlig recht: Grundsätzlich fällt Routine erst mal nicht nach dem Gesetz unter G 10. Aber warum hat man damals dann eine G-10-Genehmigung von der G 10-Kommission bekommen, und wofür brauchte man die genau?

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich Ihnen nicht beantworten. Das weiß ich nicht. Ich erinnere da jetzt nicht konkret, warum, wieso, weshalb. Ich weiß nur, dass G-10-Anträge formuliert worden sind von den einzelnen Sicherheitsbehörden. Die



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind intensiv geprüft worden - soweit sie vom BND kamen, im Bundeskanzleramt, soweit sie vom Bundesamt für Verfassungsschutz gekommen sind, im Bundesinnenministerium. Mir sind die vorgelegt worden als Staatssekretär. Ich habe auf Schlüssigkeit nur überprüfen können.⁵ Ich bin nicht in die einzelnen Vorgänge eingestiegen. Das war im BMI Sache der Fachabteilung, und bei den BND-Anträgen hat sich das BMI natürlich abgestützt auf das Bundeskanzleramt, insoweit als Ressort handelnd. Also, ich kann Ihnen da jetzt Einzelheiten, warum, wieso, weshalb, zu welchem Zeitpunkt, nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist die G 10-Kommission darüber informiert worden, dass es dem BND nicht um G-10-Verkehre ging, sondern in erster Linie um Routineverkehre, und dass man vorhatte, diese mit einem ausländischen Nachrichtendienst zu teilen?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, das weiß ich nicht. Aber Sie haben eben selbst ausgeführt, dass es offenbar schwierig war, die Abgrenzung zwischen G-10-Verkehren und Routineverkehren. Es kann ja auch sein, dass es durchaus eine vorsorgliche Maßnahme war, dass man die G-10-Anordnung getroffen hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war keine vorsorgliche Maßnahme.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich will das nur in den Raum stellen. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, genau. Ich sage es Ihnen, weil Sie das so als Gegenfrage stellen, und ich stelle Ihnen ja in erster Linie Fragen. Aber ich bin nett und beantworte sie Ihnen. - Die Telekom hat gesagt: Wir lassen Sie nur ran, wenn wir eine G-10-Genehmigung bekommen. - Und irgendwie haben Sie in Ihrer Doppelfunktion - BND-Präsident und dann Innenstaatssekretär - damit sehr viel zu tun gehabt. Und jetzt frage ich Sie: Wenn man ein parlamentarisches Kontrollgremium wie die

G 10-Kommission, die es aus guten Gründen gibt, nicht über den vollständigen Sachverhalt informiert, was ist das dann eigentlich?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich weiß gar nicht, ob das zutrifft, was Sie sagen, ob die G 10-Kommission nicht unterrichtet worden ist im Rahmen dessen, was ihre Zuständigkeit ist. Ich gehe davon aus, dass die Beteiligten die notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt haben. Ich habe keinen anderen Erkenntnisstand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie damals - - Wurde die G 10-Kommission darüber informiert, dass die Daten mit einem ausländischen Nachrichtendienst - -

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Also, Sie können es auch nicht bestätigen, dass die G 10-Kommission - -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Ich kann es schlicht nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, dass das in anderen Ländern strafbar ist, wenn man nicht vollständig ein parlamentarisches Kontrollgremium informiert?

Zeuge Dr. August Hanning: Das weiß ich nicht, wie das in anderen Ländern ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist so.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, wir haben uns immer bemüht, das Parlamentarische - - Wir reden jetzt von der G 10-Kommission oder von dem PKGr?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dasselbe gilt natürlich fürs PKGr; aber wir

5) Richtigstellung des Zeugen: "Ich habe sie nur auf Schlüssigkeit überprüfen können", siehe Anlage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

reden über die G 10-Kommission, weil Sie dort eine G-10-Genehmigung organisiert haben.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich gehe davon aus, dass die G 10-Kommission im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeiten unterrichtet worden ist.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehen die aber anders!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehen die ganz anders. Und das sehe ich auch wirklich anders. - Mal eine ganz andere Frage zum MoA selbst: Sagen Sie, war es ausgeschlossen, dass der amerikanische Nachrichtendienst NSA in irgendeiner Form noch eigenständige Erfassungen in Deutschland machen konnte?

Zeuge Dr. August Hanning: In Deutschland? Das weiß ich nicht. Also, das kann ich nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen nicht, ob das ausgeschlossen war?

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ob man sozusagen vereinbart hat, von den soundso vielen Antennen - -

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, NSA ist kein Aufklärungsziel des Bundesnachrichtendienstes gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich verstehe. Aber als es gerade um die Satellitenüberwachung in Bad Aibling ging, ob man nicht gesagt hat: So ein bisschen Erfassung dürft ihr noch machen. - Wie haben Sie das vorhin gesagt?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, der BND hat Hoheit? „Unter Hoheit des BND“ haben Sie gesagt. Aber durften die Amerikaner noch selbst erfassen?

Zeuge Dr. August Hanning: Soweit ich weiß, ist das alles so abgelaufen, dass der BND verantwortlich war für den Betrieb der Stelle in Bad Aibling.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich verstanden. Aber durfte noch eine eigene Erfassung - - Hat man gesagt: „Zwei Schüsseln, die dürft ihr steuern“, oder: „Von Freitag bis Sonntag ist sowieso niemand da“?

Zeuge Dr. August Hanning: Soweit ich weiß, nicht; denn das hätte dem ja eigentlich widersprochen. Aber gut. Jetzt fragen Sie mich nach Einzelheiten. Aber ich bin eigentlich ziemlich sicher, dass das auch so umgesetzt worden ist, wie das im MoA gestanden hat. Und da stand eigentlich sehr deutlich drin, dass der BND sozusagen die Stelle ist, die Bad Aibling in der Erfassung kontrolliert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht so. - Aber Sie können es nicht genau sagen. Aber das ist natürlich eine interessante Frage im Hinblick auf die europäischen und deutschen Interessen. Nach Ihrer Erinnerung: Das MoA, wurden dort europäische Interessen geschützt, deutsche Interessen geschützt?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, jetzt darf ich mal gegenfragen: Was sind denn europäische Interessen? Wer definiert denn europäische Interessen? Macht das die EU-Kommission? Macht das der Europarat?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß es auch nicht so.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, mir ist das unklar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leute wie die Bundeskanzlerin und so reden immer davon. Ich denke, so was muss es geben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Mir ist der Begriff „europäisches Interesse“ unklar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Das ist ja auch eine interessante Aussage für einen BND-Präsidenten.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, weil es sehr unterschiedliche Interessen gibt in Europa - UK, also Großbritannien, hat ganz andere Interessen als wir, Frankreich hat ganz andere - in vielen Bereichen. Also, ein einheitliches europäisches Interesse sehe ich da nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und das ist eben genau das Problem bei Kooperationen, und deswegen komme ich zu der Frage: Dieser Satz von Frau Merkel - den haben Sie ja auch gehört -, „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht“, ist das aus Ihrer Sicht ein naiver Satz?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich will den nicht kommentieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie damit irgendwas anfangen?

Zeuge Dr. August Hanning: Wenig.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Hat es Sie überrascht, als Sie gehört haben im Zusammenhang mit den Snowden-Veröffentlichungen und jetzt auch hier unseren Selektoren-Geschichten - so will ich das mal nennen -, dass die Amerikaner Zehntausende von Selektoren einsteuern, die, sage ich mal, das Bundeskanzleramt im Jahr 2015 zumindest massiv alarmiert haben?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich habe die Snowden-Papiere nicht im Einzelnen gelesen. Ich bin da ganz vorsichtig bei der Bewertung, was da Dichtung und was Wahrheit ist. Und was so die Rolle von Herrn Snowden betrifft: Da weiß Herr Ströbele besser Bescheid. Der hat den ja schon besucht, ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß es nicht. Deswegen bin ich da auch ganz vorsichtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir würden uns wünschen, dass er mal an Ihrer Stelle sitzt, damit wir ihn befragen können. Aber das ist ein anderes Thema.

Zeuge Dr. August Hanning: Na gut. Dann werden Sie da mehr erfahren. Aber ich kann wenig dazu beitragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jetzt im Hinblick auf Dichtung und Wahrheit von Snowden-Unterlagen: Das können Sie sehen, wie Sie wollen. Aber die Selektoren-Problematik ist ja eine sehr reelle. Die Dinger liegen im Safe irgendwie beim BND und im Bundeskanzleramt. Es scheint sie zu geben, und ich kenne auch Leute, die sie schon eingesehen haben, leider keine Abgeordneten. Deswegen die Frage: Überrascht Sie das, dass, wenn 14 Millionen Selektoren gesteuert werden, da eben auch viele Zehntausend, vielleicht sogar deutlich mehr drin sind, die eben deutsche Interessen verletzen? Vielleicht können Sie mit dem Begriff der deutschen Interessen was anfangen, wenn Sie schon nichts mit europäischen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war ja dann die letzte Frage in der Zeit.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann das schlecht beantworten. Mir fehlt da ein bisschen die Fantasie. Da müsste man sich im Einzelnen damit beschäftigen, wie die US-Dienste arbeiten, welche Rolle Selektoren spielen. Da wird ja immer sofort unterstellt, das sei sozusagen adäquat mit Spionage oder Ähnlichem. Das ist ja auch eine große Frage, ob das so ist. Herr Abgeordneter, da begeben Sie sich jetzt auf Felder, wo ich auch nur spekulieren kann. Ich habe da keine eigenen belastbaren Erkenntnisse, und deswegen möchte ich mich da in der Bewertung zurückhalten. Dass die NSA über große Fähigkeiten verfügte, das war mir bekannt. Dass zum Teil auch deutsche Ziele ausgespäht wurden, das wissen wir spätestens



Nur zur dienstlichen Verwendung

seit Rabta; das wissen wir aus vielen Proliferationsfällen. Das ist so. Das wissen wir auch im Terrorismusbereich. Auch weil deutsche Ziele ausgespäht worden sind, war die NSA in der Lage, deutsche Stellen zu unterrichten über bevorstehende Anschläge. Ich erinnere an den Sauerland-Fall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das überrascht Sie nicht?

Zeuge Dr. August Hanning: Dass NSA auch deutsche Ziele ausspäht? Nein. Das ist bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, guten Morgen, Herr Dr. Hanning, auch von unserer Seite. - Ich möchte auf ein Thema zurückkommen, das die Kollegen schon angesprochen hatten, und zwar die Zusammenarbeit von BND und NSA in Bad Aibling und vor allem das Projekt „Eikonol“, das dort ja realisiert wurde. Man hat dort ja Daten abgegriffen an Kabeln von der Deutschen Telekom. Es ging zunächst um leitungsvermittelte Verkehre, und Grundlage war der „Transit“-Vertrag; den haben wir hier auch schon gerade angesprochen gehabt.

Wir wissen aus der bisherigen Beweisaufnahme, dass der Provider, also die Deutsche Telekom, da zunächst Bedenken hatte, dem BND den Zugriff zu ermöglichen. Und dann hat es ein Abendessen wohl gegeben zwischen Ihnen und dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der Telekom, dem Herrn Ricke. Können Sie uns da Näheres sagen? Was genau haben Sie da denn mit dem Herrn Ricke besprochen? Hat er Ihnen da die Bedenken, die er hatte, dargelegt? Wurden die dann Ihrerseits ausgeräumt? Haben Sie noch Erinnerung an das Abendessen?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich habe ja gehört, dass Herr Ricke hier gesagt hat, er habe

keine angenehmen Erinnerungen an das Abendessen. Ich habe nur angenehme Erinnerungen. Aber ich weiß auch nicht mehr genau, worüber wir gesprochen haben, mit Sicherheit nicht über die operativen Dinge; da bin ich ziemlich sicher. Aber ich weiß es auch nicht. Ich habe viele Abendessen gemacht mit mehr oder weniger angenehmen Gesprächspartnern, und ich kann Ihnen jetzt auch nicht mal zu dem Abendessen mit Herrn Ricke was sagen. Ich kann nur so viel sagen: Ich habe ihn als sehr sympathisch und angenehm in Erinnerung gehabt.

Nina Warken (CDU/CSU): Das war ja im Restaurant „Il Punto“ in Bonn.

Zeuge Dr. August Hanning: Habe ich auch gelernt inzwischen, habe ich aber auch nicht mehr erinnert. Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie können sich nicht daran erinnern, ob Sie da dann die Weichen zu dem Projekt „Eikonol“ gestellt haben, -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - ob Sie da mit ihm über seine Bedenken, die er hatte, geredet hatten?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, erstens: Ich kann mich wirklich nicht mehr an das Gespräch im Einzelnen erinnern. Ich bin aber ziemlich sicher, dass wir da nicht über operative Dinge gesprochen haben. Da bin ich relativ sicher.

Nina Warken (CDU/CSU): Wann haben Sie denn das erste Mal davon gehört, dass die Telekom rechtliche Bedenken hat gegen diese Zusammenarbeit?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, aus der Abteilung. Ich meine, die Abteilung hatte mir ja gesagt, es gebe da Schwierigkeiten beim Zugriff, und dann habe ich gefragt: Warum, wieso, weshalb? Was sind die Gründe? - Dann haben wir uns das genau angeschaut, und dann haben wir gesagt: Ja, gut, dann muss letztlich unsere vorgesetzte Dienststelle mitentscheiden, wie wir hier agieren. Entweder beugen wir uns dem, oder wir beu-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gen uns dem nicht. Wenn wir uns dem nicht beugen, müssen wir überlegen, wie wir die Telekom überzeugen. - Und auf der Basis dieser Diskussion ist dann ja offenbar dieser Brief entstanden.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es da unterschiedliche Ansichten im BND und im Kanzleramt zu der Frage?

Zeuge Dr. August Hanning: Das weiß ich nicht. - Also, ich glaube, im BND war die Meinung relativ einhellig, jedenfalls die Abteilung. Wie das genau im Kanzleramt gewesen ist, das kann ich Ihnen nicht sagen. Für mich ist da entscheidend, was der Herr Uhlrau gemeint hat, und der Herr Uhlrau hat ja den Brief unterschrieben.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. - Das war dann Ende 2003, als es diesen Überzeugungsbrief gab; das hat uns der Zeuge Dr. Köbele bestätigt. Und aufgrund dieses Briefes kam es dann zum „Transit“-Vertrag. Hatten Sie denn dann in der Frage bei der Anbahnung dieses Projekts auch persönlich Kontakt zu anderen Mitarbeitern der Telekom, also außer zu Herrn Ricke?

Zeuge Dr. August Hanning: Soweit ich weiß, nicht. Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Und es kam aber der Wunsch von der Telekom, was Schriftliches zu bekommen. Wollten die was vom Kanzleramt? Hatte denen nicht gereicht, dass der BND was schreibt? Wurde der Wunsch ausdrücklich von der Telekom geäußert?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich weiß es aus eigener Erinnerung nicht; aber ich vermute, dass der Telekom ein Brief des Kanzleramtes lieber gewesen ist als ein Brief des BND-Präsidenten.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie was zum Inhalt des Briefes noch sagen? Hat man den vorher abgestimmt? Waren Sie da beteiligt?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich nehme an, dass wir da beteiligt waren; aber das kann ich Ihnen auch nicht mehr genau sagen. Jedenfalls ist der Brief ja abgeschickt worden, sicher auch dem

BND zur Kenntnis gegeben worden, und im Ergebnis war der Brief ja auch erfolgreich.

Nina Warken (CDU/CSU): Inhalte sind Ihnen nicht mehr erinnerlich?

Zeuge Dr. August Hanning: Weiß ich nicht mehr, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Wissen Sie noch - -

Zeuge Dr. August Hanning: Aber mit Sicherheit ging es darum, das zuzulassen, was wir vorhatten operativ; klar.

Nina Warken (CDU/CSU): Und innerhalb des Kanzleramtes? War das nur Thema in der Abteilung 6, oder wissen Sie auch, ob das auch an die Spitze des Kanzleramtes herangetragen wurde?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, erstens weiß ich das nicht. Zweitens ist es natürlich so - das habe ich ja eben schon mal ausgeführt -, dass es im G-10-Bereich immer enge Arbeitskontakte gegeben hat zwischen den Juristen der Abteilung 2 und den Juristen des Kanzleramtes. Da gab es direkte bilaterale Gespräche, an denen der Präsident auch nicht unmittelbar beteiligt war. Deswegen kann ich auch wenig sagen über die Willensbildung innerhalb des Kanzleramtes.

Nina Warken (CDU/CSU): So ein Überzeugungsbrief, kam so was öfter vor in der Praxis, dass Sie mit privaten Anbietern zusammengearbeitet haben?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, so häufig haben wir solche Operationen ja nicht durchgeführt. Ich meine, das Kanzleramt hat gewisse Verantwortlichkeiten, Dienstrechtsaufsicht. Aber sie müssen eben in kritischen Bereichen auch die operative Arbeit des BND unterstützen. Das ist die Aufgabe des für den Bundesnachrichtendienst verantwortlichen Ressorts, und insoweit ist das Kanzleramt ein Ressort, genau wie das Innenministerium verantwortlich ist für das Bundesamt für Verfassungsschutz und für das BKA. Und so gilt das für das Kanzleramt auch gegenüber dem BND.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Das verstehe ich schon. Nur: Kamen solche Briefe häufiger vor, wenn man privat zusammengearbeitet hat?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Zu meiner Amtszeit war das, glaube ich, der einzige, wenn ich das richtig erinnere.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann wurde ja der Vertrag geschlossen, nachdem es den Brief gab. Wissen Sie genau, wann das war?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, weiß ich nicht mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Wer hat ihn denn unterzeichnet für den BND? Haben Sie das vorher gesehen zur Billigung?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich bin sicher unterrichtet worden. Aber wie das im Einzelnen ablief, das kann ich Ihnen auch nicht mehr sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wissen Sie, was Inhalt des Vertrages war?

Zeuge Dr. August Hanning: Vermutlich, dass der BND die Einrichtung nutzen konnte und dass die Telekom verpflichtet war, das abzuleiten, und BND die Möglichkeit hatte, alles abzugreifen. Vermute ich mal. So wird es gewesen sein.

Nina Warken (CDU/CSU): Ging es da schon um paketvermittelte Verkehre oder nur um leitungsvermittelte?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Es war ja aber wohl so, dass die Telekom nicht informiert wurde, dass es bei der Kabelerfassung nicht nur um den BND ging, sondern es sich eben auch um ein Projekt des BND mit der NSA handelte. Ist das zutreffend?

Zeuge Dr. August Hanning: Das mag so gewesen sein. Das weiß ich nicht, wie die Kommunikationskanäle genau gewesen sind. Aber dass man

der Telekom nur das mitteilte, was erforderlich war, ist einleuchtend.

Nina Warken (CDU/CSU): Was erforderlich war?

Zeuge Dr. August Hanning: So ist es.

Nina Warken (CDU/CSU): Das heißt, es war aus Ihrer Sicht nicht erforderlich - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich meine, da gilt schon „need to know“. Da muss man ja nicht sozusagen alle Aufklärungsaktivitäten auf offenem Markte austragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Also hat man es der Telekom verschwiegen, um nicht zu gefährden, dass - -

Zeuge Dr. August Hanning: Sie unterstellen das. Ich weiß das nicht. Frau Abgeordnete, ich weiß es nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Hätte es denn keine Verpflichtung gegeben aus Ihrer Sicht, der Telekom das zu sagen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, weil der BND abgeleitet hat. Und wie der BND mit den Verkehren umgeht, ist zunächst mal Sache des BND. Also, von daher hätte ich keine unmittelbare Verpflichtung gesehen des BND, die Deutsche Telekom da einzubinden.

Nina Warken (CDU/CSU): Was meinen Sie, wie denn die Telekom reagiert hätte, wenn sie im laufenden Projekt erfahren hätte, dass es diese Zusammenarbeit mit der NSA gibt?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, vor den Veröffentlichungen des Herrn Snowden wäre die Aufregung mäßig gewesen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Wir hatten eben schon kurz angerissen, dass es ja dann weiterging, man nicht nur leitungsvermittelte Verkehre ableiten wollte, sondern dann auch paketvermittelte Verkehre. Und dann war es der Telekom zu riskant oder nicht ausreichend, diese pa-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ketvermittelten Verkehre allein auf der Grundlage dieses „Transit“-Vertrags an den BND auszu-leiten. Wann sind Sie denn das erste Mal mit die-sen Bedenken konfrontiert worden seitens der Telekom und durch wen?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, das weiß ich nicht mehr. Da kann ich Ihnen offen sagen: Wenn ich da unterrichtet worden bin, dann sicher durch die Abteilung 2, und dann hät-ten sie mir gesagt, ob ein Eingreifen des Präsi-denten erforderlich gewesen wäre oder nicht. Aber ich kann mich an so einen Vorgang nicht erin-nern.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie wissen auch nicht genau, welche Bedenken man hatte seitens der Telekom? Wie ist man in Ihrem Haus damit um-gegangen? Hat man dann Rücksprache mit dem Kanzleramt gehalten?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kam darauf an, ob die mit der Operation befasste Dienststelle dieses Problem alleine lösen konnte mit der Tele-kom oder ob die Hilfe Dritter erforderlich war, was ich, wie gesagt, alles nicht weiß. In solchen Fällen, wenn es schwierig wird, unterrichtet man den Präsidenten; das ist ja auch völlig in Ord-nung. Aber ich kann mich an solche Unterrich-tungen nicht erinnern, was nicht ausschließt, dass es passiert ist. Aber ich kann mich einfach nicht daran erinnern.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt gab es da eine Be-sprechung zu dem Thema im Kanzleramt am 20. Oktober 2004. An der Besprechung nahm Abteilungsleiter 6 des Kanzleramtes - das war damals der Herr Uhr-lau - teil, und seitens des BND war man auf Unterabteilungsleiter-ebene vertreten. Wieso waren Sie nicht dabei? Wenn man doch schon das Gespräch mit dem Kanzleramt hat, scheint es ja ein Vorgang zu sein, der dann doch relevant ist; so stelle ich es mir vor. Warum waren Sie da nicht dabei?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, der BND-Präsident hat eine Arbeitswoche von 60 bis 70 Stunden gehabt und hat viele Aufgaben wahrzunehmen. Also, das ist immer eine Frage

der Priorisierung gewesen. Und diese Rechtsfra-gen sind immer sehr stark vom Kanzleramt selbst mitbeantwortet worden. Von daher machte es schon Sinn, dass sozusagen das auf der Fach-ebene erörtert worden ist. Herr Uhr-lau war dabei; aber im Prinzip gab es einen engen Austausch, gerade was diese Rechtsfragen betrifft, zwischen der Fachebene des BND und der Fachebene des Bundeskanzleramtes, und da war der Präsi-dent in der Regel nicht eingebunden. Und deswegen ist es nicht ungewöhnlich, dass der nicht dabei war.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie hatten da keine Vorgaben gegeben auch vor diesem Ge-spräch an Ihre Mitarbeiter?

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich Ihnen nicht beantworten.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, das Ergebnis des Gesprächs war ja wohl - - Es gibt dazu einen Ver-merk. Also, laut Vermerk bestand in puncto Ab-leitung von Routineverkehren aus G 10 kein Handlungsbedarf. Die Option „Erstellen eines Gutachtens durch BK und Herbeiführen eines förmlichen Beschlusses der G 10-Kommission“ ist ausgeschlossen worden. Eine Änderung des G-10-Gesetzes wäre zudem nicht vermittelbar. - Also, es ging ja eben darum, dass man für diese paketvermittelten Daten eine G-10-Maßnahme dann beantragen wollte und dann den Routine-verkehr, den man als Beifang erhalten hat, auch nutzt seitens des BND und seitens der NSA. Ist das Ergebnis dann an Sie herangetragen worden? Entspricht es dem - -

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich Ihnen nicht beantworten. Weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie haben Sie denn die Rechtsfrage beurteilt, ob man die Ausland-Ausland-Kommunikation miterfassen kann, die miterfasst wird bei einer G-10-Maßnahme, ob man die auswerten darf?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, ich bin hier Zeuge und nicht Rechtssachverständiger, und deswegen bin ich einfach nicht in der Lage - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, aber Sie haben ja damals sicherlich eine Meinung dazu gehabt.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann Ihnen das jetzt nicht nachvollziehen. Ich meine, wir haben das damals sicher intensiv geprüft, und das ist alles wahrscheinlich ordentlich abgelaufen; aber ich kann Ihnen jetzt den Prüfungsprozess aus dem Gedächtnis nicht mehr nachvollziehen.

Nina Warken (CDU/CSU): Es würde mich jetzt auch nicht Ihre Rechtsauffassung jetzt interessieren, sondern ob Sie wissen, wie Sie damals darüber gedacht haben, wie gegebenenfalls die Diskussion verlaufen ist, ob es unterschiedliche Auffassungen gab auch zwischen BND und Kanzleramt.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann Ihnen das nicht beantworten, Frau Abgeordnete.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber Ihnen ist der Vorgang bekannt, dass man dann keinen förmlichen Beschluss auf der G 10-Kommission herbeigeführt hat, zum Beispiel dass eben der Beifang mitverwertet werden soll?

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, Frau Abgeordnete, diese ganze Kommunikation mit der G 10-Kommission lief ja in der Regel auch in der Kommission ab. Also da waren ja immer Vertreter des Kanzleramtes, auch des BND, der Sicherheitsbehörden dabei. Da gab es eine Kommunikation auch mit den Mitgliedern der G 10-Kommission. Da war der BND-Präsident in der Regel nicht dabei. Ich habe die Kommission einmal im Jahr gesehen. Da haben wir noch mal vorgestellt auch den Bundesnachrichtendienst. Die haben wir eingeladen dann, glaube ich, nach Pullach und haben dann auch technische Gespräche mit denen geführt. Aber ansonsten, in die praktische Arbeit, wie Anträge zu formulieren sind usw., war der BND-Präsident nicht eingebunden.

Nina Warken (CDU/CSU): Es ging ja jetzt nicht nur um, ich sage mal, einen einfachen G-10-Antrag, sondern es ging darum, wie man auch in dem Projekt in der Zusammenarbeit mit der NSA an diese paketvermittelten Daten kommt bei der

Telekom. Telekom hat Bedenken, und dann überlegt man sich eben, man macht eine G-10-Maßnahme und nimmt den Routineverkehr, der ja wohl wichtig war für den BND - können wir vielleicht später auch noch mal drüber sprechen -, den hat man als Beifang, und den wertet man eben auch aus. Die Problematik sagt Ihnen gar nichts?

Zeuge Dr. August Hanning: Jedenfalls nicht in der Form, wie Sie das dargestellt haben, dass da also Überlegungen angestellt wurden, ob man gesetzgeberisch tätig werden sollte oder wie auch immer.

Nina Warken (CDU/CSU): Und dass man, sage ich mal, die pragmatische Lösung, -

Zeuge Dr. August Hanning: Das weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): - die man dann gefunden hat, so gefunden hat?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich kann mich daran nicht erinnern.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich mal zunächst an der Stelle an den Kollegen abgeben.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Dr. Hanning, ich möchte zu sprechen kommen auf die Operation „Glo“. Ich möchte hier in öffentlicher Sitzung nur die ersten drei Buchstaben nennen. Wir haben schon mehrere Zeugen gehört zu dieser Operation, und auch die Presse hat recht ausführlich darüber berichtet, zuletzt in der *Spiegel*-Ausgabe vom 5. September 2015 unter der Überschrift: „Die Legende von Hilden“. Ich nehme an, dass Ihnen die Medienberichte auch bekannt sind. Was können Sie uns in öffentlicher Sitzung zu dieser Operation sagen?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich habe ja auch den *Spiegel* gelesen, fand das interessant und spannend, muss aber einräumen, dass ich da auch keine großartigen konkreten Erkenntnisse habe. Ich glaube, wenn es richtig war, war das eine Idee der US-Seite, die meinte, das sei sehr ertragreich, diese Operation da durchzuführen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn ich es ebenfalls richtig erinnere, ging es nicht um die Erfassung deutscher Verkehre, sondern es ging um Verkehre, die, wenn ich das richtig mitbekommen habe - - Jetzt muss ich aber aufpassen: Was habe ich gelesen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, genau wie Herr Wolff. Er hat wahrscheinlich die gleiche Besorgnis.

Zeuge Dr. August Hanning: - und was weiß ich? Also da bin ich jetzt ein bisschen in Schwierigkeiten, weil ich das nicht mehr genau auseinanderhalten kann. Also, meine konkrete Erinnerung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vermutlich aufgrund der Einstufung sehr klug ausgedrückt.

Zeuge Dr. August Hanning: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vermutlich aufgrund der Einstufung sehr gut formuliert jetzt.

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ich weiß es wirklich nicht mehr. Das ist halt so. Das war eine Operation unter mehreren und vielen, und da war, glaube ich, die US-Seite initiativ geworden. Die haben im Grunde ja auch die wesentlichen Unterlagen geliefert, wenn ich das richtig alles mitbekommen habe. Aber noch mal - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darf ich ganz kurz - - weil das Kanzleramt sich meldet? Das hilft vielleicht bei der Einordnung der Sachverhalte.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will den Zeugen nur darauf hinweisen, dass Inhalte der Operation lediglich in eingestufter Sitzung geschildert werden können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: Gut. - Also, dann lassen wir das mit den Inhalten.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Aber vielleicht können Sie mir sagen - Sie sagten ja, die US-Seite hatte ein besonderes Interesse an dieser Operation -: Was erhoffte sich denn der BND davon?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, ich sage mal, wenn ich das - - Sind wir bei den Inhalten? Terrorismus können wir sagen, ja?

(Heiterkeit)

Also, es ging ja um Terrorismus, und natürlich haben wir ein Interesse daran. Also, Terrorismus findet statt, ja, in der westlichen Welt, in Europa, und da muss man ja legitimerweise auch sagen, dass die Amerikaner - ich habe es eben an anderer Stelle schon ausgeführt - schon ein besonderes Interesse daran hatten. Es gibt amerikanische Dienststellen hier in Deutschland, und wir hatten die Erfahrung gemacht, dass gerade im Bereich Terrorismus amerikanische Ziele in besonderer Weise exponiert sind. Von daher, wenn die US-Seite uns sagt, wir haben die Möglichkeit, hier aufzuklären, wir haben sozusagen Informationen, die relevant sein können, dann wird man sich sehr schwer tun auf deutscher Seite, das abzulehnen, wenn es der rechtliche Rahmen denn gestattet. Und soweit ich das erinnere, hat der rechtliche Rahmen das gestattet, und dann ist ja die Operation auch wohl durchgeführt worden. Aber ich glaube, über andere Dinge darf ich hier nicht reden; aber ich kann Ihnen auch gleich sagen: In eingestufter, nichtöffentlicher Sitzung kann ich Ihnen auch nicht mehr erzählen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wer hat denn die Grundsatzentscheidung getroffen, diese Operation durchzuführen auf deutscher Seite?

Zeuge Dr. August Hanning: Das war sicher der Präsident.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: Dafür hält man sich einen Präsidenten, ist doch klar, natürlich.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Inwiefern war das Kanzleramt daran beteiligt, das ja nun mal aufsichtsführend ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Ach, das weiß ich nicht. Das Kanzleramt muss nicht jede Operation kennen und genehmigen. Ob die informell unterrichtet worden sind, das weiß ich nicht. Ich vermute fast; aber da begeben Sie mich auf Glatteis. Das weiß ich nicht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das Kanzleramt muss nicht über jede Operation unterrichtet sein, bei „Eikonol“ war es ja so, da gab es ja umfangreiche Diskussionen -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, das war ja klar, das war ja klar.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - zwischen ... (akustisch unverständlich) und BND. Bei „Glo“ könnte das eventuell nicht der Fall gewesen sein, so verstehe ich ihre Äußerung.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, wenn, dann informell. Ich meine, der BND-Präsident hat schon die Aufgabe, bestimmte Risiken abzudecken, und muss auch nicht jede Operation dem Bundeskanzleramt melden, formell jedenfalls nicht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Hatten Sie denn in Person oder aber der BND als Behörde rechtliche Bedenken gegen diese Zusammenarbeit bei der Operation mit den Amerikanern?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, der BND-Präsident hat sich sicher eingehend erkundigt, ob es rechtliche Risiken gibt, ob die Rechtslage das zulässt, und wenn der BND-Präsident dem zugestimmt hat, dann hat er vermutlich schon eine Expertise bekommen mit dem Ergebnis: Jawohl, es geht nach deutschem Recht, und es gibt keine rechtlichen Bedenken.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Können Sie sich an konkrete Punkte erinnern, die da diskutiert worden sind, was jetzt den rechtlichen Hintergrund angeht?

Zeuge Dr. August Hanning: Also da geht es sicher im Wesentlichen um das G-10-Gesetz, nehme ich mal an; das ist ja klar, das ist ja im Grunde genommen das Entscheidende: Ist also ein Eingriff in deutsche Grundrechtsträger damit

verbunden? - Ich kann die Prüfung jetzt nicht nachvollziehen; aber ich gehe davon aus, dass diese Frage dann in dem Sinne beantwortet worden ist, dass deutsches Recht nicht verletzt wurde durch die Operation.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Uns wurde hier berichtet, Herr Dr. Hanning, dass die Operation abgeschirmt gewesen sei. Wer kann eigentlich so eine Abschirmungsverfügung erlassen? Kann das nur der Präsident tun, oder können das auch andere Mitarbeiter machen im BND?

Zeuge Dr. August Hanning: Wenn ich das wüsste. Das weiß ich nicht. Also, mit Sicherheit kann es der Präsident. Der wird sicher ein Votum bekommen von der Fachabteilung. Das Wort „abgeschirmt“, das verheißt ja sehr viel mehr, als sich eigentlich inhaltlich damit verbindet. Das heißt, dass sozusagen der Kreis der Wissenden eingeschränkt wird, und da geht es um Prüfungsprobleme. Das ist also ein administrativer Vorgang. Ich kann Ihnen aber im Augenblick nicht die inneren Abläufe des Dienstes da sagen. Aber ich vermute, im Ergebnis wird es wohl der Präsident genehmigen müssen, oder: entscheiden müssen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Können Sie sich daran erinnern, ob Sie in diesem konkreten Fall bei der Operation „Glo“ die Abschirmung verfügt haben?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann mich nicht erinnern; aber ich vermute es.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): *Der Spiegel* schreibt, dass dies am 15. Oktober 2003 gewesen sein soll.

Zeuge Dr. August Hanning: Da weiß *Der Spiegel* mehr als ich im Augenblick; aber das hat eine hohe Plausibilität.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Was bedeutet das denn genau? Sie haben ja gerade gesagt, das ist vor allem ein Verwaltungsakt, eine Abschirmung. Es gilt ja ohnehin der Grundsatz „Need to know“.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wir haben es eben schon gehört von Ihnen. Was ist jetzt der Unterschied, wenn noch mal gesondert entschieden wird, es wird abgeschirmt?

Zeuge Dr. August Hanning: Also da empfehle ich einfach, noch mal die aktiven Leute aus dem Bundesnachrichtendienst zu fragen. Das hat sozusagen Auswirkungen auf die Frage: Wer hat Einsicht in die Akten? Ich glaube, das hat auch Auswirkungen auf die Prüfung des Bundesrechnungshofes. Es hat bestimmte administrative Auswirkungen innerhalb des Dienstes. - Also, es sind bestimmte Regularien damit verbunden, die ich Ihnen im Einzelnen nicht darlegen kann, die aber im Ergebnis dazu führen, dass diejenigen, die Einblick nehmen können, eingegrenzt sind gegenüber einer normalen Operation.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): In welchen Fällen wird denn so eine Abschirmung verfügt?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, wenn die Geheimhaltung - - wenn ein besonderer Geheimhaltungsbedarf besteht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das wird dann im Einzelfall entschieden -

Zeuge Dr. August Hanning: Das wird im Einzelfall entschieden.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - in Anbetracht der einzelnen Operation?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Bedeutet das denn auch - - Sie haben jetzt gerade die internen Abläufe beschrieben, was es intern bedeutet. Jetzt im Verhältnis zum Kanzleramt: Was bedeutet das eine Abschirmung? Hat das auch Auswirkungen darauf, wie da die Unterrichtung des Kanzleramtes passiert?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich Ihnen jetzt nicht direkt beantworten. Wissen Sie, mit dem Bundeskanzleramt gibt es eine formelle

Schiene, und es gibt eine informelle Schiene, und es wird natürlich informell sicher sehr viel mehr mitgeteilt als formell. Aber wie das da genau abgelaufen ist, das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen aus meinem Gedächtnis heraus.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Können Sie sich denn daran erinnern, ob auch die Operation „Eikonol“, über die wir ja eben schon gesprochen haben, abgeschirmt war?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, da war das Kanzleramt ja direkt involviert.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja. Kanzleramt, klar, aber jetzt generell: Gab es da auch eine Abschirmung bei der Operation „Eikonol“, eine Abschirmungsverfügung?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher, natürlich, klar.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Es wurde auch in der Presse berichtet, dass die Operation „Glo“ mithilfe der amerikanischen Konzernmutter realisiert worden ist. Also, es gibt einen betroffenen deutschen Provider - ich möchte jetzt hier die Namen nicht nennen in öffentlicher Sitzung - und eine amerikanische Konzernmutter. Angeblich sei entschieden worden, die Mitarbeiter der deutschen Tochterfirma über den Datenabgriff im Unklaren zu lassen. Da soll eine Legende genutzt worden sein, dass man ein technisches Gerät zur Erkennung von Internetbetrug dort installieren würde. Ist Ihnen dazu etwas bekannt?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nicht bekannt, aber spricht für den Erfindungsreichtum der Leute. Und die hatten wahrscheinlich Gründe dafür, die deutsche Stelle da nicht zu unterrichten. Aber das war ja zunächst mal Sache der USA und der US-Dienststellen, das zu entscheiden, und natürlich auch der entsprechenden Firma, die da beteiligt war. Ich meine, die haben offenbar den Grundsatz „Need to know“ sehr ernst genommen, wenn ich das richtig sehe.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Mhm.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Und wahrscheinlich war es auch angezeigt in der Operation. Aber noch mal: Ich kann Ihnen da jetzt Einzelheiten auch nicht nennen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wir haben ja den Zeugen Matt gehört, der bei dem Provider für die Konzernsicherheit zuständig war und der uns erzählte, dass die Mitarbeiter und die deutsche Geschäftsführung wohl tatsächlich nicht ahnten, was dort passiert und dass da Daten an den BND ausgeleitet worden sind. Dazu können Sie uns - so verstehe ich Ihre Aussage - aber auch nicht mehr sagen, wer denn im Einzelnen dort informiert worden ist.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, das war aus der Sicht des BND sicher erst mal eine amerikanische Entscheidung, wie dort die Kommunikation auf der US-Seite sich dann ausgestaltet, ausgestaltet wurde; das war deren Entscheidung. So sehe ich das mal, auch im Nachhinein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Halten Sie das denn für rechtlich problematisch, dass dort die Geschäftsführung des deutschen Providers im Unklaren gelassen worden ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Weiß ich nicht. Das richtet sich nach den Statuten der US-Firma. Keine Ahnung. Ich meine, rechtlich ist das sicher nicht erforderlich, dass die hier die deutsche Filiale unterrichten. Aber - - Also, so sehe ich das.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ich verstehe das so, dass Sie, Herr Dr. Hanning, daran aber nicht beteiligt waren, an der Entscheidung.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, das ist ja auch nicht Sache des Bundesnachrichtendienstes gewesen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das hat dann allein die amerikanische Seite entschieden?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich meine, das hat ja im Grunde, wenn ich das alles sehe, die US-Seite alles abgedeckt, also die ganze Willensbildung auf der US-Seite, wer ist da zu beteiligen und wie läuft das und so; das ist doch ganz offenkundig.

Ich kann mich, wie gesagt, nicht konkret dran erinnern; aber wenn ich mir die Umstände anschau, ist für mich sehr klar, dass das die US-Seite abgedeckt hat.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): *Der Spiegel* berichtet in dem genannten ausführlichen Artikel „Die Legende von Hilden“ auch darüber, dass Sie einen sogenannten Letter of Authorization an den damaligen Chef des amerikanischen Partnerdienstes geschickt hätten; 25. Juli 2013 [sic!] soll das Datum des Schreibens gewesen sein. Wissen Sie dazu noch etwas?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß es nicht; aber es wird schon so gewesen sein. Ich habe nur keine Ahnung; ich weiß es nicht. Wahrscheinlich ist das alles Bestandteil dieser Operation gewesen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay, es wird auch spekuliert - das passiert ja des Öfteren mal in gewissen Artikeln -, dass es unwahrscheinlich sei, dass so ein Brief von Ihnen verschickt würde, ohne dass vorher das Kanzleramt daran beteiligt war.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, da mache ich Abstriche; das weiß ich nicht. Also da - - Ich meine, ich bin ja voller Bewunderung über die Spekulationen des *Spiegel*; aber in dem Punkte, da bin ich nicht so - - Das weiß ich nicht. Ist auch nicht - - Das wäre nicht zwingend. Jeder Brief des Präsidenten musste nicht im Kanzleramt vorgelegt werden.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Auch nicht jeder Brief des Präsidenten an den Chef eines Partnerdienstes?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, wenn es um abgeschirmte Operationen ging, die einem hohen Geheimhaltungsgrad unterliegen, muss man sicher nach dem Grundsatz „Need to know“ sehr vorsichtig sein, den Kreis der Wissenden zu weit zu ziehen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay, das wären erst mal meine Fragen gewesen. - Vielen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte nur noch mal eine Frage zu den Punkten, die ich am Anfang angesprochen hatte im Bereich Transparenz, Kontrolle. Da hatten wir auch Herrn Breitfelder in öffentlicher Vernehmung am, wenn ich das richtig sehe, 18. Dezember, und er hat von K.-o.-Kriterien jetzt für das eben schon Nachgefragte, die eben nachgefragte Operation „Eikonol“ gesprochen. In diesen K.-o.-Kriterien ist er darauf eingegangen, dass es sehr schwer ist, diese Ziele zu erreichen. Wie sehen Sie das?

Zeuge Dr. August Hanning: Was meint er mit „K.-o.-Kriterien“? Ist mir nicht klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will jetzt die ganze Passage nicht vorlesen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ach so. - Nur, damit ich es verstehen kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das bezieht sich eben gerade darauf, in einer Kooperation die gemeinsamen Ziele auch wirklich kontrollieren zu können. Und deswegen ging es mir eben auch um dieses MoA, dass man eben sagt: Kontrolle, Transparenz.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, was mir noch in Erinnerung war: Das war schwierig, von vornherein, die Einhaltung dieser G-10-Regularien da durchzusetzen, und das war - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Technisch oder rechtlich schwierig?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, die rechtliche Auslegung führte dazu, dass offenkundig durch technische Filter sehr viele Verkehre ausgefiltert wurden, was auf amerikanischer Seite, ich sage mal vorsichtig, Kritik ausgelöst hat. Und das hat sich, glaube ich, verstärkt. Und ich meine, ich bin da auch ab und zu eingebunden gewesen, weil ich den Amerikanern immer wieder erklären musste, wie unser G-10-Gesetz funktioniert. Die konnten das alles nicht so richtig glauben und verstehen, und ich habe das wiederholt Ihnen versucht zu erläutern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im Umkehrschluss - - Ganz kurz.

Zeuge Dr. August Hanning: Das führt zu Schwierigkeiten, und das meint er wahrscheinlich mit „K.-o.-Kriterien“, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im Umkehrschluss waren ja vielleicht auch Dinge nicht herausfilterbar, die aus unserer Sicht zumindest auch bei der Nachbetrachtung erheblich problematisch erscheinen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich hatte eher den Eindruck, dass die Abteilung sehr vorsichtig war und wahrscheinlich mehr, möglicherweise mehr herausgefiltert hat, als eigentlich vom G-10-Gesetz dringend erforderlich war. Ich weiß es nicht; aber das war mein Eindruck.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: Es herrschte sehr große Vorsicht, gerade was die G-10-Verkehre betrifft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt stelle man sich mal vor, diesbezüglich würde Ihr Eindruck täuschen, und es wäre in vielen Fällen nicht gelungen, eine ausreichende G-10-Filterung vorzunehmen, technisch insbesondere, und zweitens wäre es nicht gelungen, deutsche Interessen hinreichend zu berücksichtigen, weil europäische Ziele in den Fokus geraten sind.

Zweitens. Bei der eben angesprochenen G-10-Problematik - „Türöffner“ ist eben mehrmals angesprochen worden - wären auch Dinge anders, als es grundsätzlich mit diesen G-10-Anordnungen intendiert ist, vonstattengegangen; wie gesagt, Stichwort: Türöffner. Wer würde denn für solche Probleme die politische Konsequenz tragen?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, erst mal muss man sehen, ob es überhaupt so war, wie Sie gesagt haben. Also, mein Eindruck ist, wie gesagt, dass die Abteilung da sehr strikt drauf geachtet hat, und wenn ich das alles richtig verstanden habe - das war ja nach meiner Amtszeit -, ist ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Grunde auch die ganze Operation eingestellt worden, weil die amerikanische Seite der Meinung war, dass das nicht mehr ertragreich war, weil die deutsche Seite sehr restriktiv war bei dem Zulassen und bei der Filterung der Verkehre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste noch in Ihrer Amtszeit gewesen sein, wenn Sie bis 2005 Präsident waren.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, war das noch? Ich weiß es nicht. Also jedenfalls - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In meiner Chronik hier, die ich hier per Hand aufgeschrieben habe - -

Zeuge Dr. August Hanning: Wann ist denn „Eikonol“ eingestellt worden? Ich meine, es wäre 2008 eingestellt worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es war später; ich habe es mir händisch aufgeschrieben, aber der Kollege von Notz hat die richtigen Daten. - Später. Okay. Ich glaube dem Kollegen von Notz: später. Zumindes ist es gestartet während Ihrer Amtszeit; da bin ich mir - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ja, das ist schon richtig. Aber wie gesagt, zu meiner Amtszeit hatte ich da keine entsprechenden Erkenntnisse, die Sie hier gerade vorgetragen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die politische Verantwortung dafür?

Zeuge Dr. August Hanning: Gut, was heißt hier - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Präsident BND oder - -

Zeuge Dr. August Hanning: Erst mal muss man das fachlich sehen. Der Präsident trägt immer die Verantwortung, und für den Präsidenten trägt das Bundeskanzleramt die Verantwortung, und da ist

es dann der Chef BK; das ist eigentlich klar. Aber ich weiß nicht, ob der Vorgang so gravierend ist, dass man diese Frage wirklich mit Berechtigung stellen kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wird sicherlich jetzt die Fraktion - -

Zeuge Dr. August Hanning: Aber das können Sie dann beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Insbesondere wird sicherlich da die Fraktion Die Linke auch noch einmal die eine oder andere Frage zu haben, und ich glaube, Frau Kollegin Renner stellt jetzt die Fragen, und ich habe es so lange rausgezögert, bis das Essen runtergeschluckt ist. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Gab es denn, bevor die Operation „Eikonol“ gestartet ist, ein Begehren der NSA, einen direkten Zugang bei der Deutschen Telekom an den Internetknoten zu bekommen?

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich Ihnen nicht beantworten aus dem Gedächtnis. Möglich ist es; aber ich kann es nicht beantworten. Natürlich, ich meine, das ist ja nicht ungewöhnlich, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, genau.

Zeuge Dr. August Hanning: - dass die US-Seite immer mehr möchte, als wir ihnen zugestanden haben. Das halte ich für möglich.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Also, wenn es so gewesen sein könnte, kann es sein, dass die NSA diesen Zugang haben wollte, dass man ihnen dann gesagt hat: „Das wird so einfach nicht gehen“, und dass der BND dann den Türöffner für die NSA an diesem Knoten gespielt hat?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, ich meine, „Eikonol“, wenn ich das richtig erinnere, spielt ja eine große Rolle bei der Frage Technik der Kabelerfassung.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Der BND hatte ja große Probleme in der Technik der Kabelerfassung, und „Eikonol“ war sozusagen der Türöffner für den Bundesnachrichtendienst für die Technik zur Kabelerfassung. Soweit war das - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, der BND war der Türöffner für die NSA, um ans Kabel der Telekom zu kommen.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nein, ich meine das anders.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich meine, dass das für den BND wichtig war, um die technischen Fähigkeiten zu erlangen, Kabel zu erfassen, die technische Fähigkeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Aber die Frage war noch mal: Gab es ein eigenes Bestreben der NSA, an das Kabel der Telekom zu kommen? Und: Nachdem man der NSA gesagt hat: „Das geht nicht“, ist man auf die Idee gekommen, dass der BND für die NSA diesen Kabelansatz erfasst?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich erinnere mich da nicht genau. Ich halte das für möglich. Fest steht, dass ein direkter Zugriff auf deutsche Kabel der Bundesnachrichtendienst sicher nie gestattet hätte und nicht gestattet hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Wie ist denn dann der Einsatz US-amerikanischer Technik in dem Zusammenhang zu beurteilen? Sie sagten vorhin, es sind ja nur Daten abgeleitet worden, die USA hatten ja keinen eigenständigen Zugriff; aber die Technik, die Erfassungstechnik und die Verarbeitungstechnik, kamen damals aus den USA.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher, weil der BND, glaube ich, die Fähigkeiten - - Aber ich beuge mich jetzt auf Glatteis, ich weiß es nicht mehr nach meiner Erinnerung. Aber ich meine, mich zu erinnern, dass es so gewesen ist, dass diese technischen Möglichkeiten dem BND da-

mals nicht zu Gebote standen und dass die Amerikaner den BND ertüchtigt haben, diese Möglichkeiten dann zu nutzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich daran erinnern, ob die eingesetzte Hard- und Software damals zertifiziert wurde?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich kann mich a) nicht dran erinnern, und b) glaube ich nicht, dass BSI da eingeschaltet war zur Zertifizierung. Das wäre ungewöhnlich gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig, ist auch so. - Dann möchte ich gerne mal auf einen Widerspruch hinaus, was Ihr Verhältnis zum Bundeskanzleramt angeht: Zum einen haben Sie gesagt, für die Beantwortung von Rechtsfragen ist das Bundeskanzleramt zuständig.

Zeuge Dr. August Hanning: In den Fällen, die ich geschildert habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Und zum anderen haben Sie gesagt, das Bundeskanzleramt muss, was das operative Geschäft ist, nicht alles wissen. Wie soll denn das Bundeskanzleramt zum Beispiel eine rechtliche Beurteilung des Projektes „Eikonol“, des Freibriefes usw. abgeben, wenn es gar nicht darüber informiert ist, was diese Operation wirklich soll, nämlich die NSA ans Kabel zu lassen?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, ich gehe davon aus, dass das Bundeskanzleramt über dieses Projekt „Eikonol“ unterrichtet worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch, dass es genau diese Funktion hat, die wir eben gerade herausgearbeitet haben, die NSA ans Kabel zu lassen?

Zeuge Dr. August Hanning: Da kann ich Ihnen jetzt keine Angaben machen über den genauen Umfang; aber „Eikonol“ spielt ja auch eine Rolle - das haben wir doch eben herausgearbeitet - für die G 10-Kommission, und das Bundeskanzler-



Nur zur dienstlichen Verwendung

amt hätte mit Sicherheit keinen G-10-Antrag gestellt, ohne nicht umfassend über die Operation Bescheid gewusst zu haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das Bundeskanzleramt wusste, dass diese Operation für die NSA durchgeführt wird, weil die NSA keinen eigenen Zugang kriegt ans Kabel?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich gehe davon aus. Ich weiß es nicht - ich war bei den Gesprächen nicht beteiligt -; aber ich vermute sehr stark, dass das Bundeskanzleramt unterrichtet worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich daran erinnern, dass man -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - dort Tacheles geredet hat?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, es ist doch so - ich habe Ihnen das ja versucht eben zu erläutern -, dass diese Kontakte sehr stark auf der Fachebene abgelaufen sind, weil das Bundeskanzleramt ja zuständig war für die Betreuung der G-10-Anträge. Von daher gab es immer eine enge Verbindung, Kontakte -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: - zwischen den Juristen des Bundesnachrichtendienstes und auch den Technikern und dem Bundeskanzleramt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten gestern Herrn Mewes hier aus der Rechts- und Fachaufsicht des Bundeskanzleramtes, und er sagte, insbesondere was die Abteilung 2 angeht, hätten sie Schwierigkeiten gehabt, zu verstehen, was dort abläuft, weil diese Abteilung so eine Art Autonomie gehabt hat und im Bundeskanzleramt man nicht genau wusste, was dort getrieben wird. Wie will denn dann das Bundeskanzleramt rechtliche Fragen beurteilen und Rechts- und Fachaufsicht ausüben, wenn man sich so abschirmt gegenüber seinem Vorgesetzten?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, der Präsident des BND hatte damals ab und zu auch Schwierigkeiten, die technischen Fähigkeiten richtig einzuschätzen und die technischen Probleme.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben auch Rechts- und Fachaufsicht, ja, genau.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe aber den Eindruck, dass das Bundeskanzleramt sehr wohl in der Lage war - vielleicht nicht Herr Mewes, aber andere, Herr Uhrlau -, das einzuschätzen. Das ist ja alles keine Hexerei. Also, man muss ja nicht alle technischen Einzelheiten im Einzelnen verstehen; aber man kann schon die Probleme nachvollziehen, jedenfalls wenn sie einem so präsentiert werden, dass sie eben auch für Dritte - - Und das ist ja alles keine Hexerei, auch die Probleme nicht innerhalb der Funkaufklärung, der SIGINT-Aufklärung, und schon gar nicht in diesem Projekt „Eikonol“. Das kann man schon alles sehr gut darstellen, und natürlich, klar, das sind technische Sachverhalte, da muss man sich rein vertiefen; aber das kann man, das kann man. Ich halte das nicht für unrealistisch.

Martina Renner (DIE LINKE): Das Bundeskanzleramt argumentiert, dass es damals nicht die technische Kompetenz gehabt hat, das nachzuvollziehen, und auch nicht eben in der Art informiert war, um über die einzelnen Operationen, über die wir jetzt hier gerade reden, „Eikonol“ und „Glotaic“, so Bescheid zu wissen, diese dann auch in ihrer rechtlichen Konsequenz vollständig beurteilen zu können.

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, Sie wissen, der deutsche Jurist kann alles, und da im Bundeskanzleramt viele Juristen auch beheimatet waren, und ich selbst als BND-Präsident mich auch einarbeiten konnte in die technischen Dinge, gehe ich davon aus, dass die Leute das auch konnten, und ich war bei Herrn Uhrlau eigentlich sogar sehr sicher, dass er das auch konnte.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, das kennen wir ja, dieses Pingpongspiel hier - ja? Also, das



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bällchen der Rechts- und Fachaufsicht wird immer hin- und hergeworfen und landet irgendwie immer im blinden Feld.

Der BND-Präsident hat natürlich auch Rechts- und Fachaufsicht, muss natürlich auch zu diesen Operationen Bescheid wissen. Deswegen will ich gerne noch mal zu denen ein bisschen genauer fragen. Sie sagten vorhin: Bad Aibling, na ja, da ist ja überwiegend Satellitenkommunikation zu Krisengebieten überwacht worden. - Sie wissen aber, die Daten aus „Eikonol“ sind auch in Bad Aibling bearbeitet worden. Also wurden da auch kabelgestützte Ansätze in Bad Aibling verarbeitet, insbesondere zunehmend paketvermittelte Kommunikation.

Zeuge Dr. August Hanning: Gut, das war ja später der Fall.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber ursprünglich war es Krisenkommunikation.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, ursprünglich war es Krisenkommunikation; aber über was wir hier reden, müssen wir schon sagen, hat etwas anderes zum Ziel, nämlich Erfassung von sogenannten Routineverkehren und die Bearbeitung in Bad Aibling insbesondere zu paketvermittelter Kommunikation. Und da ist eben schon die Frage, welche Risiken - - Sie sagten ja eben, vorhin: Diese Risikendiskussion gab es. Das war eine Antwort auf die Frage zu „Glotaic“, dieser Operation. Welche Risiken hat man denn gesehen? Oder: Hat man Risiken überhaupt gesehen? Hat man die diskutiert?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, also, ich kann das jetzt im Einzelnen auch nicht mehr nachvollziehen. Aber natürlich hat man die Risiken gesehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Begriff G-10-Moratorium?

Zeuge Dr. August Hanning: Sagt mir gar nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Dass man mal diskutiert hat, dass, wenn bestimmte Dinge die

G 10-Kommission erfährt, dass sie möglicherweise zurückhaltender Anträge bescheiden wird?

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich im Augenblick wenig damit anfangen. Wissen Sie, die Kommunikation mit der G 10-Kommission -

Martina Renner (DIE LINKE): Also da würde ich gerne weiterfragen.

Zeuge Dr. August Hanning: - läuft immer in den Gremien. Da war ich nicht dabei, und ich habe diese Art von Diskussionen - - Also, ich kann mich daran nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): G-10-Moratorium kennen Sie nicht. - Kennen Sie Diskussionen, dass, wenn dem Provider die tatsächlichen Hintergründe bekannt werden, zum Beispiel der Deutschen Telekom, dass man für die NSA abgreift oder MCI WorldCom in Hilden, wo der Abgriff für „Glotaic“ stattgefunden hat, dass möglicherweise der Provider auch privatrechtlich, vertragsrechtlich gegenüber dem BND aktiv werden könnte? Sind solche Risiken mal diskutiert worden?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann mich daran nicht erinnern. Ich habe auch Zweifel, ob es so ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe auch Zweifel, ob das so ist, was Sie sagen. Sie haben ja bestimmte Rechtsansprüche der Telekom gegen den BND unterstellt. Ich habe da Zweifel, ob das so ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, bei „Glotaic“ könnte es auch so sein, weil der Provider ja getäuscht wurde.

Zeuge Dr. August Hanning: Gut, aber, wie gesagt, ich habe da Zweifel. Ich teile Ihre Sicht nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Also der Zugriff ist ja unter Legende dort durchgeführt worden, und das könnte ja durchaus dann auch von dem Provider als - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, nachrichtendienstliche Operationen leben von der Geheimhaltung.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Dr. August Hanning: Und wenn Sie sozusagen das auf Postkarte jedem mitteilen, was Sie tun, dann kostet das sozusagen die Effizienz, und deswegen war es wahrscheinlich sehr vernünftig, so zu verfahren.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind solche Risiken mal diskutiert worden, politische, juristische, vertragsrechtliche?

Zeuge Dr. August Hanning: Nachrichtendienstliche Arbeit ist immer mit Risiken verbunden. Sie müssen sich dessen immer bewusst sein, dass Sie Risiken eingehen, und da müssen Sie sich auch immer fragen: Können Sie diese Risiken eingehen, ja oder nein? Das ist ein ständiges Geschäft für Nachrichtendienste.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Und welches Argument hält man all den Bedenken dann gegenüber? Wenn man sagt: Es gibt Bedenken; wenn die G 10-Kommission das herausbekommt, wird sie in Zukunft ein Moratorium verhängen. Es gibt politische Bedenken: Wenn das bekannt wird in der Öffentlichkeit, dann irgendwie wird das einen Presseaufschlag geben. Es gibt juristische Bedenken, dass die Provider gegebenenfalls gegen uns vorgehen, wenn man nun sozusagen die Karten auf den Tisch legt, für wen man da eigentlich abgreift.

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, Frau Abgeordnete, die Aufklärung des Bundesnachrichtendienstes erfolgt ja nicht aus Neugier der Bediensteten, erfolgt auch nicht, um Bürger zu ärgern oder die Öffentlichkeit, sondern erfolgt, weil wichtige Interessen dieses Landes auf dem Spiel stehen, wichtige Interessen für die Bundesregierung, wichtige Interessen für die Sicherheit dieses Landes, für die Sicherheit der Soldaten im Ausland. Das habe ich ja ausgeführt. Und wenn Sie solche Einschränkungen vornehmen, bezahlen Sie dafür. Sie bezahlen da für mangelnde Aufklärungsfähigkeit, Sie bezahlen dafür, dass

wichtige Sicherheitsinteressen dieses Landes verletzt werden. Dessen muss man sich immer bewusst sein. Es gibt immer sozusagen do ut des; es gibt sozusagen die Abwägung. Die haben Sie zu treffen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: Gehen Sie die Risiken ein, ja oder nein?

Martina Renner (DIE LINKE): Und was ist das - -

Zeuge Dr. August Hanning: Und damals haben wir die Entscheidung getroffen: Jawohl, es ist sinnvoll, richtig, diese Risiken einzugehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei dieser - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, letzte Frage: Bei dieser Abwägung, die Risiken einzugehen, -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja?

Martina Renner (DIE LINKE): - spielt auch der Glaube eine Rolle, dass diese Dinge sowieso nie an die Öffentlichkeit gelangen -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - und deswegen man diese Risiken auch eingehen kann?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein?

Zeuge Dr. August Hanning: Mein Handeln habe ich immer so orientiert, dass ich davon ausging, dass alle meine Aktivitäten irgendwann öffentlich werden und dass ich sie auch jeweils rechtfertigen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann können wir nachher noch mal - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Dr. Hanning, ich mache mal da weiter, wo der Herr Dr. Ostermann vorhin aufgehört hat, bei der Operation „Glo“. Ich würde gerne noch mal auf den Brief, auf diesen Letter of Authorization zurückkommen. Welchen Inhalt hatte denn dieser Brief vom 25.07.2013 [sic!]?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, ich weiß es nicht. Also, ich nehme an - Bitte, das zu genehmigen -, vermutlich ja. Es ging doch darum, dass das als Eröffnung für diese Operation gelten sollte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, Herr Wolff möchte da auch eine Info zu geben.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich weiß es nicht, ich weiß nicht, was - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen, dass ... (akustisch unverständlich).

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff, Mikro!

RD Philipp Wolff (BK): Inhalte der Operation nur in eingestufte Sitzung.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann es auch gar nicht mangels Wissen; insoweit, Herr Wolff, bin ich da unproblematisch.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN): Was war der Hinweis? Ich habe das nicht verstanden!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Mikro war nicht an. Von daher - -

RD Philipp Wolff (BK): Die Inhalte der Operation nur in eingestufte Sitzung.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Der Letter of Authorization ist doch öffentlich!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, dann kann ich vielleicht etwas zitieren, was *Der Spiegel* dazu geschrieben hat. *Der Spiegel* sagt, schreibt, behauptet nämlich, Sie hätten in diesem Brief versichert, dass die Bundesregierung „der Operation zustimme und sie unterstütze“. Ist das zutreffend?

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich nicht behaupten; weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn Sie jetzt aber tatsächlich geschrieben hätten, die Bundesregierung stimme der Operation - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Sie müssen das noch mal ins Mikro sagen, was Sie eben gesagt haben, Herr Hanning!)

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe daran keine Erinnerung, an diesen Brief. Ich kann deswegen in der Sache nicht Stellung nehmen dazu.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn es aber tatsächlich so ist, dass Sie versichert haben, die Bundesregierung stimmt der Operation zu und sie unterstützt das, die Bundesregierung, so was können Sie doch als BND-Präsident gar nicht versichern, ohne das mit der Bundesregierung,



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit dem Bundeskanzleramt, rückgekoppelt zu haben. Oder liege ich da falsch?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann das im Augenblick nicht mehr beantworten. Ich weiß es nicht, wie genau der Prozess gewesen ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt aber mal unabhängig - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich vermute, dass ich informell mit dem Bundeskanzleramt darüber gesprochen habe. Ich vermute es aber nur; ich weiß es einfach nicht im Augenblick.

Nina Warken (CDU/CSU): Auch jetzt unabhängig von diesem konkreten Vorgang, wenn das stimmt, was *Der Spiegel* schreibt, wenn Sie tatsächlich etwas versichern, nämlich dass die Bundesregierung zustimmt und unterstützt, um dann so ein Projekt ins Laufen zu bringen, grundsätzlich gesehen müssten Sie das doch mit dem Kanzleramt rückkoppeln.

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, aus der - -

Nina Warken (CDU/CSU): Sie können ja als BND-Präsident nichts versichern für die Bundesregierung.

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, aus der US-Sicht spielt das wahrscheinlich keine so große Rolle, ob der BND-Präsident oder ein Bundesminister da agiert.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, aber aus deutscher Sicht vielleicht schon.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut, aber ich meine, die Sache war eine Operation des Dienstes, wir haben die geprüft; das war in Ordnung. Wie gesagt, ich vermute - ich weiß es nicht -, dass ich mit dem Kanzleramt darüber gesprochen habe. Das war auf meine Vorgabe der US-Seite - wenn es so erfolgt ist; immer wenn, wenn; ich weiß es im Augenblick nicht. Und dem haben wir dann Rechnung getragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, wir untersuchen ja, ob sich deutsche Behörden da auch korrekt

verhalten haben, und nicht, wie das vielleicht bei den Amerikanern angekommen ist.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann verstehe ich Sie aber richtig, dass es, sage ich mal, in der Praxis dann durchaus vorgekommen ist, dass man dann auch für die Bundesregierung gesprochen hat gegenüber Partnern?

Zeuge Dr. August Hanning: Im Außenverhältnis war auch der Bundesnachrichtendienst immer ein Organ der Bundesregierung - das ist doch so -, wie jeder Nachrichtendienst, auch in anderen Ländern.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat man nachträglich den Brief dem Kanzleramt zur Kenntnis gegeben? Gab es da eine Reaktion?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß es schlicht nicht. Ich weiß es nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wann genau, nachdem der Brief verschickt wurde, konnte man denn dann mit der Operation beginnen? Wissen Sie, wann da die ersten Daten abgegriffen wurden?

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich Ihnen alles nicht beantworten; weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie eine Erinnerung, ob die Operation erfolgreich verlief? War der Partnerdienst zufrieden? Hat der BND - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß gar nicht, wann die beendet worden ist. Wissen Sie das noch? Das haben Sie ja wahrscheinlich in Ihren Unterlagen. Ich weiß es nicht. Ich habe nur irgendwie in Erinnerung, dass es kein großer Erfolg war; aber worauf sich die Erinnerung stützt, ob auf den *Spiegel* oder auf meine eigene Erinnerung, das kann ich Ihnen jetzt auch nicht mehr sagen. Ich weiß es einfach nicht mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie ja schon mehrfach gesagt, Sie können sich an Operationen nicht mehr so genau erinnern. Klar, das



Nur zur dienstlichen Verwendung

liegt auch eine gewisse Zeit zurück. Aber jetzt von meiner Vorstellung her: Ich glaube jetzt nicht, dass der BND da jede Menge solcher Operationen gehabt hat. Vielleicht irre ich mich aber da auch. War das nicht etwas Besonderes, was, sage ich mal, auch besonders heikel war bzw. was, mit dem man sich als BND-Präsident dann schon auch intensiver befasst hat, oder war das Tagesgeschäft, gab es so was zuhauf? Weil wir hören hier immer wieder: Ach ja, an die Operation erinnere ich mich nicht. - Nicht nur bei Ihnen, sondern auch bei anderen. Aber das muss doch schon in dem täglichen Geschäft was gewesen sein, was sich von dem anderen abhebt. Oder würden Sie das anders einschätzen?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, ich habe heikle Operationen genehmigt als Präsident, vor allen Dingen, wenn Gefahr für Leib und Leben der an der Operation Beteiligten gewesen - - zu besorgen war. Das waren gravierende Dinge. Ich habe viele andere Operationen auch genehmigt. Diese Operation, ja, das war eigentlich, ich sage mal, von den Risiken her überschaubar. Ich will jetzt nicht auf Inhalte eingehen; aber es ging ja nicht um wirklich deutsche Interessen, sondern da ging es im Grunde um ein US-amerikanisches Thema, wo wir helfen sollten; darum ging es. Die Amerikaner haben uns in anderen Bereichen durchaus geholfen. Deswegen haben wir uns wahrscheinlich dazu bereit erklärt. Aber noch mal: Ich sage mal, unter Risikoaspekten habe ich das nicht als besonders risikoreich empfunden, diese Operation.

Nina Warken (CDU/CSU): Auch nicht mit dem Konstrukt, das man da gewählt hat, dass die deutsche Tochter - -

Zeuge Dr. August Hanning: Na gut, das ist ja nicht unser Thema. Also, ich sage mal, aus der Sicht des BND müssen die Amerikaner selbst sehen, wie sie ihre eigene Firma da organisieren, und wenn sie der deutschen Filiale das nicht zutrauen - das kommt manchmal vor; das kommt ja auch bei deutschen Unternehmen vor, dass man Dinge in der Zentrale entscheidet -, dann muss man das akzeptieren.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie wurde denn sichergestellt im Rahmen der Operation, dass keine Daten von deutschen Staatsbürgern, die ja dem Artikel 10 unterfallen, an die Amerikaner weitergegeben wurden?

Zeuge Dr. August Hanning: Jetzt muss ich auf den Herrn Wolff schauen. Da geht es, glaube ich, um den Inhalt dessen. Soweit ich weiß, -

Nina Warken (CDU/CSU): Er ist noch ganz entspannt.

Zeuge Dr. August Hanning: - waren da deutsche Interessen nicht berührt. Aber gut.

RD Philipp Wolff (BK): Ich habe nicht interveniert, weil ich den Eindruck habe, dass der Zeuge das nicht weiß. Wenn der Zeuge das weiß, dann nur in eingestufte Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Er scheint ja was zu wissen. Von daher - -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, ich weiß es nicht. Also, mein Kenntnisstand ist, dass da keine deutschen Interessen berührt waren, sonst hätten wir ja sofort ein G-10-Problem gehabt, und ein G-10-Problem hatten wir da nicht, und daraus schließe ich - ich schließe das, ich schließe das -, -

Nina Warken (CDU/CSU): Warum?

Zeuge Dr. August Hanning: - dass keine deutschen Interessen betroffen waren.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie schließen es jetzt daraus, weil es kein G-10-Problem gab, oder gab es kein G-10-Problem, weil irgendwie aus technischer Sicht keine deutschen Interessen betroffen waren? Das habe ich jetzt nicht genau verstanden.

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, ich kann Ihnen versichern: Wenn deutsche Interessen direkt betroffen worden wären und das G-10-Relevanz gehabt hätte, hätte mir die Abteilung das mit Sicherheit vorgelegt, dann hätten wir mit Sicherheit einen G-10-Antrag



Nur zur dienstlichen Verwendung

gestellt. Das kann ich Ihnen schon sagen. Es gab eine hohe Sensibilität im Bundesnachrichtendienst gerade gegenüber G-10-Verkehren. Da bin ich ganz sicher.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Ich würde doch noch mal gern zurückkommen auf den Beginn der intensiveren Zusammenarbeit, wie man es vielleicht nennen kann, mit der NSA. Wir haben da ja schon das Jahr 2001 beleuchtet, den 11. September. Sie hatten geschildert, in welchem Zustand Sie die Abteilung 2 vorgefunden hatten, was Sie da an Reformbedarf gesehen haben. Jetzt würde ich es gern noch mal einordnen. Aus Berichterstattungen, aber auch aus Aussagen der Bundesregierung geht hervor, so wie ich es verstehe, dass man schon vor dem 11. September sich entschieden hat, die Zusammenarbeit mit den USA, mit der NSA auszubauen und zu verstärken. Können Sie diese Entscheidung oder die Überlegungen, die da vor dem 11. September angestellt wurden, noch mal schildern? Wie war da der Stand, und was hat sich dann mit dem 11. September verändert? Wurde das dann - - Inhaltlich ging es dann in eine andere Richtung? Wurde es nur beschleunigt? Es ist ja oft auch von einer politischen Grundsatzentscheidung die Rede gewesen, die, so wie ich verstanden habe, auch schon vor dem 11. September war. Wie konkret war diese Entscheidung denn schon?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ich verweise da noch mal auf meine Ausführungen zu Beginn. Es ist in der Tat so gewesen - das haben Sie völlig richtig wiedergegeben -, dass es da Probleme gegeben hat in der Abteilung. Das hatte damit zu tun, dass die technische Entwicklung der Kommunikation sehr rasch vorangeschritten war und die Abteilung nachvollziehbar nicht Schritt halten konnte. Und wir wussten - wir; die Abteilung 2 hat mir mitgeteilt -, dass andere Dienste Erkenntnisse, Fähigkeiten hatten, die der Bundesnachrichtendienst nicht hatte. Und da müssen Sie dann fragen, wie können Sie die Lücke schließen. Das können Sie einmal versuchen durch Ressourcen, mehr Geld. Aber da haben wir in Deutschland auch ein Problem, weil inzwischen die industrielle Basis in Deutschland eben nicht mehr so ist wie in anderen Ländern.

Also in Schweden oder in den USA ist die industrielle Basis sehr viel besser, auf die Sie sich abstützen können als Nachrichtendienst. Sie müssen als Nachrichtendienst sich abstützen. Die Amerikaner hatten ganz andere Möglichkeiten, ganz andere Fähigkeiten. Wir wussten, dass sie über diese Fähigkeiten verfügten, und dann haben Sie die Möglichkeit, entweder zu versuchen, das Rad ebenfalls selbst neu zu erfinden, oder sich auf die Erfahrungen anderer abzustützen. Das war nicht nur die NSA; das waren auch andere Dienste. Und dann haben wir überlegt: Wie gehen wir weiter vor? Wie können wir sozusagen das optimieren, mit möglichst geringem Aufwand einen möglichst hohen Nutzen stiften? Und das Ergebnis war, dass es klug ist, sich mit anderen Diensten zu verbinden, zu versuchen, deren Erfahrungen, Fähigkeiten aufzunehmen, zu nutzen für eigene Zwecke in dem Sinne, dass man sozusagen die eigenen Aufklärungsfähigkeiten optimiert. Das waren die Überlegungen nach meinem Amtsantritt.

Nina Warken (CDU/CSU): Vor dem 11. September 2001?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ja das war schon 2000, 2001.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: Der 11. September - das haben Sie zu Recht gefragt - hat natürlich die ganze Sache intensiviert. Die Datenvolumina nahmen enorm zu, der Problemdruck nahm zu, und deswegen haben wir dann ja auch im Grunde das Programm gestartet, um dem gerecht zu werden.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie ja gesagt: Wir haben überlegt. - Vielleicht können Sie noch mal konkretisieren: Innerhalb des BND, wie war da der Austausch mit dem Kanzleramt? Und ich würde gern auch noch mal zu dieser politischen Grundsatzentscheidung kommen, die Zusammenarbeit zu intensivieren, deren Notwendigkeit Sie ja eben beschrieben haben: Wann ungefähr wurde die getroffen, wer hat die getroffen, und wie konkret war die da schon zu dem Zeitpunkt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Na gut, also erst mal hatten wir die Diskussion innerhalb des BND. Ich bin natürlich in die Abteilungen gegangen, habe mit den Abteilungsleitern gesprochen. Ich habe ja im Stab jemandem gehabt, der für die Abteilung zuständig war; wir waren da schon im ständigen Dialog. Dann muss man sozusagen - - Wenn man Defizite feststellt, muss man sich überlegen, wie kann man das eben beheben, welche Schritte sollte man unternehmen. Und da haben wir einen fortlaufenden Diskussionsprozess gehabt, und das habe ich dann auch dem Kanzleramt natürlich kommuniziert, auf meiner Ebene. Wir hatten ja wöchentliche Sitzungen, und dann haben wir - - habe ich wahrscheinlich regelmäßig - bin ich sicher - den Stand der Überlegungen mitgeteilt: Wir haben hier Probleme; wir überlegen das, wie wir das schließen können. - Und insofern war das ein Kommunikationsprozess sowohl mit der Abteilung als auch mit dem Kanzleramt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und letzten Endes die Entscheidung, das dann so zu tun, wer hat die getroffen?

Zeuge Dr. August Hanning: Na gut, die ist sicher im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt erfolgt. Also da macht der BND-Präsident einen Vorschlag, und der Vorschlag wird dann entweder akzeptiert oder nicht akzeptiert. Aber die damalige Bundesregierung war der Meinung, dass es klug ist, dem Vorschlag des BND-Präsidenten zu folgen.

Nina Warken (CDU/CSU): Es war ja da immer die Rede, dass der Chef des Bundeskanzleramts selbst die politische Grundsatzentscheidung getroffen hat, sozusagen den Startschuss gegeben hat. Ist das zutreffend?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, der Bundeskanzler selbst hat sich ja nun nach dem 11. September sehr deutlich geäußert; ich habe das ja in meinem Eingangsstatement hier verdeutlicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Mit der uneingeschränkten Solidarität.

Zeuge Dr. August Hanning: Und wenn ich die Memoiren des Bundeskanzlers Schröder richtig

verstanden habe, hat er in seinem Gespräch mit dem Präsidenten Bush eine enge Zusammenarbeit der Nachrichtendienste sogar vereinbart. Das war damals in Mainz; kann man nachlesen.

Nina Warken (CDU/CSU): Hatten Sie dann irgendwelche Vorgaben von der politischen Seite? Hat diese politische Grundsatzentscheidung dann ja für Sie - - Haben Sie Vorgaben gehabt, wie Sie die Zusammenarbeit ausgestalten sollen? War das schon konkret, oder hat man dann einfach gesagt: „Jetzt macht einfach mal weiter“?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nein, also der Chef BK war nicht jemand, der sagte: Macht einfach so weiter. - Also, wir haben da schon einen ständigen Dialog gehabt.

Nina Warken (CDU/CSU): Er hat Ihnen konkrete Vorgaben gegeben?

Zeuge Dr. August Hanning: Ach ja, das ist im Dialog entstanden; also, das war nicht jetzt so ein Weisungsverhältnis. Sagen wir so: Ich habe Vorschläge unterbreitet, er hat Anregungen gehabt, die haben wir aufgegriffen. Also, es war schon ein wirklicher Dialog.

Nina Warken (CDU/CSU): Mhm.

Zeuge Dr. August Hanning: Im Ergebnis haben wir dann diese Entscheidungen so gefällt, wie sie dann gefällt worden sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, gut. Also da gab es eine ständige Rückkopplung, und Sie haben das dann weiterverfolgt.

Sie hatten vorhin gesprochen von dem Reformbedarf in der Abteilung 2, dass dann der Herr Breitefelder damit betraut war und beauftragt war, das Programm umzusetzen. Jetzt war ja wahrscheinlich die enge Zusammenarbeit mit der NSA ein Baustein dieses Programms. Können Sie da noch weiter ausführen, was denn da noch umgesetzt wurde?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, es waren etliche Bestandteile. Ich kann die Ihnen im Einzelnen



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch nicht mehr mitteilen. Es war ein umfassendes Ertüchtigungsprogramm. Wir hatten das Problem mit den Außenstellen: Wie gehen wir mit den Außenstellen um? Es gab ja auch Zusammenarbeit mit anderen Diensten. Wie kann man das intensivieren? Welche Möglichkeiten haben wir? Und es ging natürlich um Geldmittel, es ging um Beschaffung. Und deswegen war es ganz wichtig, so ein Programm zu entwerfen und das den Haushältern vorzutragen: Das und das ist das Konzept, was wir verfolgen. - Das sollte natürlich möglichst überzeugend sein, und ich glaube, es war dann auch überzeugend, und dann konnte es ja auch umgesetzt werden. Wie gesagt, es waren viele Bausteine, gerade was die technische Ertüchtigung des BND betrifft.

Nina Warken (CDU/CSU): Und der 11. September hat dann den Prozess inhaltlich noch mal ein bisschen geändert? Also, hat man dann die Zusammenarbeit noch mal auf weitere Bereiche ausgedehnt, oder wurde da vielleicht technisch noch Weiteres vereinbart? Oder hat es das Ganze einfach nur beschleunigt?

Zeuge Dr. August Hanning: Na, der 11. September war schon eine Wegscheide für den Dienst. Also, das hatte gravierende Auswirkungen auf die Informationen, die anfielen. Also, die Informationen, die verarbeitet werden mussten, die sind, ich glaube, exponentiell angestiegen. Deswegen mussten wir auch die ganze IT-Infrastruktur des BND damals auf neue Gleise stellen. Es hat auch hier bei der SIGINT-Aufklärung natürlich gravierende Auswirkungen gehabt, weil wir uns jetzt verstärkt eben um das Thema Terrorismus kümmern mussten, und - - Das hat gravierende Auswirkungen gehabt. Das war ja ihre Frage; das kann ich nur bejahen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir hatten vorhin ja schon darüber gesprochen, inwiefern man auch in den MoAs, auch in den Annexen, vereinbart hatte, auch sichergestellt hatte, dass eben die Zusammenarbeit so verläuft, dass auch Interessen der Bundesrepublik nicht verletzt werden, dass deutsches Recht nicht verletzt wird, dass auch die Interessen der Bürger Deutschlands berücksichtigt werden. Und Sie hatten da ja auch schon Ausführungen gemacht.

Es gab ja jetzt durchaus, wenn man sich mal den Punkt Wirtschaftsspionage anschaut, dass da jetzt immer wieder diskutiert wird - nicht erst jetzt und auch nicht erst zu dem Zeitpunkt, als man die Zusammenarbeit intensiviert hat, sondern das gab es ja auch schon vorher -, immer wieder die Vorwürfe, dass Wirtschaftsspionage auch von US-Seite betrieben wird. Es war ja da auch mal der NSA-Direktor Hayden zu einem Besuch in Deutschland, war auch in Bad Aibling. Ich weiß nicht, erinnern Sie sich daran? Dort hat man auch über diese Vorwürfe gesprochen, und es wurde von der US-Seite auch noch mal bestätigt, dass man eben die Erkenntnisse, die man hat, die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse, dass man die nur innerhalb der US-Behörden behält und nicht etwa an Firmen weitergibt, um denen wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Erinnern Sie sich an diesen Besuch von Herrn Hayden, erinnern Sie sich an diese Diskussion, und waren denn dann diese Bedenken oder diese Vorwürfe, über die man da auch gesprochen hat, aus der Welt geschaffen, oder hat man sich dann da 2001 schon auch noch mal Gedanken darüber gemacht, oder war vielleicht 2001 die Situation so, dass man solche Bedenken ein bisschen hinten angestellt hat, weil eben die Lage so war, wie sie war?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, wenn Sie das Thema Wirtschaftsspionage ansprechen, muss man natürlich immer die erste Frage stellen: Was heißt jetzt genau Wirtschaftsspionage? Das ist ja ein sehr diffuser Begriff. Also, uns war natürlich bekannt, dass im Proliferationsbereich die Amerikaner sehr intensiv Aufklärung betreiben. Das betrifft auch und betraf deutsche Firmen. Ein Teil der Verfahren, die in Deutschland abgelaufen sind wegen Sanktionsverstößen oder auch wegen der Lieferung kritischer Materialien, Waffen, und Ähnlichem, gehen auch auf Erkenntnisse der USA zurück, und wir hatten schon die Vermutung, dass das eben auch Erkenntnisse waren, die über die Mittel und Wege der NSA gewonnen worden sind. Das wussten wir aber nicht. Die Amerikaner geben Erkenntnisse - - Eigentlich speisen sie ein, ohne dass sie die Quelle benennen. Aber dafür gab es eine starke Vermutung. Also kurzum: Das Thema Proliferation von Massenvernichtungswaffen war immer ein Thema,



Nur zur dienstlichen Verwendung

von dem wir wussten, dass die US-Dienste das mit großer Intensität behandeln. Und wenn Sie so wollen, ist das natürlich auch Wirtschaftsspionage im weitesten Sinne.

Das andere Thema, das Sie angesprochen haben, das ist Konkurrenzspionage. Das ist ja das, was so landläufig mit Wirtschaftsspionage umschrieben wird, dass also Kenntnisse gewonnen werden, die dann genutzt werden, um anderen, Konkurrenten, Wettbewerbern, Vorteile zu verschaffen. Ich selbst habe das wiederholt angesprochen. Die Amerikaner haben dem immer widersprochen, wie ich finde, auch mit überzeugender Begründung. Wenn Sie sich anschauen: Siemens ist in den USA der zweitgrößte Arbeitgeber in der Sparte. Es gibt viele Verbindungen zwischen deutschen und US-Unternehmen. Und da müssen Sie auch das innerstaatliche US-Recht sich anschauen: Wenn ein Wettbewerber bevorteilt wird gegenüber einem anderen, löst das sofort Schadensersatzansprüche in erheblicher Höhe aus. Also, ich glaube - - Diese Argumentation hat mich immer überzeugt.

Problematisch ist die ganze Problematik Compliance. Und das ist sozusagen eine Grauzone; das erleben Sie ja im Augenblick in vielerlei Hinsicht. Da mischen sich dann - das ist jedenfalls immer die Sorge, die man haben muss, als Deutscher - die edlen mit den unedlen Motiven. Natürlich sind wir alle gegen Bestechung und Korruption; aber wenn die US-Dienste den Auftrag haben, speziell die europäischen Unternehmen sich anzuschauen und die eigenen Unternehmen nicht anzuschauen, dann haben Sie natürlich eine Gemengelage, die, sagen wir mal, für die europäische und deutsche Interessenlage nicht besonders günstig ist. Ich sage das mal ganz vorsichtig. Also, dieses Compliance-Thema ist sicherlich ein kritisches Thema, und Sanktionsverstöße auch. Sie sehen ja im Augenblick, was da so passiert in dem Bankensektor. Da macht man sich schon seine Gedanken, warum und wieso und weshalb. Aber das ist ja ein Thema, das ist jetzt nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses. Aber Sie haben gefragt. Wie gesagt, ich würde diese drei Themen unterscheiden: Proliferation, Konkurrenzspionage und das Compliance-Thema.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, also dann waren Sie, so wie ich Sie verstanden habe, davon überzeugt, haben sich dann vielleicht auch von Herrn Hayden bei seinem Besuch überzeugen lassen, dass jetzt zumindest das Thema Konkurrenzspionage -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - seitens der Amerikaner keine Rolle spielt bzw. dass es nicht betrieben wird. Und als dann 2001 die Entscheidung anstand, die Zusammenarbeit zu intensivieren, auch MoAs zu verfassen, die Annexe zu verhandeln, wurde dann über diese Themen noch mal gesprochen mit den Amerikanern? Hatten Sie intern Bedenken? Wie war da die Abwägung? Oder hätten Sie jetzt gesagt, im Nachgang: „Die allgemeine Lage hat es eben erfordert, dass man da zusammenarbeitet, und über manche Bedenken, die man im Hinterkopf hatte, hat man vielleicht hinweggesehen“?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, also ich glaube, lax sind wir da nicht gewesen, sondern wir haben schon die unterschiedlichen Interessen immer gesehen. Und wenn Sie eines lernen im nachrichtendienstlichen Gewerbe, ist es, dass Sie unterschiedliche Interessen genau erkennen und definieren und damit vernünftig umgehen. Und das ist natürlich auch gerade gegenüber den Amerikanern der Fall. Nach 9/11 war natürlich die Situation etwas anders; da gab es ja nun die Erklärung der Bundesregierung, da gab es Herrn Schily - - Da gab es also viele, viele Gründe, besonders intensiv mit den Amerikanern zusammenzuarbeiten, nicht zuletzt aus eigenem Interesse, weil wir ja damals unter dem Eindruck standen, dass weitere Anschläge vorbereitet wurden, auch erfolgten, und sie sind dann ja auch erfolgt; ich habe es in meinem Eingangsstatement noch mal erläutert: Madrid, London, Türkei. Wir haben relatives Glück gehabt in Deutschland; da gab es ja auch entsprechende Versuche.

Kurzum, das hat sozusagen die Zusammenarbeit durchaus gefördert, befördert; aber wir haben das auch immer mit einem kritischen Auge gesehen, weil wir gesehen haben, dass US-Interessen und deutsche Interessen eben in einigen Punkten



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch nicht identisch sind, und deswegen waren wir da schon immer sehr vorsichtig.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt gab es ja zu diesem MoA noch weitere Annexe zur Konkretisierung. Das hat sich ja noch ein bisschen hingezogen auch, wie man den Akten so entnehmen kann. Waren Sie beteiligt an der Aushandlung dieser Annexe?

Zeuge Dr. August Hanning: Soweit ich mich erinnere, nicht. Das ist, glaube ich, über die Fachebene gelaufen.

Nina Warken (CDU/CSU): Das heißt, das MoA stand dann, und Sie selbst waren jetzt zumindest in den Prozess, wie man das konkretisiert, wie man die Zusammenarbeit konkret ausgestaltet, dann auch nicht mehr eingebunden?

Zeuge Dr. August Hanning: Also jedenfalls nicht direkt in die Gespräche. Wahrscheinlich habe ich das Ergebnis irgendwann abgesegnet; aber ich glaube, in die praktischen Gespräche war ich sicher nicht eingebunden als Präsident.

Nina Warken (CDU/CSU): War das Kanzleramt dann eingebunden in die Aushandlung der Annexe?

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich Ihnen nicht beantworten; das weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Wissen Sie nicht. - Aber mussten die Annexe genau wie das MoA dann von Ihnen auch vorher gebilligt werden, oder konnte das die Fachabteilung entscheiden? Das kann ich mir jetzt kaum vorstellen.

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Ich vermute, da ja das ganze Konvolut dann hinterher auch dem Bundeskanzleramt zugeleitet worden ist - aber das müssten Sie aus Ihren Akten erschließen -, dass sozusagen da insoweit das Kanzleramt eingebunden war. Aber ich kann es aus eigener Erkenntnis nicht bestätigen.

Nina Warken (CDU/CSU): Also wäre das jetzt grundsätzlich auch kein Fall, in dem Sie irgendeine Billigung vornehmen müssten?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich vermute, dass ich das gebilligt habe, aber ich weiß es auch nicht mehr. Ich nehme an, dass irgendwann die Verhandlungen abgeschlossen wurden; und dann ist eigentlich üblich, dass man das Paket hoch gibt, dem Präsidenten. Der hat das dann zu billigen. Ob er dann noch viel Einfluss hat, ist die zweite Frage; aber er billigt das. Und der dritte Punkt ist dann in der Regel - - Wahrscheinlich ist das Kanzleramt unterrichtet worden; aber das weiß ich nicht. Das müsste man aber aus den Akten entnehmen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wer unterrichtet wurde, oder ob dort auch jemand entschieden hat, können Sie das noch erinnern?

Zeuge Dr. August Hanning: Wie gesagt, ich erinnere nicht, ich vermute aber, dass das ganze Paket abfließend noch mal vom Präsidenten gebilligt worden ist, vermute ich mal.

Nina Warken (CDU/CSU): Erinnern Sie sich denn an die Inhalte?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Bzw. warum war es denn wichtig, das MoA noch zu konkretisieren?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, weil der berühmte Teufel natürlich häufig im Detail steckt. Also, das kann schon wichtig sein, was in den Annexen steht. Und ich weiß ja, dass die Gespräche nicht ganz einfach waren - auch mit der US-Seite. Da gab es ja durchaus Konflikte, da gab es Probleme. Ich vermute auch, dass ich da auch begleitend ab und zu angesprochen worden bin, ob wir harte Linie oder nicht harte Linie - - Also, kurzum: Es war ein Verhandlungsprozess - ich weiß gar nicht, wie lange er sich hingezogen hat -, der dann erfolgreich abgeschlossen wurde, und - noch mal - ich vermute, dass ich das dann auch abgesegnet habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Uns beschäftigt ja hier im Ausschuss sehr stark die Frage, wie denn im Rahmen der Zusammenarbeit von BND und NSA sichergestellt wurde, dass keine Daten deutscher Staatsbürger an die NSA gelangen. Es gibt einen Artikel der *Süddeutschen Zeitung* vom 4. Oktober 2014 - den haben wir hier schon öfter gehört -: „Codewort Eikonol“. Und da wird behauptet, der vom BND eigens entwickelte Filter namens DAFIS habe, obwohl das behauptet wird, nicht hundertprozentig funktioniert. - Wie uns allerdings Zeugen, auch aus dem BND, sagten, hat man den Grundrechtsschutz dennoch gewährleistet, weil man notfalls dann noch mal händisch durchsucht hat, bevor man weitergegeben hat. Ist Ihnen zu ihrer Zeit als Präsident dazu was bekannt geworden, zum Filter, zum Funktionieren des Filters? Man hat sich bemüht, dass er hundertprozentig funktioniert, konnte das aber nie ganz sicherstellen.

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, ich vermute, dass der Präsident da nicht über jedes Problem unterrichtet worden ist. Das sind ja Dinge, die sind in der Abteilung geklärt worden, wie: Welche Filtertechniken werden benutzt? Kann ich das sozusagen automatisch filtern? Muss ich das händisch filtern? Wie kann ich das organisieren? Wie viele Leute brauche ich dafür? Was muss ich tun, um die Fehlerquote entweder auszuschließen oder möglichst gering zu halten? - Also, ich nehme an, das ist alles innerhalb der Abteilung gelaufen, der Präsident wird sich ab und zu erkundigt haben, wie es steht und ob das alles erfolgreich ist. Ich kann mich jedenfalls in meiner Erinnerung nicht - - Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es da irgendwelche gravierenden Probleme gegeben hätte.

Nina Warken (CDU/CSU): DAFIS sagt Ihnen aber was?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ja, sicher. Es gab automatische Systeme, und es gab sozusagen dann diese händische Nachkontrolle; das haben Sie ja ausgeführt gerade.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie sind davon ausgegangen, dass alles funktioniert?

Zeuge Dr. August Hanning: So ist es, ja. Ich hatte keine anderen Erkenntnisse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Die Zeit wäre jetzt um. - Wir kommen zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner. - Nein? Halt, Entschuldigung, ich glaube - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Irgendwann kommen wir auch noch - -)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind wir noch in der ersten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Oder? Sie müssen gucken.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir sind in der zweiten Runde, nicht in der ersten. Wir sind schon in der zweiten; ich war etwas langsam. - Es ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dran, und ich vermute, diese Fragen möchten wir uns nicht entgehen lassen. - Entschuldigung, Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, mir ist es ja aufgefallen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hanning, ich habe erst mal eine Eingangsfrage, auch zu Ihrem Eingangsstatement: Gingen Sie als Präsident des Bundesnachrichtendienstes eigentlich davon aus, dass auch der Bundesnachrichtendienst von US-Geheimdiensten ausspioniert wird oder auch gebraucht, missbraucht wird für die Sammlung von Informationen, die er eigentlich gar nicht hätte sammeln dürfen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Ich hatte zu meiner Amtszeit, ich glaube, keinen konkreten Anlass, darüber nachzudenken. Aber dass der Bundesnachrichtendienst interessant wäre als Ausspähungsobjekt für andere Dienste, das musste man grundsätzlich immer unterstellen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, „für andere“. Ich will jetzt keine allgemeinen Erklärungen, was allgemein Dienste - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe keine konkreten Erkenntnisse gehabt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um die US-Dienste, mit denen wir angeblich ein sehr vertrauensvolles Zusammenarbeitsverhältnis hatten. Sie haben ja beschrieben, wie häufig Sie bei denen waren und wie Sie mit denen gesprochen haben und alles. Das ist auch ein bisschen Unterschied zu China oder Nordkorea.

Zeuge Dr. August Hanning: Das war nicht „angeblich“. Das war vertrauensvoll, Herr Abgeordneter. Wir hatten schon ein vertrauensvolles Verhältnis. Also, ich hätte keinen Bedarf gesehen - ich sage es mal ganz praktisch - für die US-Dienste, den BND aufzuklären; denn wir hatten ein so gutes Verhältnis, dass wir auch viele Dinge auf normalem Wege ausgetauscht haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun haben Sie ja sicher auch in der Zeitung gelesen, dass inzwischen auch Anklage erhoben worden ist gegen einen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, der für Bargeld Informationen an einen US-Nachrichtendienst gegeben hat, über alles Mögliche, auch nicht unwichtige Informationen, die er sogar mit Dokumenten belegt hat aus dem Bundesnachrichtendienst. Hat Sie das überrascht, oder haben Sie gesagt: „Da bin ich immer schon von ausgegangen“?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, gut, da habe ich die Gnade der frühen Amtszeit, Herr Abgeordneter. Das ist alles sehr viel später passiert. Ich kann die ganzen Begleitumstände mir nicht vergegenwärtigen; ich weiß es nicht. Natürlich

hat mich das überrascht - wenn Sie mich als Person fragen -, dass das vorgekommen ist. Das hätte ich nicht erwartet, aber das habe ich zur Kenntnis genommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie zur Kenntnis genommen. - Jetzt kommen wir in Ihre Amtszeit auch beim Bundesnachrichtendienst. Nun haben Sie auch erfahren, natürlich nachträglich - oder: wahrscheinlich nachträglich erfahren; das ist ja auch eine Frage -, dass die NSA Suchbegriffe eingestellt hat, die - jetzt nicht nach meiner Auffassung oder von irgendwelchen Leuten, die da besondere Maßstäbe anlegen, sondern nach Auffassung des Bundesnachrichtendienstes - nicht hätten eingestellt werden dürfen in die Datenströme, die der BND zur Verfügung gestellt hat. Also „Eurocopter“, „EADS“ soll ja in Ihrer Zeit gewesen sein, und auch die anderen Selektoren, um die wir hier kämpfen, wo wir auch nicht genau wissen, was drin ist. Aber wir wissen eines: Der Bundesnachrichtendienst - ich betone immer wieder: *der*, nicht irgendjemand - war selber der Meinung, dass das nicht zu vereinbaren ist mit den Vereinbarungen, die mit der NSA getroffen worden sind, und zwar in einer Stückzahl zwischen 10 000 und 30 000, die jetzt irgendwo in irgendeiner Liste liegen. Was sagen Sie denn dazu?

Zeuge Dr. August Hanning: In erster Linie: Das zeigt erst mal die Sensibilität des Bundesnachrichtendienstes.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. August Hanning: Das zeigt erst mal die Sensibilität des Bundesnachrichtendienstes, dass der das selbst festgestellt hat; das haben Sie ja gerade selbst erwähnt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach zehn Jahren!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Also, der Bundesnachrichtendienst war sich durchaus der Problematik bewusst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2013 haben die das dann vorgelegt.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, aber auch schon vorher. Auch zu meiner Zeit waren wir immer vorsichtig. Aber ich hatte keinen Anlass, jetzt über diese Zahl von Selektoren oder diese Dinge - - mich wirklich intensiv drum zu bemühen, weil mich das gar nicht erreicht hat zu meiner Zeit. Sie fragen mich ja nach meiner Amtszeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Das sind ja alles Dinge, die sehr viel später entstanden sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, also, -

Zeuge Dr. August Hanning: Die Sensibilität - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dem Bundesnachrichtendienst soll das damals schon - - zum Teil jedenfalls.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber das hat mich nicht erreicht, damals.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Sie nicht erreicht?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern. Ich kann mich nicht daran erinnern. Dass wir immer vorsichtig waren, das habe ich ja versucht, hier auszudrücken. Natürlich haben die Amerikaner, NSA, zum Teil andere Interessen als wir. Es gibt Schnittmengen, aber es gibt auch unterschiedliche Interessen. Das ist ja sehr deutlich und sehr klar, und deswegen muss man sehr vorsichtig sein bei der Kooperation, dass diese gegenseitigen Interessensspektren auch gewahrt werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die haben doch damit - nach unserer

Auffassung jedenfalls - gegen dieses wunderbare MoA verstoßen. Da steht ja drin: Sie sollen sich immer an deutsche Gesetze halten und deutsche Interessen nicht verletzen. - Nun lesen wir voll Erstaunen, dass sie das massenhaft nicht getan haben.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, das kommt vor bei Kooperationen, dass sich der eine oder andere nicht buchstabengetreu verhält. Und deswegen muss man natürlich aufpassen, muss man darauf achten, dass das geschieht. Das ist alles richtig. Aber ich sage mal: Im Grundsatz sind ja die meisten Kooperationen oder die allermeisten relativ problemlos abgelaufen mit den Amerikanern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Weil sie nicht zur Kenntnis genommen wurden oder jedenfalls keine Schlussfolgerungen gezogen wurden.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Ich meine, der BND hat doch sehr viel stärker profitiert von der Kooperation als umgekehrt die amerikanische Seite. Aus meiner Sicht jedenfalls. Also, insoweit war das schon eine erfolgreiche Sache, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt komme ich auf einen Satz, den Sie vorhin gesagt haben: Nachrichtendienste leben von Geheimhaltung. - Da ist sicher was dran. Aber gilt diese Geheimhaltung auch gegenüber den parlamentarischen Kontrollgremien? Oder muss da jedenfalls Tacheles geredet werden und die Sachen auf den Tisch?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, das ist jetzt eine generelle Fragestellung. Ich will mich da etwas zurückhalten. Aber natürlich gilt bei Geheimhaltung: Je mehr Stellen, Abgeordnete, Mitarbeiter von Abgeordneten von bestimmten Sachverhalten Kenntnis haben, umso größer ist die Gefahr, dass das nicht geheim gehalten wird, sondern dass das öffentlich wird.

Das will ich gar nicht jetzt festmachen. Ich sehe schon an Ihrem Gesicht, dass die Bundesregie-



Nur zur dienstlichen Verwendung

rung immer der Bösewicht ist bei Veröffentlichungen. Ich mache es einfach fest an der Zahl derjenigen, die Kenntnis haben von bestimmten Sachverhalten. Und da ist meine Erfahrung - ich war ja auch lange Geheimschutzbeauftragter -, dass das Risiko sehr stark ansteigt, je mehr Leute Kenntnis haben von sensiblen Sachverhalten.

Und von daher gibt es, glaube ich, diesen Grundsatz „Need to know“, der im Interesse der Geheimhaltung sehr wichtig ist, also dass eigentlich nur die Dinge wirklich mitgeteilt werden, die notwendig sind, und dass man im Übrigen den „Need to know“-Grundsatz durchhalten muss.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann das dazu führen, dass Sie Ihrer Pflicht - Sie persönlich, also damals, und der Bundesnachrichtendienst und die Bundesregierung, das Kanzleramt - nicht nachkommen müssen, vollständig zu informieren, wenn es zum Beispiel um Anträge bei der G 10-Kommission geht oder auch beim PKG? Können Sie da sagen: „Machen wir nicht“?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, nein. Ich glaube, dass wir, ich, zu meiner Zeit die Gremien ordentlich informiert haben und auch umfassend. Das Problem - - Wir führen jetzt keine Gremiendiskussion. Das muss man an anderer Stelle vielleicht tun, aber nicht in diesem Untersuchungsausschuss als Zeuge. Mir fällt da vieles zu ein, auch aufseiten der Abgeordneten.

Ich hätte mir manchmal gewünscht, dass das Interesse - umgekehrt - der Abgeordneten für den Dienst auch größer gewesen wäre. Denn ein Teil der Probleme resultiert auch daraus, dass eben das Interesse nicht immer ganz so groß war für die Abläufe im Dienst.

Aber im Grundsatz kann ich nur sagen: Zu meiner Amtszeit haben wir das Parlamentarische Kontrollgremium unterrichtet, so wie es das Gesetz vorsieht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun werde ich noch ein bisschen konkreter; auf die Beantragung dieser Zustimmung der G 10-Kommission zum Abschöpfen oder zum

Ausleiten der Verkehre in Frankfurt, „Eikonat“. Da ist ja eine Genehmigung von denen beantragt worden. Und wir finden dazu ja auch die Bezeichnung „Türöffner“, weil die Telekom das wollte oder das brauchte. Und dann hat man einen Antrag gestellt, der völlig willkürlich war.

Wir haben gestern Herrn Mewes hier gehört zu später Stunde, aber auch öffentlich. Da hat er erklärt: Wir haben diesen Antrag gestellt, und wir haben den mit Proliferation begründet, weil wir Informationen zu Proliferation uns erhoffen oder erwarten, und zwar nicht etwa deshalb, weil wir einen Proliferationsverdacht hatten, sondern weil das der häufigste Fall ist, wo auch Treffer erzielt werden. Also, Drogen haben wir nicht genommen, weil da eh nie was bei rauskommt. Auch bei Terrorismus kommt relativ wenig raus. Haben wir nicht genommen.

Ich sehe das als völlig willkürlich an, weil eigentlich ist das ja nach dem Gesetz so gedacht: Sie, der Bundesnachrichtendienst, haben konkret Anlass, eine bestimmte Kommunikation zu überprüfen und holen sich dafür dann die Genehmigung des Parlaments oder des Parlamentarischen Gremiums. Ist das nicht ein völliger Missbrauch, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und zwar unabhängig von der Bezeichnung „Türöffner“?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre die letzte Frage in dieser Fragerunde für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, ich war gestern bei der Vernehmung nicht dabei. Ich kann das nicht kommentieren. Ich weiß auch nicht, ob Ihre Zusammenfassung so zutrifft, ob der Herr Mewes das so gesagt hat. Ich weiß das nicht.

Ich glaube, dass es richtig ist, dass man Gremien ordentlich unterrichten muss. Ich habe keine Erkenntnisse gehabt zu meiner Zeit, dass das nicht geschehen ist, auch nicht in diesem Fall. Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

deswegen kann ich das nicht weiter kommentieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Hanning, wir hatten ja hier im Untersuchungsausschuss auch den amtierenden BND-Präsidenten Schindler schon als Zeugen gehört. Er sieht sich jetzt mit allerlei - ich sage es einmal so - Organisationsmängeln, die vielleicht da auf der Hand liegen in seinem Hause, konfrontiert. Gerade auch im Hinblick auf die Selektorenlisten ist der Fall ja der, dass das Ganze nicht gemeldet wurde, sondern zumindest in einer Unterabteilung, womöglich kollusiv in zwei Unterabteilungen, ich nenne das jetzt mal freundlich, gelöst wurde, ohne die BND-Spitze und weitergehend das Bundeskanzleramt darüber zu informieren. Das ist zumindest unser aktueller Informationsstand.

Wir haben ihn immer wieder auch in der Befragung damit konfrontiert. Er ist da sehr grundlegend in seinen Aussagen rangegangen damals. Er hat so ein wenig in der Rückschau hier den Eindruck erweckt, dass er, ich sage jetzt mal, behauptet hat, in dieser Abteilung TA hätte ein Klima geherrscht, dass Dinge, Probleme, die man gehabt hätte im operativen Betrieb, man hätte nicht melden sollen, dürfen, weil eben sozusagen, ich sage mal, die Spitzen das nicht hätten hören wollen. Das ist sozusagen abgewiesen worden. Und er hat da mit dem Finger sehr klar auf seine Vorgänger verwiesen, die nach seinem Dafürhalten dieses Klima zu verantworten hätten. Und bei ihm sei das jetzt etwas anders. Wie bewerten Sie das?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich bin ja nicht der direkte Vorgänger gewesen von Herrn Schindler.

Christian Flisek (SPD): Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann nur zu meiner Amtszeit Stellung nehmen. Ich habe immer dafür gesorgt, dass kritische Stimmen auch die

Möglichkeit hatten, den Präsidenten zu erreichen. Ich habe immer dafür gesorgt, auch als Staatssekretär, dass ich mit unterschiedlichen Meinungen durchaus konfrontiert worden bin, weil ich der Meinung bin, dass Sie nur richtige Entscheidungen fällen können, wenn Sie alle Aspekte mit einbeziehen. Und dazu gehören auch kritische Aspekte.

Ich habe bei Herrn Breitfelder nie den Eindruck gehabt, dass er sich scheute, Konflikte bei mir anzusprechen oder Probleme bei mir anzusprechen. So war unser Verhältnis nicht.

Ich hoffe auch, dass es innerhalb der Abteilung so gewesen ist. Das kann ich nicht beurteilen. Aber ich war selbst in der Abteilung, habe selbst Gespräche geführt mit Referatsleitern. Ich habe selbst Gespräche geführt mit Unterabteilungsleitern. Und ich kann nur sagen: Zu meiner Zeit hat es dieses Klima nicht gegeben, jedenfalls nach meinem Eindruck. Ich habe immer Wert darauf gelegt, dass Probleme offen angesprochen wurden. Denn nur wenn Sie Probleme offen ansprechen, können Sie sie auch lösen.

Dieses Klima, wie gesagt - - Ich mag den gegenwärtigen Präsidenten da nicht kommentieren. Das ist auch eine Zeit lang her, dass ich dort war. Aber ich kann nur sagen: Zu meiner Zeit habe ich diese Feststellung nicht getroffen und nicht treffen können.

Christian Flisek (SPD): Ist es denn in Ihrer Amtszeit mal vorgekommen, dass jenseits der üblichen Hierarchien sich jemand mit Überspringen des Abteilungsleiters aus einer Unterabteilung bei Ihnen, in Ihrem Stab, direkt gemeldet hat -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Christian Flisek (SPD): - und gesagt hat: „Hier“?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kam vor. Natürlich. Ich habe ja - - In meinem Stab war jemand zuständig für die Abteilung. Sie hatte viele informelle Kanäle auch in die Abteilung. Von daher gab es da immer eine Kommunikation, also nicht nur über den Abteilungsleiter. Wenn es kritisch



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde, habe ich schon Wert gelegt, dass der Abteilungsleiter eingebunden war. Aber ansonsten hatte ich schon immer den Eindruck: Wenn Wesentliches in der Abteilung passiert, erfahre ich das auch, und zwar über den Mitarbeiter im Stab, der für die Abteilung zuständig war, der viele informelle Kanäle auch in die Abteilung gehabt hat.

Christian Flisek (SPD): Gab es eine klare Weisung, wie mit Vorgängen von besonderer Bedeutung umzugehen ist? Also, was sind Vorgänge besonderer Bedeutung im Sinne des Gesetzes für das Parlamentarische Kontrollgremium beispielsweise, und wie ist damit umzugehen? Wusste das jeder Mitarbeiter im BND?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, was sind Fälle von besonderer Bedeutung?

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist ein unbestimmter Rechtsbegriff.

Zeuge Dr. August Hanning: Das erschließt sich häufig im Nachhinein. - Ich meine, Sie hätten den Untersuchungsausschuss nicht ohne Herrn Snowden. Dann würden wir heute nicht über diese Themen reden. Also, die besondere Bedeutung ist sozusagen in der Retrospektive entstanden, weil Herr Snowden mit seinen Veröffentlichungen sozusagen die Problemlage geöffnet hat.

Viele Dinge, die im Nachhinein als besonders bedeutsam erscheinen, erscheinen im laufenden Betrieb als nicht bedeutsam. Von daher ist das immer eine Wertung. Die müssen Sie vornehmen nach bestem Wissen und Gewissen. Und das geschieht auch. Das hängt natürlich ab von dem Vertrauensverhältnis, was man hat: das Kanzleramt, BND. Das hängt ab von dem Verhältnis Parlamentarisches Kontrollgremium, BND.

Ich sage mal, im Prinzip gibt es eigentlich schon einen Konsens darüber, was als schwerwiegend einzuschätzen ist; ja. Das können Sie aber abstrakt nie so genau formulieren, dass Sie das sozusagen als Dienstanweisung heruntergeben können und dann sofort maschinell das umgesetzt wird, sondern das ist immer ein wertender Aspekt, der sehr stark abhängt von Medien, von der Wahrnehmung der Politik - was ist besonders

bedeutsam? -, vom Präsidenten BND. Also da fallen viele wertende Aspekte rein.

Christian Flisek (SPD): Da stimme ich Ihnen zu, dass man nachher immer schlauer ist als vorher. - Der Punkt, denke ich mal, ist aber auch der natürlich: Wenn schon in der Anberaumungsphase von Projekten nicht unerhebliche Stimmen innerhalb der Dienste selber davon sprechen, dass solche Projekte riskant sind, bis dahin, dass, wenn gewisse Dinge in einer gewissen Art und Weise das Licht der Öffentlichkeit erreichen, es vielleicht sogar existenziell sein kann, zumindest zu schwierigen politischen Verwerfungen führen kann, wenn so etwas quasi schon - und zwar ex ante - diskutiert wird im eigenen Hause, würden Sie mir dann zustimmen, wenn ich sage: „Das sind per se dann Dinge, die besondere Vorkommnisse sind und die insofern Gegenstand einer umfassenden Unterrichtung im Parlamentarischen Kontrollgremium sein müssten“?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, das ist vielleicht ein Aspekt. Aber ich bin ja eben schon gefragt worden: Hat es Vorgänge gegeben, wo man darauf vertraut hat, dass sie geheim bleiben, obwohl sie rechtswidrig waren, kritisch waren oder Ähnliches? - Ich kann nur sagen: Ich habe mich in meiner Dienstzeit immer von der Vorstellung leiten lassen: Jeder Vorgang wird öffentlich. Ist man selbst in der Lage, das vernünftig zu begründen? - Kritik müssen Sie immer aushalten. Ich habe also mit anderen Worten nie auf Geheimhaltung vertraut, um irgendwelche kritikwürdigen Zustände unter den Teppich zu kehren.

Und das gilt auch für Ihre Fragestellung. Wenn es kritisch wird, auch wenn es unangenehm wird, muss man das melden. Und dann muss man eine bestimmte Fehlerkultur entwickeln auch. Das ist nicht ganz einfach. Einerseits müssen Sie als Präsident BND schon darauf achten, dass Fehler gemeldet werden. Aber Sie müssen auch den Umgang damit richtig machen. Sie müssen genau fragen: Warum, wieso, weshalb? Sie müssen ja - - Nur wenn Sie die Fehler auch erkennen, haben Sie eine Chance, Fehler in der Zukunft auch abzustellen. Von daher ist das schon ganz wichtig,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass Sie da eine möglichst offene Kommunikationskultur haben.

Aus meiner Sicht gilt das auch fürs Parlament. Auch dem Parlamentarischen Kontrollgremium muss man zumuten, Probleme des Dienstes mitzubekommen. Das wird ja auch gemeldet. Das ist auch zu meiner Amtszeit eigentlich immer regelmäßig gemeldet worden. Da kann man im Nachhinein immer sagen: Das ist nicht gemeldet worden, das ist nicht - - Aber da hängt die Wertung häufig sehr stark von der Retrospektive ab.

Ich glaube, man muss den handelnden Personen zubilligen, dass sie nach bestem Wissen und Gewissen auch unterrichten. Denn nicht zuletzt ist das Parlamentarische Kontrollgremium ja auch ein Unterstützungselement für die Dienste. Das ist ja auch ein wichtiges Element. Das ist ja nicht nur kritisch, sondern sie unterstützen ja auch.

Von daher können sie das nur, wenn sie unterrichtet sind. Von daher gibt es auch ein natürliches Interesse, die parlamentarische Kontrollkommission über die wesentlichen Vorgänge zu unterrichten.

Christian Flisek (SPD): Würden Sie denn aus Ihrer Erfahrung sagen, dass dieser jetzt heute auch schon öfters angesprochene Grundsatz „Need to know“ überhaupt kompatibel ist mit dem, was wir unter rechtsstaatlicher Aufsicht und auch unter parlamentarischer Kontrolle verstehen, so wie wir uns das vorstellen? Unterstellt, der BND ist eine ganz normale Behörde wie jede andere auch, und zwar mit einem Spezialauftrag. Lässt sich dieses grundlegende Prinzip, das ja erhebliche Konsequenzen für die Organisation auch innerhalb des BND hat und für die Arbeitsweise innerhalb des BND - - Ist das eigentlich kompatibel mit - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ohne Weiteres. Da sehe ich überhaupt kein Problem. Man muss nur besondere Vorkehrungen treffen. Und der Gesetzgeber hat das ja getan mit dem Parlamentarischen Kontrollgremium. Natürlich unterliegt der BND derselben Kontrolle wie jede andere Behörde des Bundes auch. Das kann man auch ohne Weiteres bewerkstelligen.

Christian Flisek (SPD): Aber Need to know kann ja auch bedeuten, dass selbst Sie als BND-Präsident oder jeder andere als BND-Präsident nicht alles erfährt, was im Hause vorgeht. Oder würden Sie das ausschließen?

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, Sie haben 6 000 Mitarbeiter, und Sie sind der BND-Präsident. Sie erfahren natürlich nicht alles. Das geht gar nicht. Sie brauchen Filter. Sie brauchen Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter, Referatsleiter, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: - die sozusagen Ihnen die relevanten Vorgänge mitteilen. Das wird immer nur eine Auswahl der Vorgänge sein, zwangsläufig. Und Sie müssen als Präsident dann wiederum die Entscheidung fällen, was Sie dem Bundeskanzleramt mitteilen, alles umfassend oder gefiltert, und natürlich auch dem Parlament. Das ist dann Ihre Aufgabe als Präsident, da die Entscheidung zu fällen.

Christian Flisek (SPD): Alles richtig, Herr Dr. Hanning. Das ist vor allen Dingen auch eine Frage natürlich der Kapazitäten. Und nicht alles, was in einer so großen Organisation läuft, muss auf dem Tisch des Präsidenten landen, geschweige denn beim Kanzleramt ankommen.

Aber jetzt noch mal nachgefragt: Würden Sie es ausschließen, dass der Grundsatz, der praktizierte Grundsatz des „Need to know“ dazu führen könnte, dass selbst der Präsident des Bundesnachrichtendienstes über einen Vorgang eventuell nicht informiert wird, der eigentlich, wenn man dieses Prinzip nicht anwenden würde, auf seinen Tisch gehören würde?

Zeuge Dr. August Hanning: Das schließe ich aus. Das schließe ich aus. Need to know kann nicht bedeuten, dass der Präsident nicht unterrichtet wird. Der Präsident ist verantwortlich für den Bundesnachrichtendienst. Und wer verantwortlich ist dafür, der muss auch vollen Zugang zu allen Informationen haben. Mit Einschränkungen, kann ich Ihnen auch sagen. Ich habe immer gesagt: Besonders sensible Quellen will ich nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

hören, will ich nicht wissen. Nur im Einzelfall, wenn es darauf ankommt. Da ist schon Quellenschutz ganz entscheidend. Es gibt Dinge, wo aus wohlverwogenen Gründen auch der Präsident sagt: Ich möchte davon keine Kenntnis haben. - Vor allen Dingen in der Abteilung 1 bei sensiblen Quellen. Wenn Sie sensible Quellen im arabischen Raum führen - ich will das nicht weiter ausführen -, dann ist das hochkritisch. Wenn die Leute bekannt werden, ist Leib und Leben gefährdet. Und da habe ich immer gesagt: Das möchte ich nicht wissen. Es sei denn, es kommt darauf an, wenn es eine wichtige Information ist.

Aber im Regelfall, alle anderen Abläufe, da müssen Sie schon eine Kultur im Bundesnachrichtendienst und in jeder Behörde herstellen, dass der Präsident natürlich Zugang haben muss zu allen Informationen. Denn sonst kann er seiner Verantwortung nicht gerecht werden.

Christian Flisek (SPD): Sie haben jetzt gesagt: "müssen Sie herstellen". Ich bin immer ein bisschen vorsichtig mit den Formulierungen. Sie sehen das aber auch aufgrund Ihrer Amtszeit so, dass diese Kultur im BND in Ihrer Amtszeit existierte?

Zeuge Dr. August Hanning: Die Kultur existierte. Ab und zu musste ich nachhelfen. Aber die existierte schon. Da habe ich schon dafür gesorgt. Ich kann doch nicht Verantwortung für Vorgänge übernehmen, die ich nicht kenne.

Christian Flisek (SPD): Das ist klar.

Zeuge Dr. August Hanning: Das habe ich schon den Mitarbeitern kommuniziert.

Christian Flisek (SPD): Jetzt eine Stufe weiter dekliniert: Könnte Need to know bedeuten, dass eventuell das Kanzleramt über Dinge nicht informiert wird? Ich spreche zum Beispiel mal einen konkreten Bereich an: Projekte, die man plant.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja. Das ist eine etwas komplizierte Frage. Denn natürlich hat der BND-Präsident in unserer Staatspraxis auch eine besondere Aufgabe. Er muss sozusagen Operationen verantworten. Und nicht jede Operation muss

das Kanzleramt sozusagen verantworten. Also da gibt es schon eine gewisse Schranke, würde ich sagen. Also, wenn man vorbereitet ist, das muss das Kanzleramt nicht wissen. Aber wenn gravierende Risiken zu besorgen sind bei Operationen, dann habe ich das Bundeskanzleramt auch immer oder in aller Regel eingeschaltet. Aber ansonsten hat der BND-Präsident schon eine eigenständige operative Verantwortung für den Bundesnachrichtendienst. Und da muss er dann auch Verantwortung tragen, wenn es dann ernst wird.

Christian Flisek (SPD): Die aktuelle Konstruktion im Kanzleramt ist ja die, dass dort auch eigens jetzt noch mal ein Staatssekretär existiert als Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes, unmittelbar unter dem Kanzleramtschef. Meine Frage an Sie: Das war ja in Ihrer Zeit noch nicht so in dieser Form. Hat dieser jetzt mehr die Funktion einer Firewall, einer Brandmauer, oder hat er auch tatsächlich einen praktischen Nutzen, wo Sie sagen: „Das waren Defizite, die in meiner Zeit sozusagen offen zutage traten, und Gott sei Dank gibt es den jetzt, dass das abgestellt wurde“?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, da stellen Sie Fragen, -

Christian Flisek (SPD): Gut - nicht?

Zeuge Dr. August Hanning: - die möchte ich eigentlich nur im ersten und zweiten Teil beantworten. In meiner Zeit gab es keine Defizite. Jedenfalls habe ich die nicht so empfunden. Im Augenblick möchte ich mich nicht dazu äußern. Das kenne ich zu wenig.

Christian Flisek (SPD): Gut. Dann machen wir einen Themenwechsel. Den Herrn Michael Hayden, den kennen Sie selber persönlich?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Christian Flisek (SPD): Der hat ja ein ganz berühmtes Zitat gesagt oder mal irgendwann von sich gegeben, das ja auch schon im Ausschuss öfters zitiert wurde: "We kill people based on meta-data."



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich möchte jetzt zu dem Themenkomplex “geheimer Krieg” mal kommen. Wir haben das gestern hier begonnen mit der Vernehmung von Frau K., die die Leiterin der Hauptstelle für Befragungswesen im BND bis zur Auflösung gewesen ist.

Ich steige mal ein mit diesem Zitat. Wie beurteilen Sie dieses Zitat? Sie haben sich ja schon über die Kapazitäten der CIA oder der NSA auch geäußert oder überhaupt der amerikanischen Dienste geäußert.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, das ist die berühmte Frage nach der Stecknadel im Heuhaufen. Braucht man sozusagen den ganzen Heuhaufen, um eine Stecknadel zu erkennen? Das ist so ein bisschen die amerikanische Philosophie, jedenfalls so, wie ich sie kennengelernt habe. Ich weiß nicht, ob sie immer noch gilt. Da braucht man natürlich, ich sage mal, einen großen Heuschaber, um das überhaupt so praktizieren zu können.

Der BND hat eigentlich immer eine andere Philosophie gehabt. Der BND hat sich von vornherein auf relevante Verkehre konzentriert, auch zwangsläufig. Von daher ist das nicht so ganz vergleichbar, einfach von den Kapazitäten her, von der Art des Herangehens her. Und der BND ist, glaube ich, auch ganz gut gefahren mit seiner Philosophie, sich eben stärker auf die relevanten Verkehre zu konzentrieren.

Christian Flisek (SPD): Das deckt sich mit einigen Aussagen, dass der BND da eine andere Philosophie hat. Was den Hauhaufen betrifft - - Lassen wir den mal weg. Konzentrieren wir uns vielleicht noch mal auf die Stecknadeln. Hat denn der BND jemals in Ihrer Amtszeit aus Ihrer Bewertung über Daten verfügt, die isoliert betrachtet geeignet gewesen wären, für gezielte Drohneneinsätze zur Tötung von Menschen herangezogen zu werden?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher, natürlich. Wir haben natürlich bei der Terrorismusaufklärung - - Wir haben in Afghanistan aufgeklärt. Wir haben Zellen aufgeklärt. Selbstverständlich.

Christian Flisek (SPD): Und wie ist man mit diesen Daten umgegangen, gerade im Hinblick auf die Kooperation mit anderen Diensten?

Zeuge Dr. August Hanning: Gut, da gab es in der NATO einen engen Informationsverbund, zwangsläufig, in Afghanistan; da hat man natürlich die Informationen geteilt. Ich glaube, was Sie ansprechen, das galt vor allen Dingen für Pakistan und Afghanistan zu meiner Amtszeit. Und da hat man die Informationen geteilt. Ja.

Christian Flisek (SPD): Und sind Ihnen Vorfälle bekannt, wo gezielt durch dieses Teilen solcher qualifizierter Daten und Informationen es dann auch durch Militärs zum Beispiel der Amerikaner zu gezielten tödlichen Einsätzen gekommen ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, es gab natürlich Spezialoperationen. Wenn wir erkannt haben, dass aus einem bestimmten Bereich Angriffe gegen die Bundeswehr oder gegen NATO-Strukturen gestartet werden sollten, dann haben meistens Amerikaner, zum Teil auch die Bundeswehr entsprechende Operationen durchgeführt zum Schutz unserer Soldaten.

Christian Flisek (SPD): Und dazu gehörten dann auch gezielte tödliche Drohneneinsätze?

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist ein anderes Thema. Ich rede im Augenblick über den Schutz unserer Soldaten.

Christian Flisek (SPD): Force Protection.

Zeuge Dr. August Hanning: Force Protection. - Das Drohnenthema hat sich bei mir nicht gestellt.

Christian Flisek (SPD): Warum hat sich das bei Ihnen nicht gestellt? Das ist ja eines der relevanten Themen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich vor der Frage gestanden habe, dass mit der Weitergabe bestimmter Informationen sozusagen ein Drohnenangriff unmittelbar vorbereitet wurde. Also, so eine Fragestellung hat



Nur zur dienstlichen Verwendung

mich nicht erreicht. Ich kann mich daran nicht erinnern.

Christian Flisek (SPD): Also, jetzt unabhängig von der Frage, ob es tatsächlich konkrete Vorfälle gegeben hat: Sie sagen, auch die Fragestellung selber, ob so etwas dann vielleicht tatsächlich technisch möglich ist, innerhalb von Kooperationsvereinbarungen gemacht wird, ob es rechtlich zulässig ist, also die Erörterung dieser Frage, das hat Sie in Ihrer Amtszeit gar nicht erreicht?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, zur Drohnenproblematik hat mich das - kann ich mich nicht erinnern - nicht erreicht.

Christian Flisek (SPD): Gleichwohl sagen Sie aber: Wir haben über Daten verfügt, die dafür qualifiziert genug gewesen wären. Und wir haben solche Daten aber auch in einen Pool gegeben im Rahmen dieser Kooperation, um sie sozusagen anderen zur Verfügung zu stellen.

Zeuge Dr. August Hanning: Sicher. Wenn Hinterhalte für die Patrouillen der Bundeswehr vorbereitet wurden und wir Kenntnis davon hatten, haben wir natürlich selbstverständlich das weitergegeben. Und dann sind auch entsprechende Operationen vorgenommen worden, um dieser Bedrohung zu begegnen. Das ist eigentlich das normale Verhalten in solchen Einsatzgebieten wie Afghanistan. Sie müssen das schon tun. Andererseits nehmen Sie hohe Verluste in Kauf.

Christian Flisek (SPD): Wie bewerten Sie denn, unterstellt, es hätte einen solchen Datenaustausch gegeben, der dann auch zu entsprechenden Einsätzen geführt hätte, bei denen Menschen ums Leben gekommen wären, und die dann wiederum nicht durch UN-Mandate beispielsweise legitimiert sind - wie würden Sie denn heute das bewerten?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, das sind ganz schwierige Fragen, die Sie da stellen.

Christian Flisek (SPD): Ja, sicher. Aber entscheidende.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja. Für mich ist das eine sehr hypothetische Frage. Wenn Sie in einer konkreten Entscheidungssituation sind, dann müssen Sie fragen: Warum, weshalb? Was sind die Umstände? Was ist das Risiko? Ist es sicher gewährleistet, dass auch das Ziel wirklich getroffen wird, dass keine Unbeteiligten mit beteiligt sind? Welcher Art ist der potenzielle Angriff? Ist es wirklich gerechtfertigt? Es kann aus Gründen der Force Protection wahrscheinlich durchaus gerechtfertigt sein, auch solche Drohnenangriffe auszuführen.

Aber noch mal: Das sind ganz komplexe Fragestellungen. Die würde ich nicht gerne hypothetisch beantworten. Da müssen Sie wirklich sehr konkret den Sachverhalt haben. Das müssen Sie dann abwägen. Das müssen Sie dann grundsätzlich überlegen, wie Sie vorgehen. Das hat auch was zu tun dann mit der politischen Vorgabe. Das sind zum Beispiel Fragestellungen, die müsste ich dann auch wahrscheinlich in dem Fall mit dem Bundeskanzleramt erörtern. Das sind ja wirklich weitreichende Fragestellungen.

Noch mal: Für mich hypothetisch. Hat sich konkret so nicht gestellt Ihre Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Konkrete Fragen müssten wir dann in der nächsten Runde stellen.

Christian Flisek (SPD): Eine Frage noch. - Waren Sie denn bei den Beratungen der Bundesregierung bezüglich der Tötung des deutschen Staatsbürgers Benjamin E. in irgendeiner Weise im Jahr 2010 befasst?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein. Ist Ihnen auch nichts bekannt.

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich mich nicht dran erinnern; weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt aber zu den Fragen der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Dr. Hanning, ist Ihnen irgendein Fall bekannt in Ihrer Amtszeit, bei dem Ihnen als wichtige Meldung bekannt geworden ist, dass im Bereich der Datenerfassung durch den BND es zu Verstößen gegen die G-10-Richtlinien gekommen ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann mich nicht daran erinnern. Kann mich nicht daran erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen zu irgendeinem Zeitpunkt in Ihrer Dienstverantwortung bekannt geworden, dass Telekommunikationsunternehmen Nachfragen hatten hinsichtlich konkreter Kooperationen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut. Das haben wir ja eben erörtert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich meine, außerhalb der Telekom. Andere. DE-CIX.

Zeuge Dr. August Hanning: Kann ich mich im Augenblick nicht dran erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Andere Provider.

Zeuge Dr. August Hanning: Will ich, kann ich nicht ausschließen. Kann mich aber auch nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind Ihnen im Zusammenhang mit der Operation „Glotaic“, über die wir ja schon heute gesprochen haben, also dieser Abgriff in Hilden bei MCI WorldCom, in irgendeiner Form Bedenken von Mitarbeitern bekannt geworden, dass dort die Daten ungefiltert an die US-amerikanische Seite ausgeleitet werden?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich kann mich an Einzelheiten in der Vorbereitung da nicht mehr erinnern. Wenn es Bedenken gab, haben wir das sicher ausgeräumt und haben Diskussionen geführt. Aber ich kann mich an den Entscheidungsprozess im Einzelnen nicht mehr erinnern, Frau Abgeordnete.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil Sie sagten vorhin, Sie haben sich schon bemüht, als Präsident eine Übersicht über die Operationen zu gewinnen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher. Also da war natürlich entscheidend erst mal die Rechtslage. Entscheidend war erst mal die Frage: Ist das G-10-Gesetz hier einschlägig, ja oder nein? Und wenn ich mich recht erinnere, war das nicht einschlägig; aber, wie gesagt, mit aller Vorsicht. Und bei anderen Themen muss man sich das dann anschauen. Aber noch mal: Da habe ich keine Einzelheiten mehr in Erinnerung.

Martina Renner (DIE LINKE): Das Thema „Audodateien werden direkt an die CIA, also den US-Partner im Zusammenhang mit der Operation „Glotaic“, geroutet“, ist das Ihnen bekannt gegeben worden?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht mehr.

Zeuge Dr. August Hanning: Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn jemand remonstriert, sich beschwert, auf welcher Ebene wird das im BND verhandelt?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, also jeder hat das Recht gehabt, sich unmittelbar an den Präsidenten zu wenden, meistens an den Leitungsstab. Wenn es gravierende Bedenken gab innerhalb einer Abteilung, waren eigentlich die Abteilungsleiter auch gehalten, mir das mitzuteilen und dann auch das zu erwägen. Auch in den Vorlagen sind in der Regel durchaus Bedenken genannt worden.

Da musste man damit umgehen. Da musste man die Entscheidung fällen: Kann man die ausräumen? Muss man sich darüber hinwegsetzen? Gibt es sehr gute Gründe? Das sind dann eben die üblichen Entscheidungsprozesse. Aber ich glaube schon, dass Bedenken immer auch sehr offen geäußert wurden und damit auch sehr offen umgegangen worden ist zu meiner Amtszeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Im Zusammenhang mit den Operationen „Eikonol“ und „Glotaic“ sind solche schriftlichen Bedenken geäußert worden?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, das war nicht ganz einfach in der Vorbereitung. Fragen Sie mich jetzt nicht nach Einzelheiten. Aber ich weiß, dass das schwierig war. Das war technisch nicht ganz einfach. Dann mussten die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Da gab es, glaube ich, durchaus Diskussionen im Vorfeld, soweit ich mich erinnere. Und dann sind die aber im Ergebnis ja ausgeräumt worden, bzw. man hat gesagt: Ja, wir können dem Rechnung tragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und würden Sie sagen, es gab mehr Bedenken bei „Glotaic“ oder mehr bei „Eikonol“?

Zeuge Dr. August Hanning: Da ich mich an die „Glotaic“-Sache wirklich nicht mehr genau erinnere, fällt mir auch die Antwort schwer. Ich weiß nur, bei „Eikonol“ gab es durchaus Diskussionen. Da kann ich mich noch erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei „Glotaic“ ist ja auch eine Besonderheit, dass die Daten nicht direkt an die Außenstelle, die diese Daten verarbeitet hat, geleitet wurden, sondern über eine Tarnfirma -

Zeuge Dr. August Hanning: Das war eben - -

Martina Renner (DIE LINKE): - umgesetzt wurden, nenne ich das jetzt mal. Das ist ja auch eine Besonderheit, die man vielleicht noch memoriert heute aus der Vergangenheit. Oder ist das üblich, die Daten über eine Tarnfirma zu leiten?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, üblich, glaube ich eher nicht.

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Wolff, das steht alles hier drin.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann Ihnen das aber auch nicht konkret beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da meldet sich die Bundesregierung. - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich gehe natürlich davon aus, dass Sie das auch nur aus der Zeitung zitieren, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Hundertprozentig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann darf Frau Renner jetzt weitermachen.

Martina Renner (DIE LINKE): „Die Legende von Hilden“ kennen Sie nicht? Den Artikel?

Zeuge Dr. August Hanning: Den habe ich gelesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Den haben Sie gelesen.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich kann Ihnen auch offen sagen: Mich hat der *Spiegel* vorher angesprochen, wie das denn gewesen sei. Und ich habe denen gesagt: Ich kann mich nicht daran erinnern. Sorry.

Und dann haben die das aufgeschrieben aus anderen Quellen. Und dann habe ich das natürlich gelesen. Deswegen habe ich dann plötzlich so eine selektive Erinnerung, die ich Ihnen da mitteile. Aber es ist alles nicht verlässlich. Ich sage mal, in meiner damaligen Funktion, aus der Erinnerung heraus, kann ich mich an diese Dinge nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn jemand sich beschwert, wird das auf jeden Fall - - also, wenn jemand schriftlich sich beschwert, wird das auch festgehalten?

Zeuge Dr. August Hanning: Nicht immer. Es sind ja Gespräche. Sie müssen sich das ja vorstellen. Solche Entscheidungen, die fallen ja auch in Besprechungen. Da werden Leute eingeladen. Dann wird gefragt: Was spricht dafür? Was spricht dagegen? - Dann wird das abgewogen, und dann wird entschieden letztlich, meistens dann auf der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Basis einer Vorlage. Aber diesen Vorlagen gehen ja immer bestimmte Entscheidungsprozesse und Dialoge voraus. Und da besteht Raum, Möglichkeit, ja sogar die Verpflichtung, alle wichtigen Aspekte mit einzubringen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und für den umgekehrten Fall - den versuchen wir ja, das ist nicht Ihre Zeit, aber später, auch zu untersuchen -, also, wichtige Meldungen werden nicht nach oben durchgestellt, sondern bleiben irgendwo stecken unterwegs: Was passiert dann?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, es menscht überall, auch im Bundesnachrichtendienst. Und das haben wir in anderen Behörden auch, dass bestimmte Dinge nicht weitergegeben werden. Da muss man als Behördenchef darauf achten, dass das nicht geschieht. Das ist die Frage der Fehlerkultur. Da muss man fragen: Stimmt was nicht mit dem Betriebsklima? Stimmt was nicht mit den Vorgesetzten? Stimmt was nicht mit dem eigenen Führungsverhalten? Die Frage muss man dann stellen. Und dann muss man versuchen, das abzustellen.

Noch mal: Verhindern können Sie das nicht. Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler, passieren auch solche Dinge, dass man die gerne vertuschen möchte; ja. Aber Sie müssen Strukturen schaffen, um das möglichst zu verhindern, zu reduzieren. Da gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, das zu erreichen. Man muss aus jedem Fehler lernen.

Ich habe immer versucht, den Mitarbeitern deutlich zu machen: Auch wenn ihr Fehler macht, ist das sozusagen nicht der Beinbruch. Dann müssen wir fragen: Warum, wieso, weshalb? - Ich war nur ein bisschen empfindlich gegenüber Schlamperei. Das muss ich einräumen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie in Ihrer Amtszeit solche Fälle von Vertuschen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja. Natürlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bezogen die sich auch auf die Abteilung TA?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Das war mehr im operativen Bereich. Aber da will ich jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Uns würde ja nur -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): - dieser Bereich interessieren. - Gab es auch bestimmte technische Vorkehrungen, wenn man zum Beispiel eine Operation ganz besonders abschirmen wollte, um das dann auch zu gewährleisten? Also angefangen von schwarzen Kassen über anderes? Oder ist so was ganz unvorstellbar?

Zeuge Dr. August Hanning: Schwarze Kassen in der Abteilung 2? Darüber reden wir. Ist mir nicht bekannt. Die gehen auch nicht so viel mit Geld um. Von daher ist der Anreiz für schwarze Kassen in der Abteilung nicht sehr groß. Das Problem stellt sich mehr in anderen Abteilungen, wenn überhaupt.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder dass man Gerätschaften besorgt und einsetzt an offiziellen Wegen vorbei, ohne diese prüfen zu lassen oder Ähnliches? Also, gibt es für solche Regelverstöße sozusagen bestimmte eingeschliffene Wege? Haben Sie so etwas mal bemerkt?

Zeuge Dr. August Hanning: Da unterschätzen Sie die Bürokratie im Bundesnachrichtendienst. Die ist hochentwickelt, gerade bei Beschaffungen. Da wird genau aufgepasst, da wird genau Buch geführt usw.

Was Sie immer als Problem haben: Wenn Leute langjährig beschaffen, dann gibt es besondere Beziehungen zu den Lieferanten und Lieferfirmen. Das ist aber ein normales Compliance-Problem, dass Sie darauf achten müssen, dass gelegentlich derjenige, der beschafft, auch ausgewechselt wird. Aber das ist ein generelles Problem, nicht nur für den Bundesnachrichtendienst. Das ist sozusagen das kleine Einmaleins bei der Frage: Wie vermeide ich Compliance-Tatbestände?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber ich sage mal: Als besonderes Problem im Bundesnachrichtendienst habe ich das nicht empfunden.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie etwas sagen zur Zusammenarbeit in Projekten mit dem GCHQ, also der Bereich, der uns interessiert, SIGINT?

Zeuge Dr. August Hanning: Da gab es einige Projekte. Aber fragen Sie mich nicht nach Einzelheiten. Ich meine, GCHQ war immer eng angebunden an NSA. Und es war immer klar: Wenn wir mit GCHQ Projekte vereinbaren, das ging nur mit Zustimmung sozusagen der NSA, weil die ja weitgehend auch die Technik der NSA genutzt haben. Aber es gab Zusammenarbeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Standen die auch zueinander in einem Konkurrenzverhältnis?

Zeuge Dr. August Hanning: GCHQ und NSA?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Überhaupt nicht. Also, ich meine - das wissen Sie ja - -

Martina Renner (DIE LINKE): Immer wenn man den einen gekauft hat, hat man den anderen gleich mitgekauft? Oder wie ist das?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher. Das ist ein ganz enger Verbund zwischen den Diensten. Das wissen Sie doch. Echelon. Public Five. Sie kennen sich doch bestens aus hier im Ausschuss.

Also, das ist natürlich der alte Informationsverbund zwischen USA, Kanada, Neuseeland, Australien und dem Vereinigten Königreich. Das, was wir hier gerade diskutieren, da wird Interessenidentität unterstellt. Deswegen tue ich mich auch so schwer mit dem europäischen Interesse. Wenn man sich das mal konkret anschaut, definiert das Vereinigte Königreich das eigene Interesse identisch mit dem Interesse der Vereinigten Staaten und Australien und Kanada und Neuseeland. Das ist die Situation, die Sie dort vorfinden.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht identisch mit Frankreich.

Zeuge Dr. August Hanning: Frankreich nicht, nein. Frankreich gehört nicht zum Verbund.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt so langsam auf die Zeit gucken aus zwei Gründen, weil a) die Redezeit der Fraktion abgelaufen ist und weil ich b) vorschlagen würde, dass wir jetzt auch rüber zur namentlichen Abstimmung gehen, die ungefähr in Pi mal Daumen 15 Minuten ist. Weil es nach meiner Meinung keinen Sinn macht, jetzt mit einer Fraktion anzufangen und dann die Fragen zu unterbrechen.

Deswegen würde ich jetzt die Sitzung unterbrechen. Dann haben Sie, Herr Dr. Hanning, die Möglichkeit, ein bisschen was zu trinken, was zu essen. Und wir kommen direkt nach der namentlichen Abstimmung wieder. Dann wird die Vernehmung fortgesetzt.

Die Sitzung ist damit unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.35
bis 13.26 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung geht weiter, liebe Kollegen. Wir fangen an.

Sehr geehrter Herr Dr. Hanning, wir kommen jetzt zu den Fragen der CDU/CSU-Fraktion. Ich glaube, in dem Fall beginne ich jetzt mit einigen Fragen.

Ich würde gerne mal auf das Thema Controlling kommen, und nicht nur Controlling im betriebswirtschaftlichen Sinne, sondern: Wie wurden denn die Ziele im BND überprüft, ob MoAs eingehalten werden, ob Ziele zum Beispiel bei der G-10-Filterung eingehalten werden, ob bestimmte Dinge, die zum Beispiel auch vom Kanzleramt angesprochen werden als zu berücksichtigen, Weisungen, aber auch unterhalb von Weisungen, ob das eingehalten wird? Nur im Wege der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dienst- und Fachaufsicht, oder gibt es da auch eine Art Controlling im BND?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich meine mich zu erinnern, dass wir auch eine Controllingeinheit hatten. Ja. Aber es war natürlich in erster Linie eine Frage der Dienst- und Fachaufsicht, Frage sozusagen des Leitungsstabspräsident, um das zu überprüfen, und natürlich immer wieder anlassbezogen. Also, wir waren ja, was die Abteilung 2 betrifft, im fortwährenden Dialog. Und dann haben wir natürlich auch mitbekommen, wenn es da Probleme gab.

Dann wurden natürlich die Diskussionen geführt im Rahmen dieses Kataloges der Bundesregierung über die Aufklärungsziele. Welche Aufklärungsziele sind erreicht worden? Welche sind nicht erreicht worden? Also, es gab sozusagen schon eine permanente Diskussion, ob die Ziele erreicht wurden oder nicht erreicht wurden und welche zusätzlichen Anstrengungen unternommen werden mussten, um die zu erreichen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei dem einen sprechen Sie das APB an, also das Aufklärungsprofil der Bundesregierung, das sich ja auch peu à peu mal verändert hat. Es kommen Länder rein, die vielleicht vorher nicht interessant sind. Es fallen Länder raus. Auch das mag es ja geben. Gab es da eine Art Überprüfung - nenne ich es mal, um das Wort „Controlling“ nicht zu benutzen -, dass auch sichergestellt war, die entsprechenden Referate haben jetzt zum Beispiel Mali auf dem Schirm, was sie vorher nicht so hatten?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, es war das große Problem in der Praxis, da sie nur einen - jetzt bin ich vorsichtig in der Formulierung - nicht hundertprozentig den Aufgabenkatalog abarbeiten konnten, in der Praxis weitaus weniger, weil sie nicht die entsprechenden Ressourcen hatten. Und deswegen habe ich später als Staatssekretär im Innenministerium auch eigentlich eher das britische System eingeführt, von dem ich sehr viel halte, dass sozusagen ein Kuchendiagramm erstellt wird, in dem Kuchendiagramm deutlich gemacht wird, welche Mittel für welchen Zweck ausgegeben werden, und dass

eine sehr klare Priorisierung erfolgt. Denn Sie haben das Problem in der Praxis, Sie haben nur Topprioritäten, sehr viele, eins, zwei, drei, aber Sie haben keine Entscheidung, welche nicht mehr prioritär behandelt werden können. Und Sie haben nur begrenzte Ressourcen und müssen zwangsläufig Priorisierungsentscheidungen fällen. Und das fällt natürlich der Bundesregierung sehr schwer, weil jedes Ressort hat seine eigenen Topprioritäten.

Und ich habe gelernt, und, wie gesagt, ich habe mich da durchaus inspirieren lassen vom britischen Beispiel, die also ein Kuchendiagramm haben und haben gesagt: Das sind die Ressourcen, und wir geben so viel Geld für die Aufklärung, für Proliferation, so viel für Terrorismus, so viel für - - Die haben sozusagen dann in ihrer Prioritätenskala die materiellen Ressourcen zugeordnet, die sie aufwenden für ein bestimmtes Ziel. Und das zwingt sie - und das ist das Entscheidende -, auch Subprioritäten festzulegen, was also jedem Auftraggeber sehr schwer fällt. Aber das dient sozusagen der Transparenz - haben wir ja heute schon häufiger verwendet, den Begriff - des Verfahrens.

Ich habe das später beim Bundesamt für Verfassungsschutz gemacht, und das war eigentlich eine sehr gute Übung, weil ich dann auch die Länder gebeten habe, das Gleiche zu tun, damit endlich mal deutlich wird: Was sind die Prioritäten? Welche Schwerpunkte setzt man? Und man kann dann eben auch Änderungen der Prioritäten sehr viel leichter durchsetzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Letzteres wird sicherlich noch mal in einem jetzt bald kommenden Untersuchungsausschuss thematisiert werden können. Mich würde dann interessieren: Was fehlten denn konkret für Ressourcen aus Ihrer Sicht? Damit meine ich jetzt nicht Geld, sondern an konkreten Sachgegenständen oder an Software oder an - -

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, ich habe das ja dargestellt. Also, wir hatten keine Erfahrung mit der Kabelerfassung. Das war eine ganz neue Technologie, die da erforderlich war. Wir hatten



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Problem mit der Verarbeitung von Massendaten. Da gab es auch IT-Software, die die Amerikaner hatten. Wie andere Themen auch. Also, Dienste müssen heute im IT-Bereich auf dem letzten Stand sein, weil viele Dinge, viele Prozesse können Sie nur IT-gesteuert optimal verwirklichen. Und in dem Bereich hatten wir eben gewisse Defizite. Das hängt auch mit der industriellen Basis der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Schauen Sie, die führenden IT-Firmen sind alle in den USA. Die NSA hat natürlich ganz andere Möglichkeiten, sich auf diese Ressourcen abzustützen. In Deutschland ist das schwierig. Wir haben zum Teil eben auch nicht die industriellen Ressourcen, auf die man sich abstützen kann und muss als Dienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat sich das zu Ihrer Zeit geändert? Würden Sie sagen: „Da ist viel investiert worden“, in Anführungsstrichen, oder bis zu Ihrer Amtszeit, gab es da immer noch, wo Sie sagen: „Das haben wir, da haben wir Defizite“?

Zeuge Dr. August Hanning: Wir haben das ja erheblich ertüchtigt. Ich habe das ja ausgeführt. Wir haben das Programm ausgestaltet. Das war ja auch nicht ganz unwichtig, die Haushälter, Ihre Kollegen, damals zu überzeugen. Denn wir geben in Deutschland für den Nachrichtendienst nicht sehr viel Geld aus. Das ist alles sehr begrenzt. Und deswegen muss man eben immer wieder versuchen, zu optimieren. Das haben wir ja versucht, indem wir sozusagen mit anderen Diensten kooperiert haben, dass wir wichtige Fähigkeiten auch uns haben geben lassen, natürlich gegen Gegenleistung. Aber das war immer ein ständiges Thema: Schritthalten mit der sich verändernden Kommunikationswelt.

Und wir haben ein Problem in Deutschland - ich will das jetzt nicht zu konkret ausführen -, dass uns in vielen Bereichen die entsprechende industrielle Basis fehlt, auf die auch der BND angewiesen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das erweckt jetzt den Eindruck, als wäre, sagen wir mal, die logische Kette: Weil wir nicht genug Haushaltsmittel bereitstellen für die Nachrichtendienste, darum musste es Kooperationen mit Partnern geben, die uns aber aufgrund des IT-Vorsprungs über den Tisch ziehen.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Wir ziehen uns natürlich nicht über den Tisch.⁶

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sondern?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Es ist aber so, dass Sie mit begrenzten Mitteln versuchen müssen, möglichst optimale Ergebnisse zu erzielen. Und damit müssen Sie sozusagen Wege beschreiben, um mit diesen Mitteln auch umzugehen. Und das haben wir ja nun ausgiebig schon erörtert. Wenn Sie mit anderen Partnern kooperieren, müssen Sie Grenzen einhalten, müssen Sie sozusagen bestimmte Anstrengungen unternehmen im Hinblick auf die Kooperation. Aber Kooperation als solche ist immer erforderlich, ich meine, nicht nur im Bereich der Abteilung 2, auch in anderen Bereichen. Also, heute können Sie keinen optimalen Nachrichtendienst betreiben ohne Kooperation mit anderen Diensten generell.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gilt das jetzt speziell nur mit Blick durch unsere Brille? Oder würde das Ihr Pendant, die NSA, genauso sagen, würde genauso sagen: „Ohne die Deutschen kommen wir eigentlich gar nicht klar“?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, das ist natürlich ein Unterschied. NSA ist eine Supermacht. Die Vereinigten Staaten sind im Bereich Nachrichtendienste eine Supermacht. Sie streben an, strategisches Ziel: Information Superiority.⁷ Das ist das strategische Ziel der Vereinigten Staaten. Und das drückt sich natürlich auch aus in den Ressourcen. Wenn Sie sich die Haushalte anschauen der Nachrichtendienste, gerade in den letzten Jahren, sie sind exponentiell angestiegen. Also legen die USA großen Wert auf das Instrument Nachrichtendienste. Das ist in Deutschland

6) Richtigstellung des Zeugen: "Sie ziehen uns natürlich nicht über den Tisch.", siehe Anlage.

7) Richtigstellung des Zeugen: "Sie streben das strategische Ziel an", siehe Anlage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht im gleichen Umfang der Fall. Ich sage das mal vorsichtig. Und deswegen ist es natürlich so, dass wir, die Deutschen, in vielerlei Hinsicht stärker auf Kooperation angewiesen sind als die amerikanischen Dienste. Aber die kooperieren auch und müssen auch kooperieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie jetzt den Begriff benutzen „NSA Supermacht“, dann müsste man ja parallel auch Superkontrolle dem gegenübersetzen. Weil meine Meinung ist immer: Da, wo wir Eingriffsrechte einräumen, wo wir Rechte grundsätzlich gewähren, die auch für Bürger, aber auch für Dritte Eingriffe darstellen, müssen wir auch zumindest gleichrangig immer mit der Kontrolle nachziehen. Würden Sie, der jetzt lange Jahre Erfahrungen auch mit Kooperationen hat, sagen: „Bei den Amerikanern erfolgt die Kontrolle adäquat, was ihre Supermacht im IT-Bereich betrifft“, oder leistet das, was die Amerikaner an Kontrolle für ihren Dienst aufgebaut haben, denn das, was wir eigentlich an Kontrolle erwarten würden? Sie sind ja auch ein bisschen Experte. Jetzt kriegen Sie die Rolle nicht als Zeuge, sondern als sachverständiger Zeuge.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ich merke, es wird gefährlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch das. Große Chance, wegweisend hier Stellungnahmen abzugeben.

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, gut. Lassen wir das mal so stehen.

Also, ich glaube, natürlich muss man besonders aufpassen auf die Vereinigten Staaten. Weil sie eben diese Ressourcen haben, weil sie die Fähigkeiten haben, ist es nicht einfach eine Zusammenarbeit. Ich habe ja dieses Bild von Pony und Elefant gebraucht. Ja, das heißt eben, man muss besonders aufpassen. Das ist wirklich - - „Großer Bruder“ ist eigentlich der falsche Begriff. Aber es ist natürlich eine Institution - noch mal -, die über Fähigkeiten verfügt, die der BND in dem Umfang einfach nicht hat. Deswegen: Ja, richtig, man muss besonders sensibel sein in diesem Bereich, vor allen Dingen natürlich bei der Einhal-

tung der Rechtsvorschriften. Ich kann es nur immer wieder betonen. Das ist, glaube ich, sehr intensiv geschehen.

Bei den anderen Themen muss sich das erst mal evolutionär auch entwickeln. Ich meine, ich bin 2005 ausgeschieden, vieles war erst am Anfang, auch der Kooperation. Viele Themen, die Sie heute hier erörtern, die fallen eigentlich schwerpunktmäßig in die spätere Periode.

Aber natürlich haben wir auch alle gelernt. Wir mussten alle lernen. Das war ja Neuland in gewisser Weise, gerade in Bad Aibling. Und da hatte ich schon den Eindruck: Ja, ein Mann wie der Breitfelder und andere, die sahen schon die Probleme. Und ich habe das mittelbar daraus natürlich mitbekommen, weil mir dann immer die Probleme aufgetischt wurden, wenn ich mit den Amerikanern gesprochen habe. Da habe ich dann immer die Beschwerden über meine Abteilung gehört. Und daraus habe ich mittelbar geschlossen: Aha, die passen schon auf.

Also, es war schon eine Sensibilität da. Und Sie haben ja, glaube ich, den Zeugen Breitfelder ja auch erlebt. Also, damals hatte ich immer den Eindruck: Der geht da mit großer Sensibilität an das Thema heran.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wenn man die unterschiedlichen Zeugenaussagen und auch gerade Ihren letzten Sätze sich mal anschaut, ich glaube, dann kann man - man mag es unterschiedlich bewerten - zu dem Schluss kommen, dass nicht immer alles rundgelaufen ist technisch, aber auch unter rechtlichen Erwägungen. Ich frage mich natürlich - - Wie gesagt, man kann das sicherlich anders bewerten, aber dass die letzten zehn Jahre völlig fehlerfrei verlaufen wären, ich glaube, das werden nur noch wenige sagen. Auch Ihr Nachfolger, Präsident Schindler, hat gesagt, dass es Fehler gab.

Ich frage mich auch, warum es diese Fehler gab. Weil das ist ja dann auch eine Frage: Wenn Fehler passieren, muss man sie abstellen. Das ist eine unserer Aufgaben. - Gab es diese Fehler - und da erweckt sich mir der Eindruck - daher, dass man



Nur zur dienstlichen Verwendung

traditionell, seitdem nachrichtendienstliche Tätigkeit stattfindet im Bereich HUMINT - ich habe es eben auch schon mal gesagt -, Erfahrungen hatte, auch wo Vertrauen gut ist und wo Kontrolle besser ist, auch in partnerschaftlicher Zusammenarbeit, wenn man überhaupt von Partnern bei Nachrichtendiensten reden mag, aber im Bereich SIGINT eben aufgrund des doch sehr großen Unterschiedes der Kompetenz erstrangig den Anschluss wieder kriegen wollte und zweitens auch möglicherweise gar nicht immer erkannte, welches Pferd man ritt? Da scheint mir doch in dieser Phase, ich sage mal, Anfang der 2000er, auch bis zu den Veröffentlichungen von Edward Snowden, noch nicht so eine Kompetenz vorhanden gewesen zu sein - das ist jetzt nicht despektierlich gemeint -, die das eine oder andere vielleicht hätte verhindern helfen können.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Vorsitzender, Sie stellen jetzt sehr grundsätzliche Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, Sie stellen mich infrage, oder Sie stellen die Äußerung infrage oder den BND?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nein. Wenn Sie im Rahmen eines Untersuchungsausschusses in der Retrospektive mit Ihren Mitteln und Möglichkeiten ohne jeden Zeitdruck, ohne die ganze Situation, die Sie seinerzeit erlebt haben - - Wir waren in einer Drucksituation, 11. September, Terrorismus. Wenn Sie jetzt im Nachhinein die Vorgänge sich anschauen, dann können wir natürlich vieles kritisieren. Ich behaupte, wenn Sie Vorgänge im Bundesverwaltungsamt sich anschauen würden oder in der Zollverwaltung, hätten Sie genau dasselbe Thema. In der Retrospektive mit Ihren Mitteln können Sie natürlich Verwaltungshandeln - - Aber schauen Sie, ich komme aus der Finanzverwaltung ursprünglich. Wenn Sie sich mal die Steuerfälle anschauen würde mit Ihren Mitteln als Untersuchungsausschuss, dann würden Sie auch sagen: Das ist falsch, das ist falsch, das ist falsch.

Also, das kann mich eigentlich nicht besonders beeindrucken. Wenn solche Vorgänge - es sind Massenverwaltungen - passieren - - Da passieren

Fehler, natürlich, klar. Sie haben keine hundertprozentige Gewähr. Wichtig ist aber, mit welchem Geist an die Sache herangegangen wurde: Sind alle Vorkehrungen getroffen worden? Das kann man immer kritisieren. Wahrscheinlich nicht genug. Richtig. Aber ich kann Ihnen nur sagen, dass wir im Bereich Eingriffe gegen deutsche Grundrechtsträger, glaube ich, sehr sensibel immer gewesen sind, immer gewesen sind.

Die andere Frage - Stichwort: Kooperation mit den Amerikanern; das stellt sich auch mit den anderen Diensten -, das ist immer sozusagen ein schwieriges Thema. Da war ja vieles in den Anfängen auch. Diese intensive Kooperation gab es vorher nicht. Das war ein Lernprozess für alle Beteiligten.

Und ich glaube, dass der Dienst im Laufe der Jahre auch daraus gelernt hat. Sie haben ja den gegenwärtigen Präsidenten hier zitiert. Der wird ja auch seine Schlüsse daraus ziehen. Aber ich glaube, das ist auch ein fortlaufender Lernprozess, dem sich alle Beteiligten unterziehen müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, genau darum geht es mir. Und da sind wir, glaube ich, gar nicht weit auseinander. Ich habe einen Unterschied darin zu sehen, ob es um punktuelle Fehler geht, die auch im Wege der Dienst- und Fachaufsicht nach meiner Meinung abzustellen sind - dafür muss sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss nicht gründen -, oder ob wir strukturelle Probleme sehen, die ja ganz unterschiedliche Gründe haben können, zum Beispiel auch in der nicht ausreichenden Ausstattung im Bereich IT. Das ist auch eine Überlegung, die man haben kann.

Von daher frage ich mich natürlich: Gibt es hier strukturelle Defizite, wo dann auch gesagt werden muss: „Da müssen wir etwas mehr machen“, als wenn zum Beispiel nur mal eine Dateianordnung fehlt, was ich nicht kleinreden will? Aber das ist ein Unterscheid, als wenn zum Beispiel ganz strukturelle Dinge schief laufen. Weil ich vermute mal, es gibt ja über die Kooperation mit der NSA noch andere Kooperationen mit Nachrichtendiensten oder die Zusammenarbeit. Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

da würde ich mir die Sorge bei einem sehr viel kleineren Dienst, der IT-mäßig nicht diese Entwicklung wie die NSA genommen hat, etwas - - da wäre ich etwas beruhigter als bei einem so doch versierten Partner, der vielleicht auch einen anderen Ansatz fährt. Und von daher stellt sich mir natürlich die Frage: Wie sensibel war man? Kommen die möglichen Versäumnisse, wenn man es so bewerten mag, daher, dass man mit einem eben sehr großen - Sie nannten es eben „Supermacht“ - Partner zu tun hatte, der ein Ansinnen hat - wie Sie es auch sagten -, die IT-Herrschaft zu haben? Und dann gehört es eben dazu: Ich sammle erst mal, was ich kriegen kann, im Zweifel vom Partner. Vielleicht kann ich es ja gut gebrauchen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja. Jetzt bringen Sie mich immer mehr so in die Rolle des Sachverständigen. Ich bin ja hier als Zeuge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben ja auch Ahnung.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich danke für die Blume, aber -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerne.

Zeuge Dr. August Hanning: - ich sehe auch die Dorne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Auf der anderen Seite glaube ich - - Ich sage mal, Sie haben eine generelle Fragestellung gestellt. Wir geben in Deutschland relativ wenig Geld für Nachrichtendienste aus. Das ist richtig. Das ist aber eine Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers. Ich war immer der Meinung, wir brauchen bessere Nachrichtendienste. Wir müssen sie gut ausstatten. Wir müssen sie qualitativ gut ausstatten. Und wir brauchen auch eine sehr gute technische Ausstattung. Und dazu gehören Ressourcen. Und das ist ein Dauerproblem, was der BND in der Tat hat. Aber das ist natürlich auch eine Frage an den Haushaltsgesetzgeber. Das ist auch eine Frage an das Parlament. Nach Lage der Dinge, wenn Sie Chef sind und wenn Sie entscheiden müssen,

dann müssen Sie natürlich mit den vorhandenen Ressourcen umgehen. Dann müssen Sie optimieren. Das ist natürlich der Versuch.

Der zweite Punkt, den Sie da angesprochen haben: Wir reden ja heute über die NSA. Ich glaube, wenn es einen russischen Snowden gäbe, dann würden wir auch einen Untersuchungsausschuss haben, aber mit ganz anderer Zielsetzung.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit welcher?)

Worauf ich hinauswill, ist - - Da würden Sie - - Ich möchte nicht die Kataloge sehen in Moskau. Ich möchte sie nicht in anderen - - Ich will da jetzt nicht weiter ausschweifen; wir sind ja hier bei der NSA. Was ich nur damit zum Ausdruck bringen will, ist, dass wir natürlich verwundbar sind, verletzlich sind. Und das ist eine Frage unserer Sicherheitskultur. Unsere Sicherheitskultur ist in diesem Lande nicht besonders hoch entwickelt. Das ist das eigentliche Problem. Wir müssen unsere Sicherheitskultur verbessern und nicht jetzt hier eigene Anstrengung durch Empörung und Ähnliches ersetzen, wie ich das immer mitbekomme. Wir müssen einfach - - Wir müssen sozusagen auch zur Kenntnis nehmen: Dieses Land wird ausgespäht, von wem auch immer. Wir müssen eine bestimmte Sicherheitskultur hier einrichten. Und wir müssen sozusagen dem auch Rechnung tragen. - Ich glaube, wenn der Schluss gezogen würde, das wäre, glaube ich, wirklich hilfreich. Also: Stärkung der eigenen Kapazitäten, Verbesserung unserer Sicherheitskultur. Denn wir reden ja nicht nur über Ausspähung. Heute ja, über NSA. Aber ich sehe natürlich ganz andere Dienste, die ein viel höheres Interesse haben, hier Deutschland auszuspähen, unsere politische Landschaft auszuspähen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil auch der Kollege von Notz gerade dazwischenrief und weil es zur Einordnung der NSA vielleicht ganz interessant ist: Was gibt es denn für andere Dienste, die wahrscheinlich nicht weniger aktiv unterwegs sind, auch vom Volumen her? Ist der Vergleich zur NSA also dann Untersuchungsgegenstand?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, gut. Jetzt muss ich auch fabulieren. Aber ich weiß, dass unsere russischen Freunde sehr gut unterwegs sind. Ich weiß - - Im Nahen Osten kenne ich auch einen Staat, der sehr gut unterwegs ist. Ich kenne auch im fernen Osten einen Staat, der sehr gut unterwegs - - Also da gibt es schon einige Länder, die hier sehr gut unterwegs sind, die - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würden Sie die auch als „Supermacht“ bezeichnen, wie Sie die NSA eben bezeichnet haben?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, wir haben den Vorteil bei der NSA, dass wir glauben, zu ahnen, was sie können. Bei anderen Diensten ahnen wir das nicht so richtig. Und damit lebt man natürlich auch ganz gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum ahnen wir das da nicht richtig? Weil uns da auch wieder die technische Expertise fehlt, um das zu überblicken?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da fehlt uns der Snowden!)

Zeuge Dr. August Hanning: Vielleicht fehlt uns der Snowden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also der chinesische Snowden fehlt uns quasi. Gut, dann müssen wir da mal motivieren.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Oder liegt es daran vielleicht, weil wir von unseren Partnerdiensten etwas mehr wissen als von unseren Nichtpartnerdiensten? Ich glaube, wenn ich die Budgets vergleiche, NSA - -

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Vorsitzender, es geht überhaupt kein Weg daran vorbei, dass man die eigenen Fähigkeiten verbessern muss letztlich. Und da spielt es im Grunde dann keine Rolle, wer hier ausspäht. Dieses Land ist so wichtig, dass es ausgespäht wird. Man interessiert sich für

die politischen Strukturen dieses Landes. Und dafür muss man - - Das muss man einfach in Rechnung stellen, und dann muss man entsprechende Sicherheitsstrukturen aufbauen, um damit umzugehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Letzte Frage von mir, weil die Kollegin Warken auch noch Fragen hat. Sie hatten eben vom Budget geredet. Wenn ich das richtig erinnere, haben wir ein Budget im Bereich unserer Dienste von knapp über 600 Millionen Euro. Wenn ich die amerikanischen Dienste sehe: NSA 10 Milliarden, CIA 15 Milliarden. Ich runde jetzt grob.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht muss man die Haushalte auch miteinander in Kontext setzen!)

- Das ist richtig. - Ich sage mal: Meinen Sie, dass eine direkte Verbindung von Budget zu Effizienz da ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Keine direkte, aber natürlich eine indirekte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar.

Zeuge Dr. August Hanning: Wenn Sie keine Ressourcen haben, können sie auch nicht vernünftig arbeiten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Logisch. - Ich will darauf hinaus: Was können Sie denn nicht, weil Ihnen das Geld fehlt?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, bei der technischen Ausstattung ist das schon natürlich deutlich. Außerdem: Schauen Sie sich die Personalausstattung an. Ich meine, da gibt es ja nur Schätzungen. Aber ich habe auch Wikipedia noch gelesen gestern. Da steht was von 40 000 Leuten bei der NSA. Ich vermute, dass sie 30 000, 40 000 Contractors haben. Der Herr Snowden war ja auch Contractor, nebenbei bemerkt. Und wenn Sie dann sozusagen die Personalausstattung der BND-Abteilung 2 dagegenhalten, sehen Sie ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

wisse Unterschiede. Und wenn Sie entsprechende Ressourcen haben, Herr Vorsitzender, können Sie natürlich auch besser arbeiten, können Sie mehr arbeiten, können Sie mehr akquirieren. Und wenn Sie dann eine IT-Industrie in Silicon Valley haben und wenn Sie sozusagen Weltmacht sind, auch was die industriellen Strukturen sind, haben Sie natürlich einzigartige Möglichkeiten, solche Möglichkeiten oder solche Fähigkeiten aufzubauen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das können Staaten wie China, Russland und wen Sie noch alles meinen, genauso?

Zeuge Dr. August Hanning: Nicht genauso. Aber ich habe hohen Respekt vor den Anstrengungen, die ich beobachte in anderen Ländern auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Hätte ich jetzt ganz, ganz viele Nachfragen. Aber Frau Kollegin Warken ist jetzt erst mal noch dran.

Nina Warken (CDU/CSU): Was haben Sie denn, um da noch mal dranzubleiben, gemeint mit diesem „ganz gut unterwegs“? Ganz gut unterwegs, was Ausstattung heißt, finanziell, personell? Oder ganz gut unterwegs, was jetzt irgendwie deutschlandbezogen ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich lese da nur die Berichte des Verfassungsschutzes, und daraus können Sie eigentlich entnehmen, wer hier in Deutschland in besonderer Weise unterwegs ist. Also, das ist ja alles öffentlich. Können Sie alles nachlesen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich mal kurz fragen, ob das untersuchungsgegenständlich ist?)

Nina Warken (CDU/CSU): Das habe ich für dich nachgefragt.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist entzückend!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, kollegialer war das.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Dr. Hanning, dem Ausschuss liegen auch Unterlagen des Bundesinnenministeriums vor. Aus denen geht hervor, dass es im BND schon im Jahr 2003 Bedenken an - - gegen die Zulässigkeit - - Zuverlässigkeit gab, gegen die Zuverlässigkeit eines Providers, der auch an der Operation „Glo“ beteiligt war. Und dieser Provider, nämlich die MCI, war auch Betreiber bzw. - ja, war Betreiber des Bundesverwaltungsnetzes, und da ging es um eine Vertragsverlängerung.

Es gibt da eine interne Unterrichtsvorlage des BMI, Referat IT 2 vom 6. November 2003. Das ist MAT A BMI-7/1g_2, Blatt 30 bis 34. Dort wird auf die Bedenken des BND Bezug genommen. Die aus dem IVBB, also Informationsverbund Berlin-Bonn, heraus über die Firma MCI geführten Fernverkehre könnten möglicherweise in den USA mitgelesen werden. Das BMI verwies diese Bedenken des BND im Jahr 2003 in den Bereich der Spekulationen. Erkenntnisse lägen dem BND nicht vor.

Und dann gibt es im Jahr 2006, am 15. Februar, einen Unterrichtsvermerk. Der ist BMI-intern. Und dort wird man schon deutlicher. Dort heißt es, über die Firma MCI Deutschland GmbH, die Betreiberin des Bundesverwaltungsnetzes, lägen - ich zitiere - „konkrete Erkenntnisse vor“. Die bis Ende 2008 laufenden Verträge mit dem Provider „können keinesfalls verlängert werden, da auf Grund der vorliegenden Erkenntnisse die Firma MCI nicht vertrauenswürdig ist“. Dieser interne Vermerk hat die Nummer MAT A BMI-7/1g_2, Blatt 76 f.

Also, man hatte im Prinzip vom BND an das BMI Bedenken herangetragen, was die Zuverlässigkeit eines Providers betrifft, mit dem der BND zusammen, sage ich mal, ein Projekt gehabt hat bzw. der auch Bestandteil des Projekts „Glo“ war, und dieser Provider war gleichzeitig Betreiber des Bundesverwaltungsnetzes.

Sie waren zu diesem Zeitpunkt schon im Amt des für Sicherheit zuständigen Staatssekretärs im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesinnenministerium. Haben Sie vielleicht diese Erkenntnisse mitgebracht aus dem BND ins BMI, was diese Vertrauenswürdigkeit des Providers anbelangt?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich kann mich da nicht konkret erinnern. Aber ich schließe fast aus, dass ich das mitgebracht habe. Da gab es sicher Kontakte auf Fachebene zwischen der Fachebene des Innenministeriums und dem Bundesnachrichtendienst. Da gab es ja den normalen ordentlichen Berichtsweg aus dem Bundesnachrichtendienst auch zum Bundesministerium des Innern. Ich vermute, dass das über diesen Berichtsweg auch an das Bundesministerium des Innern herangetragen worden ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Waren Ihnen aber diese Bedenken oder die Diskussion darüber, ob man die Verträge verlängern kann, war Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich nicht beantworten. Ich bin auch nicht sicher, ob das in meinem Bereich war. Das war, glaube ich, im Bereich des Kollegen, der da verantwortlich war. IVBB ist eigentlich sozusagen nicht im Bereich des Sicherheitsstaatssekretärs angesiedelt. Aber wie dem auch sei.

Nina Warken (CDU/CSU): Also das würde nicht -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - in Ihren Bereich fallen, die Netze. Okay. - Aber es ist ja denkbar, dass die Bedenken, die da im BND entstanden sind, schon auch aus den Erfahrungen, die man in der Zusammenarbeit im Projekt „Glo“ gewonnen hatte, gestammt haben.

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, ich bin immer ganz vorsichtig gewesen mit Firmen, wo nicht auszuschließen war, dass möglicherweise andere Dienste da Einfluss nehmen könnten und habe mich immer - - habe immer zu großer Vorsicht gewarnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, wenn man dann vor allem bedenkt, dass der amerikanische Mutterkonzern auf die deutsche Tochter ja da in der Weise Einfluss genommen hat, wie er es getan hat, nämlich da überhaupt nicht zu informieren und einfach den Abgriff zu ermöglichen da, glaube ich schon, dass man dann auch im Innenministerium oder im BND zunächst Bedenken hat, wenn dann dieser Betreiber, auf den da so einfach der Zugriff möglich ist durch den Mutterkonzern, da die Netze betreibt in Deutschland.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, Frau Abgeordnete, als Sicherheitsstaatssekretär hatte ich natürlich meine Vergangenheit, und die Vergangenheit führte dazu, dass ich chronisch misstrauisch war gegenüber allen Firmen, wo ich den Eindruck hatte und haben konnte, dass die möglicherweise mit anderen Diensten zusammenarbeiten. Und das musste ich Firmen aus den USA - gilt vielleicht auch für das eine oder andere Land - immer unterstellen, habe das immer in meine Überlegungen auch einbezogen.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber in dem konkreten Fall waren Sie nicht derjenige, der gesagt hat: „Vorsicht!“, oder der dann überhaupt in die Überlegungen mit einbezogen wurde?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich vermute, dass das - - Möglicherweise bin ich um Stellungnahme gebeten worden oder meine Abteilung. Aber IVBB fiel in die Zuständigkeit des anderen Staatssekretärs, zu meiner Zeit des Herrn Beus.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Meine Zeit ist um. Vielleicht kommen wir nachher noch mal drauf zurück.

Zeuge Dr. August Hanning: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz genau. - Wir kommen jetzt nämlich zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Hanning, Sie haben gesagt, die USA sind in Sachen Überwachung eine Supermacht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Im Bereich der Nachrichtendienste, habe ich gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. So meine ich. Sie haben erst gesagt: Die NSA ist eine Supermacht im nachrichtendienstlichen Geschäft.

Zeuge Dr. August Hanning: Die auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie stellen das auch so dar, und so habe ich das jetzt verstanden: Die NSA ist auch nicht die Caritas, sondern die haben ihre eigenen Interessen. Und als vorsichtiger Mensch sind Sie sich dessen auch bewusst.

So, jetzt frage ich mich, wie unter Ihrer Verantwortung man diese Supermacht, die nicht die Caritas ist, in Deutschland an die Glasfaser lassen kann. Also, Sie haben ja gesagt: Wer nicht verschlüsselt, ist selbst schuld - oder so im übertragenen Sinne -, und die ganzen Politiker, die hier mit dem Handy telefonieren, denen können Sie auch nicht direkt helfen und so. - Aber jetzt sozusagen in Ihrer Verantwortung ist diese Supermacht, die übergreifend ist leider in der Tendenz, erwiesenermaßen inzwischen, hier an die Glasfaser gegangen in Deutschland. Und da frage ich Sie: Ihre Kollegen in den USA, wenn Sie formuliert haben: „Du, wir würden unheimlich gerne in Washington mal an die Glasfaser ran“, was hätten die Ihnen wohl gesagt?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder haben Sie vielleicht sogar gefragt?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil wir, glaube ich, in Washington nicht an die Glasfaser ranwollten. Aber, ich meine - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, da habe ich aber andere Informationen. Sind Sie sicher?

Zeuge Dr. August Hanning: Bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie sicher, -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass der BND nicht mal geäußert hat, er würde gerne in den USA auch an die Glasfaser?

Zeuge Dr. August Hanning: Mag sein. Warum nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und was haben die USA gesagt?

Zeuge Dr. August Hanning: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gesagt: Ihr seid des Wahnsinns fette Beute.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe die Frage nicht gestellt. Ich kann sie nicht beantworten, Herr von Notz. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Genau. Aber Sie, in Ihrer Verantwortung ist ja diese Supermacht -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich will ja gerne auf Ihre Frage zurückkommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in Frankfurt an die Glasfaser gegangen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja. Sie müssen ja sehen, dass im Ergebnis die Zusammenarbeit mit der NSA von großem Nutzen war für den BND; denn dadurch hat der BND ganz wichtige technologische Lücken geschlossen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hanning, das haben Sie mehrfach -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nein. Das ist schon ganz wichtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - gesagt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Insofern war das ein ganz wichtiger positiver Punkt für den Bundesnachrichtendienst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber über die Vorteile haben Sie jetzt ganz viel referiert.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ja, aber man muss auch dafür einen Preis zahlen, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur acht Minuten, Herr Hanning. Und jetzt die Frage. Aber die Risiken, die Risiken, die waren Ihnen ja auch --

Zeuge Dr. August Hanning: Die Risiken waren überschaubar aus meiner Sicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Das ist interessant.

Zeuge Dr. August Hanning: Im Verhältnis zu den Vorteilen waren die Risiken überschaubar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat denn der BND gesagt, was die Risiken sind?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut. Wir haben ja schon wiederholt darüber gesprochen. Die NSA hat zum Teil andere Interessen als der Bundesnachrichtendienst. Das Aufklärungsprofil ist unterschiedlich, und deswegen muss man aufpassen. Aber das gilt in erster Linie für die deutschen Verkehre.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn ich Ihnen sage, der BND --

Zeuge Dr. August Hanning: Das gilt für die deutschen Verkehre.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Ihnen sage, Herr Hanning, der BND hat gesagt, es gebe einen erheblichen politischen Schaden, wenn das bekannt würde -- Jetzt

übrigens -- Sie haben ja vorhin gesagt, Sie würden immer mit einpreisen, dass Dinge bekannt werden.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal fragen, aus welchem Dokument da zitiert wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich zitiere nicht aus einem Dokument.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich zitiere aus grundsätzlichen Überlegungen, die im BND -- Das tun wir die ganze Zeit. Das hast du eben auch die ganze Zeit gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, weil -- Ich weiß, warum ich frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich zitiere nicht aus einem Dokument.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dann ist gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber dass sozusagen vonseiten des BND erhebliche Probleme, Schadenersatzforderungen usw., ja, die Angst, dass man nie wieder G-10-Überwachung machen kann --

Zeuge Dr. August Hanning: Ach, Herr Abgeordneter, die Angst habe ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das -- Ich habe mir das nicht ausgedacht.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber ich sage Ihnen eines.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war innerhalb des BND das Thema.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, bei jeder nachrichtendienstlichen Operation ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

es immer sehr unkomfortabel, wenn das bekannt wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist auch normales Risiko, was Sie eingehen bei jeder nachrichtendienstlichen Operation zulasten eines Landes oder zulasten von Gruppierungen. Das ist so. Das ist sozusagen ein immanentes Risiko bei jeder nachrichtendienstlichen Operation. Insoweit ist das auch nichts Besonderes, was Sie da zitieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie würden heute aus der Rückschau - - Sie würden die Entscheidung heute wieder so treffen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Das ist ja interessant. Trotz Zehntausender übergreifiger Selektoren.

Zeuge Dr. August Hanning: In der damaligen Entscheidungssituation, und darüber reden wir - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Heute. Sie würden die Entscheidung heute wieder so treffen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich rede über die damalige Entscheidungssituation.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich rede darüber: Würden Sie die Entscheidung heute wieder so treffen?

Zeuge Dr. August Hanning: Was hat sich heute geändert?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, also, nach Ihrer Ansicht ja nichts, weil Sie schon damals wussten, dass die NSA eine übergreifige Supermacht ist. Aber ich würde sagen: Nach Snowden ist man doch irgendwie anders im Film.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Ich glaube - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und deswegen frage ich Sie: Würden Sie heute die Entscheidung wieder so treffen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, wenn ich sie anders damals getroffen hätte, wäre die Aufklärungsfähigkeit des BND in schwerwiegender Weise beeinträchtigt worden. Und deswegen war das eine richtige Entscheidung, die ich damals gefällt habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie die Entscheidung heute wieder so treffen? Das ist - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe sie damals so getroffen, wie ich sie getroffen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich weiß. Die Frage habe ich aber nicht gestellt.

Zeuge Dr. August Hanning: Und ich glaube, der Nachteil, der Schaden wäre sehr viel größer gewesen, wenn wir damals eine andere Entscheidung gefällt hätten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe, Herr Hanning, Sie wollen meine Frage nicht beantworten. Dafür mag es auch gute Gründe geben. Aber das ist zumindest interessant.

Sie haben vorhin von formellen und informellen Wegen gesprochen, wie das Bundeskanzleramt informiert wird. Die formellen kann ich mir ungefähr vorstellen. Mich interessieren die informellen Wege. Was ist denn ein informeller Weg, um das Bundeskanzleramt zu informieren?

Zeuge Dr. August Hanning: Gelegentlich spricht man mit dem Abteilungsleiter, mit anderen Leuten. Gelegentlich spricht man auch mit dem Chef BK. Und das ist dann informeller Weg. Wir haben uns dienstags regelmäßig getroffen nach der ND-Lage. Und da gab es natürlich immer Möglichkeiten auch zum informellen Informationsaustausch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Informell heißt, im Türrahmen außerhalb des Protokolls?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Ja. Protokolle werden nie geführt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist noch mal ein Problem für sich.

Zeuge Dr. August Hanning: Wir haben bei den Gesprächen schon gegessen gehabt, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Aber die Frage ist: Wenn man davon ausgeht, dass sowieso die Dinge rauskommen können müssen, wie Sie das vorhin formuliert haben als transparenzbewusster BND-Chef, warum muss man denn informelle Wege wählen?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, bitte keine Beleidigungen! Ich war kein „transparenzbewusster BND-Chef“, sorry.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, so habe ich Sie vorhin verstanden.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber - -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Also, ich sage Ihnen mal: Geheimhaltung ist ein wichtiger Produktivitätsfaktor -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absolut.

Zeuge Dr. August Hanning: - für jeden Nachrichtendienst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehe ich genauso.

Zeuge Dr. August Hanning: Damit das auch klar ist! Also, so ist meine Sicht der Dinge.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das teile ich, Herr Hanning.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotzdem: die informellen Wege. Warum informell?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, zwischen vorgesetzter Behörde und nachgeordneter Behörde muss es immer informelle Wege geben. Da gibt es einen formellen Berichtsweg, und dann unterrichtet man über wesentliche Dinge, wichtige Dinge. Ich glaube, dass Herr Steinmeier immer sicher sein konnte, dass ich ihn über die ganz wichtigen Dinge, die mir bekannt wurden - mir wurde auch nicht alles bekannt -, auch auf dem Laufenden gehalten habe, wenn das für ihn wichtig sein konnte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verstehe ich.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Steinmeier war ja politisch verantwortlich, und derjenige, der politisch verantwortlich ist, muss im Grunde auch ungefähr wissen, was in seinem Geschäftsbereich geschieht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist sicherlich richtig. Nur, Sie müssen sich jetzt mal in die Situation eines Abgeordneten, der das überprüfen soll, versetzen. Gerade im Hinblick auf die politische Verantwortlichkeit und auch gerade im Hinblick auf die Erinnerungslücken, die Sie hier heute in vielen interessanten Bereichen aufweisen, sind natürlich die informellen Wege für uns schwierig. Denn vor zehn Jahren der Freibrief oder die Diskussion im Bundeskanzleramt, dass es sehr riskant ist, die Amerikaner an die Glasfaser in Deutschland zu lassen, all das ist heute schwierig, sozusagen bei Ihnen verantwortlich festzumachen oder bei Herrn Steinmeier, weil eben offensichtlich die wesentlichen Informationen informell geflossen sind und eben nicht in unseren Akten stehen. Sehen Sie zumindest das Problem?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, ich muss einräumen, ich habe damals sehr viel Fantasie gehabt als BND-Präsident. Dass ich mich vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages rechtfertigen müsste für die Zusammenarbeit mit den USA, habe ich mir nicht vorstellen können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Deswegen habe ich meine Arbeitsprozesse auch nicht so gestaltet, dass Sie sozusagen als Untersuchungsausschuss optimal bedient werden. Ich bitte da um Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da bin ich - - Da unterschätzen Sie sich selbst, Herr Hanning. Vielleicht haben Sie sie gerade so gestaltet, weil Sie immer auf dem Zettel haben, dass jederzeit irgendwie diese verrückten Abgeordneten so einen Untersuchungsausschuss einsetzen können. Und Sie haben ja vorhin extra gesagt, dass Sie eigentlich immer auf dem Zettel hatten: Man muss sich so verhalten, dass man damit leben kann, wenn es rauskommt.

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, jetzt ist es rausgekommen, und Sie können ja damit leben, ja?

Zeuge Dr. August Hanning: Sehr gut - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Draußen scheint die Sonne; heute ist ein schöner Tag.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber trotzdem ist es schwierig, sozusagen im Hinblick auf Ihre Verantwortlichkeit - und Sie haben lange für dieses Land in sehr verantwortlicher Position gearbeitet - eben festzumachen, wer eigentlich für dieses Desaster, was es in vielen Bereichen ist - nicht in allen; ich sehe auch sozu-

sagen Vorteile der Kooperation, man muss differenziert draufgucken - - Aber es ist auch ein Desaster, und es ist eben sehr schwierig, auch aufgrund der vielen informellen Wege, die offensichtlich in der Praxis so gegangen werden, eben die politische Verantwortung richtig zu verorten. Und gerade für so gestandene Persönlichkeiten wie Sie bedaure ich das eigentlich, dass nicht klar gesagt wird: Ja, natürlich, da gab es die drei Bedenken, und in der Abwägung habe ich gesagt, die Vorteile überwiegen, aber die Bedenken, die haben sich eigentlich realisiert.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, wir haben ein Problem, weil ich eine völlig andere Bewertung des ganzen Vorgangs habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, dass die USA für uns der wichtigste Verbündete gewesen sind und immer noch sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Wir sind Mitglied der NATO. Die USA ist nicht Nordkorea. Wir haben sehr von der Zusammenarbeit mit den USA profitiert. Ich halte das nach wie vor für eine richtige Entscheidung, die wir gefällt haben. Unbeschadet dessen müssen wir vorsichtig sein, müssen wir sozusagen Missstände abstellen. Das haben wir ja alles hier im Einzelnen schon erörtert heute.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten würde ich nicht infrage stellen. Ich glaube, keine Bundesregierung hat bisher ernsthaft den Austritt aus der NATO - bis auf die Linke; Ihre Partei fordert das ja, wenn ich das richtig verstanden habe - - Aber ich glaube, das ist nicht die Politik der Bundesregierung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Herr Hanning - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Die Politik der Bundesregierung ist, dass wir ein guter Verbündeter der Vereinigten Staaten sind in der NATO, und das hat natürlich auch Konsequenzen für die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das mag alles sein. Sie brauchen hier keinen Geistern hinterherzujagen, die nicht im Raum sind.

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, na ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von der NATO fange ich gar nicht erst an. Aber ich stimme noch nicht mal der These zu, dass man mit den Amerikanern nicht zusammenarbeiten muss. Ich würde die steile These im Jahr 2015 vertreten, dass man zwischen Rechtsstaaten rechtsstaatlich miteinander kooperieren muss. Und das scheint schon von Ihrer Hauskultur her schwierig zu sein; so habe ich Ihre Eingangsstatements verstanden; Geheimdienste und sich an Recht und Gesetz halten - also, es kam so rüber, als wären das einfach zwei verschiedene Welten.

Zeuge Dr. August Hanning: Wie bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und - -

Zeuge Dr. August Hanning: Also, dann bin ich völlig missverstanden worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So habe ich es verstanden.

Zeuge Dr. August Hanning: Dann bin ich völlig missverstanden worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und deswegen bedaure ich, dass Sie meine Frage nicht beantworten, ob Sie heute die Entscheidung wieder so treffen würden; denn ich mache mir Gedanken, ob dieses System - und auch der Dienst - lernfähig ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Wiederholung dieser Frage sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denn die Lernfähigkeit wäre die Voraussetzung dafür, dass man irgendwie besser wird.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, Herr Abgeordneter: Letzterem kann man nie widersprechen. Wir alle lernen, und der Dienst lernt dazu. Und ich habe ja eben ausgeführt, dass zu meiner Zeit mit der engeren Kooperation begonnen wurde, und natürlich mussten Mechanismen entwickelt werden zum Schutz deutscher Interessen. Ich glaube, das ist im G-10-Bereich sehr gut gelungen. In anderen Bereichen kann ich das letztlich nicht beurteilen. Zu meiner Amtszeit hat sich diese kritische Frage in der Schärfe nicht gestellt; das haben wir heute ja auch hier herausgearbeitet. Aber ich meine, mit Ihren Bemerkungen, dass die Vereinigten Staaten kein Rechtsstaat seien, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht gesagt.

Zeuge Dr. August Hanning: - da habe ich große Probleme damit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht gesagt.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, sie sind ebenfalls ein Rechtsstaat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da missverstehen Sie mich.

Zeuge Dr. August Hanning: Die haben andere Kriterien als wir. Aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da missverstehen Sie mich ausdrücklich. Ich habe - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe auch mein Eingangsstatement nicht so verstanden, dass wir im Nachrichtendienst außerhalb des Rechts stehen. Im Gegenteil: Wir beachten die Rechtsordnung. Die Amerikaner haben eine andere Rechtsordnung - haben wir zu respektieren -; aber ich kann nicht sagen, dass sie außerhalb der Rechtsordnung stehen, Herr Abgeordneter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, darf ich ganz kurz noch eine Bemerkung machen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das korrigieren dürfen Sie gerne.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich möchte das korrigieren. Ich habe das auf keinen Fall gesagt, dass die USA kein Rechtsstaat sind. Ganz im Gegenteil: Weil sie ein Rechtsstaat sind, müssen sich auch die Geheimdienste rechtsstaatlich verhalten. Und da gibt es doch ganz erhebliche Probleme. In den USA übrigens hat Edward Snowden sehr viel mehr Reformen ausgelöst bis heute als hier in Deutschland, und das finde ich auch eher ein merkwürdiges Zeichen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zumindest bei der These scheint mir in diesem Raum Konsens; bei der Analyse mag das anders aussehen. - Aber das müssen jetzt vielleicht die Fragen der Fraktion der SPD klären. Ich glaube, Herr Kollege Flisek stellt Fragen. - Ja.

Christian Flisek (SPD): Bei der These müsste man auch noch nachjustieren. - Herr Hanning, Sie werden in einem Artikel der *Bild*-Zeitung im Mai 2001 - das war damals im Kontext des Umzuges, Regierungsumzuges, wo dann auch die ganzen Botschaften von Bonn nach Berlin kamen - wiedergegeben mit der Aussage, sämtliche ausländische Spionagedienste haben in der Stadt ihre Residenzen aufgestockt. Das ist ein Artikel von Mainhardt Graf Nayhauf, unter der Rubrik übrigens „Berlin vertraulich“;

(Vereinzelt Heiterkeit)

fand ich sehr schön. Aber Sie werden da sozusagen so jetzt wörtlich wiedergegeben. Ich frage Sie: Sinngemäß, ist das richtig so, ist das Ihre Auffassung?

Zeuge Dr. August Hanning: Das war damals so, weil Berlin bedeutsamer wurde aus der Sicht anderer Dienste, als das noch in Bonn der Fall war, und das war ja einfach nur eine Beobachtung. Wir haben ja gesehen, welche Dienste Vertreter

hier in die neue Hauptstadt geschickt haben, und da war deutlich, dass eine substanzielle Aufstockung des nachrichtendienstlichen Personals damit verbunden war.

Christian Flisek (SPD): Bezieht sich das jetzt nur, diese Feststellung, auf Personal, also dass hier gewisse Residenten überall sitzen? Das ist ja, denke ich mal, nichts wirklich Besonderes, sondern - - Oder bezieht sich diese Feststellung beispielsweise auch darauf, dass innerhalb von Botschaftsgebäuden SIGINT-Einrichtungen installiert worden sind?

Zeuge Dr. August Hanning: Also gut, ich versuche mich jetzt zurückzuerinnern -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: - an die Aussage; aber ich glaube, das war schon auf das Personal - -

Christian Flisek (SPD): Ja, Sie müssen sich jetzt nicht mehr an die Aussage erinnern, -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, das war schon auf das - -

Christian Flisek (SPD): - sondern generell, wie Ihre Einschätzung war damals.

Zeuge Dr. August Hanning: Das war schon auf das Personal gemünzt. Das andere Thema war: Wird von Botschaften aus sozusagen Signals Intelligence betrieben? Das ist natürlich mehr eine Aufgabe des Bundesamts für Verfassungsschutz. Da hatte ich immer den Verdacht, dass das geschehen könnte - ich glaube, das Bundesamt auch. Aber ich sage mal: Da ziehe ich mich dann wirklich auf die Zuständigkeit zurück; das war nicht der Bundesnachrichtendienst, der da sozusagen die Federführung hatte, sondern das war in der Tat das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Christian Flisek (SPD): Das sehe ich ein; Spionageabwehr ist im Bereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Gleichwohl unterstelle ich jetzt mal, wenn sozusagen der Bundesnachrichtendienst Erkenntnisse über solche Vorgänge hat,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass man das dann natürlich auch entsprechend austauscht mit dem BfV und - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich frage mal ganz konkret: Ist Ihnen bekannt, dass im Zeitraum 2000 bis 2004 gerade die Botschaften hier in Berlin Gegenstand einer intensiven Überprüfung waren?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß nur, dass das Bundesamt sich die Botschaften angeschaut hat, insbesondere auch die Dächer, wenn ich das richtig erinnere.

Christian Flisek (SPD): Ist man da rübergeflogen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ja. Es gab jedenfalls Fotos, wenn ich mich richtig erinnere. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht genau Auskunft geben, wie das alles genau abgelaufen ist. Aber ich weiß, dass sich das Bundesamt darum gekümmert hat.

Christian Flisek (SPD): Zu welchem - - Wissen Sie denn, zu welchem Ergebnis man dann da gekommen ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich Ihnen - - Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das war damals - -

Christian Flisek (SPD): Ich meine, das ist doch auch für Sie interessant. Ich meine, Sie machen ja im Prinzip dasselbe Geschäft eben außerhalb Deutschlands als Auslandsgeheimdienst. Da ist es doch ganz nett, zu wissen, was machen die anderen Dienste, insbesondere die, mit denen man kooperiert, hier im Inland, weil dann können - - Also, ganz ohne Interesse für Sie ist es doch nicht, -

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter - -

Christian Flisek (SPD): - auch wenn die Zuständigkeit der Spionageabwehr sicherlich nicht bei Ihnen liegt; da stimme ich Ihnen ja zu.

Zeuge Dr. August Hanning: Sie schätzen da meine Wissensbegier richtig ein; das ist schon richtig.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber Sie brauchen Erkenntnisse, Sie brauchen sozusagen Beweise, und das ist natürlich sehr schwierig; denn Sie wissen auch, dass diplomatische Missionen einen besonderen Schutz genießen und dass es nicht so ganz einfach ist, herauszufinden, in welcher Mission welche Aufklärungsaktivitäten betrieben werden. Man hat Misstrauen, man ist skeptisch; aber wir haben eigentlich - - Oder jedenfalls ist mir das nicht in Erinnerung: in der Zeit Beweise dafür.⁸

Christian Flisek (SPD): Also, das ist so, das würden Sie heute sagen: Man hat in Ihrer Amtszeit damals - ich frage Sie auch darüber hinaus: in Ihrer Zeit vielleicht als Staatssekretär im Innenministerium - nie irgendwo über Spekulationen und Misstrauen hinaus Beweise dafür gehabt, wirkliche Beweise dafür gehabt, dass von Botschaftsgebäuden anderer Staaten aus hier im Berliner Regierungsviertel gezielt SIGINT-Aktivitäten ausgegangen sind?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich kann mich an Beweise nicht erinnern. Es gab immer Spekulationen und Vermutungen, auch begründet dadurch, dass man sich die Dächer der einzelnen Botschaften angeschaut hat; daraus konnte man gewisse Schlüsse ziehen. Aber Sie fragen nach Beweisen, und die sind mir nicht in Erinnerung.

Christian Flisek (SPD): Und ist das jemals im Rahmen von den vielen Gesprächen, die man ja mit anderen Diensten geführt hat, insbesondere mit denen, mit denen man kooperierte, Thema gewesen, ist das angesprochen worden?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich kann mich nicht daran erinnern. Ich glaube, dass es auch sinnlos gewesen wäre, das zu tun; denn ich

8) Ergänzung des Zeugen: "Oder jedenfalls ist mir das nicht in Erinnerung: in meiner Amtszeit gab es keine Beweise dafür", siehe Anlage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

glaube nicht, dass andere Dienste dazu Auskunft gegeben hätten.

Christian Flisek (SPD): Also, ich vermute mal, die Feststellung, die Sie jetzt treffen, dass man sagt - - oder die Vermutung, dass Sie sagen, das wäre sinnlos gewesen, basierte auf dem Umstand - den hatten Sie ja eingangs schon gesagt -, dass im Prinzip völkerrechtlich Spionage nicht verboten ist; jeder macht das, was er kann.

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, das ist schon bei diplomatischen Beziehungen etwas anders.

Christian Flisek (SPD): Bitte?

Zeuge Dr. August Hanning: Nach der Wiener Konvention dürfen Sie eigentlich Botschaften - „eigentlich“ lasse ich weg -, dürfen Sie Botschaften nicht für solche Zwecke verwenden, die in der Wiener Konvention nicht vorgesehen sind.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, das muss man schon rechtlich etwas anders bewerten.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Macht das der BND irgendwo?)

Christian Flisek (SPD): Und trotzdem nimmt man das im Zweifel dann ja hin? Oder sagen Sie, es würde - -

Zeuge Dr. August Hanning: Jetzt sind wir bei der Praxis, wie das gehandhabt wird.

Christian Flisek (SPD): Na ja, zum Beispiel stelle ich mir halt vor, wenn man jetzt da rüberfliegt -

Zeuge Dr. August Hanning: Dann fällt mir auch zur deutschen Praxis - -

Christian Flisek (SPD): - und da sind komische Aufbauten, wo man vermutet - - und das ist genau auf der Botschaft, dann würde ich halt sagen: Warum spricht man das mal jetzt nicht an? Das frage ich mal: Warum wird das nicht angesprochen?

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist dann schon eine Frage der politischen Opportunität, ob man das macht oder nicht macht.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Die Tatsache, dass aber im Prinzip, ich sage mal, dieses Denken ja bis heute vorherrscht irgendwo: Jedes Land schützt allenfalls seine eigenen Bürger, der Rest - jetzt komme ich wieder zu einem Zeugen, der das hier mal so schön gesagt hat - ist zum Abschluss freigegeben - - Ich frage Sie jetzt mal - - Ich meine, wir haben feste Verbindungen zu vielen Ländern. Wir haben hier im Fokus natürlich Staaten wie die Vereinigten Staaten. Wir haben aber auch in Europa einen hohen Integrationsstand erreicht. Ist dieses Denken, dass im Prinzip, ich sage mal, alle gegen alle mehr oder weniger freundlich im Rahmen ihrer Kapazitäten spionieren, ist das eigentlich noch zeitgemäß?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, Ihre Frage zielt im Grunde auf die Frage nationaler Interessen: Haben wir alle unsere eigenen nationalen Interessen? Sind die alle deckungsgleich? Ist das deutsche Interesse identisch mit dem europäischen Interesse? Ich habe jetzt den Aufsatz von Herrn Huber gelesen - der war vorgestern in der FAZ -, der sich dazu ausgelassen hat und zu dem Ergebnis gekommen ist: Nein, das ist nicht der Fall.

Ich glaube, solange Staaten unterschiedliche Interessen haben, ist die Frage, wie sie diese Interessen verfolgen. Die Interessen können sie mit unterschiedlichen Mitteln verfolgen: Die können sie publizistisch verfolgen, die können sie diplomatisch verfolgen, sie können sie natürlich über Nachrichtendienste auch verfolgen. Und natürlich ist der Weg über Signals Intelligence immer ein sehr eleganter Weg, weil der Betreffende das nicht merkt; man bekommt Informationen aus erster Hand. Und deswegen wird die Verführung auch künftig groß sein - meine Vermutung -, dass man diesen Weg nutzt, um Informationen zu gewinnen über das Verhalten der anderen Seite.

Schauen Sie es sich in Europa an: Wir haben ja die Flüchtlingskrise, wir haben die Griechenland-Krise. Ich will nicht abschweifen; aber Sie sehen, wie unterschiedlich die Interessen sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und wenn Sie unterschiedliche Interessen haben, ist es immer sehr sinnvoll, zu wissen, wie die andere Seite aufgestellt ist, -

Christian Flisek (SPD): Das kann ich nachvollziehen.

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat genug Redezeit!

Zeuge Dr. August Hanning: - was sie für interne Überlegungen hat. Wenn Sie private Verhandlungen führen, ist es immer sehr schön, zu wissen, wie der andere Verhandlungspartner vorbereitet ist, wie er denkt.

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!

Also mit anderen Worten: Es ist eine große Versuchung, auch künftig - ich wage die Prognose - in solchen Fällen Aufklärung zu betreiben, einfach, um seine eigenen nationalen Interessen optimal durchzusetzen.

Christian Flisek (SPD): Also dann ist - - Ich meine, das ist ja jetzt eine Steilvorlage: Dann ist im Prinzip das Wort der Kanzlerin: „Ausspähen unter Freunden - das geht gar nicht“, Mumpitz - oder?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe schon eben gesagt, dass ich das nicht kommentiere.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich muss das ja irgendwie einordnen. Ich meine - - Ich sage es mal so: Die Kanzlerin hat ja bisher sehr wenig zu dem Thema gesagt - -

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich möchte mich zur Kanzlerin nicht äußern.

Christian Flisek (SPD): Lassen Sie mich mal gerade noch kurz ausreden. - Sie hat ja sehr wenig gesagt, und man könnte natürlich so was auch jetzt - - Sie hat ja immerhin die Richtlinienkompetenz qua Verfassung, und das könnte man natürlich auch so interpretieren.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, ich möchte mich zur Kanzlerin nicht äußern. Ich möchte nur eines sagen: Wenn wir das Fehlen der eigenen Sicherheitskultur durch moralische Empörung ersetzen, werden wir damit auf Dauer keinen Erfolg haben.

(Lachen bei der LINKEN
und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur empfehlen, unsere eigene Sicherheitskultur hier zu verstärken und unsere eigenen Fähigkeiten zu verstärken. Das muss ich einfach nur dazu sagen.

Christian Flisek (SPD): Also, ich bin ganz bei Ihnen, wenn es darum geht, dass wir jenseits der moralischen Empörung etwas dagegensetzen sollten; da bin ich ganz bei Ihnen. Die Frage ist halt - - Sie sagen, wir müssen uns um unsere Sicherheitskultur kümmern. Ich stelle mir tatsächlich die Frage - und ich meine, das ist Teil einfach unseres Untersuchungsgegenstandes, -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gerne.

Christian Flisek (SPD): - und das fragen wir auch alle, die an führender Stelle hier Funktionen hatten, weil wir ja einen Enqueteteil am Ende auch haben -, inwieweit tatsächlich eine solche Philosophie, die, ich sage mal, sagt: Das Inland, das ist Freundesland, der Rest - jetzt mal überspitzt - ist unter nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten eigentlich Feindesland, und da gibt es eigentlich prinzipiell auch keinen Unterschied zwischen einem EU-Gründungsmitglied und einem Schurkenstaat, sondern wir machen das, was wir machen können und für sinnvoll halten - - Und ich stelle mir halt die Frage, tatsächlich auch gerade im Rahmen dieser von Ihnen ja sehr ausführlich geschilderten technischen Möglichkeiten, die wir jetzt haben - SIGINT mit diesen Massen an Daten, die wir abgreifen können, solange die Kapazitäten es zulassen, ohne dass es jemand merkt -: Ist das in Bezug auf Staaten, mit denen wir beispielsweise eine gemeinsame Währung haben - frage ich ganz offen, stelle ich mir die Frage hier als Abgeordneter dieser Legislaturperi-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ode -, zeitgemäß? Müssen wir nicht vielmehr hergehen und müssen uns mal über Standards unterhalten auch? Ich rede nicht über ein Verbot - nur damit wir da beieinander sind -; es geht nicht um die Frage des Ob, sondern es geht um die Frage des Wie.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, wir führen ja eine sehr deutsche Diskussion. Ich bin sehr viel außerhalb Deutschlands tätig, und da werden solche Fragen und solche Diskussionen nicht stattfinden. Also für Briten und Franzosen ist, glaube ich, sehr klar: Sie haben ihre eigenen Interessen, und die verfolgen sie. Wie sie die dann verfolgen, weiß ich nicht.

Im Übrigen ist es natürlich schon ein Unterschied, ob wir es mit Nordkorea zu tun haben oder mit einem Mitglied der Europäischen Union oder wie auch immer. Aber auch innerhalb der Europäischen Union gibt es natürlich unterschiedliche Interessen. Schauen Sie sich die - - Ich will jetzt gar nicht auf die gegenwärtige Situation eingehen. Wenn ich mir das Griechenland-Thema anschau, das Flüchtlingsthema - es gibt eine Fülle von sehr unterschiedlichen Interessen. Und da muss man schon versuchen natürlich, innerhalb der EU einen gewissen Konsens herbeizuführen. Es gibt eine besondere Zusammenarbeit innerhalb der EU. Es gibt ein Forum der Auslandsnachrichtendienste, wo man sich austauscht. Wir hatten mit vielen EU-Diensten einen sehr engen Austausch, sehr vertrauensvollen Austausch.

Auf der anderen Seite bleibt immer die Schnittmenge, die wir auch mit den Amerikanern diskutieren. Es gibt auch unterschiedliche Interessen, und das muss man zur Kenntnis nehmen. Und es gibt eine unterschiedliche Staatspraxis, die wir zum Teil nicht kennen, die wir zum Teil kennen. Und ich glaube, dass Deutschland gut beraten ist - jetzt beantworte ich ein bisschen Ihre Frage -, das auch mit einzubeziehen in seine eigenen Überlegungen. Und noch mal: Ich glaube, das Beste ist wirklich, man verbessert die eigene Sicherheitskultur. Und da sehe ich große Defizite in diesem Land.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich sehe auch unterschiedliche Interessen. Ich stelle mir nur die Frage, ob das dann sozusagen dazu führt, wenn sich Frau Merkel mit dem französischen Präsidenten trifft, dass sämtliche Vorbereitungen, die man dann im Prinzip in Vorbereitung solcher Treffen gemacht hat, jeweils von den anderen Geheimdiensten vorher ausspioniert werden sollen - wissen Sie, ich spitze jetzt mal zu -, ob das sozusagen der Kern einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und Beziehung ist, mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, um jetzt nur ein Beispiel zu nennen.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, da kann man trefflich philosophieren. Wir haben das ja auch mitbekommen: Das Brüsseler Kommissionsgebäude ist ja auch sozusagen mit Abhöreinrichtungen versehen worden. Da kann man ja auch nur spekulieren, wer das gewesen ist und warum und wieso. Es ist so. Ich rate einfach, der Realität in die Augen zu schauen und nicht einem Wunschdenken zu folgen. Und wenn man die Realität sich anschaut: In Europa haben wir durchaus unterschiedliche Interessen. Wir haben größere Schnittmengen als mit vielen anderen; aber wir haben auch unterschiedliche Interessen. Und ich kann eben nur raten - wir reden heute über NSA, ist schon richtig; aber das gilt ja für alle anderen auch -, noch mal: Wir müssen uns selbst besser schützen, und wir müssen versuchen, da ein realistisches Vorgehen zu organisieren. Und da ist Ihr Ausschuss ja eingeladen, das zu unterstützen.

Christian Flisek (SPD): Na ja. Ich sage Ihnen auch: Das war jetzt eine klare Haltung - schätze ich auch sehr -, wenngleich ich das andere wiederum nicht nur mit „Wunschdenken“ abtun würde.

Zeuge Dr. August Hanning: Okay.

Christian Flisek (SPD): Aber lassen wir das mal. - Ich habe jetzt noch mal eine Frage zu der Operation „Glo“. Können Sie uns sagen, von wem da die Initiative ausgegangen ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, erstens erinnere ich das nicht mehr. Zweitens ist eigentlich



Nur zur dienstlichen Verwendung

für mich relativ klar - aber ich muss jetzt ein bisschen kombinieren -, dass das von der US-Seite ausgegangen ist; denn die US-Seite verfügte über die Informationen, sie verfügte sozusagen über den Zugang zu dem Betreiber, und das war ja auch die treibende Kraft im Hintergrund. Deswegen - noch mal -: Meine Vermutung ist, dass das von der US-Seite ausgegangen ist.

Christian Flisek (SPD): Okay. Uns hat ja immer so ein bisschen irritiert, weil wir hier immer so sehr natürlich - wir heißen ja auch NSA-Untersuchungsausschuss fälschlicherweise; wir sind auf die NSA fixiert - - dass es hier aber ein Projekt war, wo die NSA keine Rolle gespielt hat, also - -

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, gut, wahrscheinlich hing es damit zusammen, dass eben die Kollegen bessere Zugänge hatten.

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort - Zuruf
der Abg. Susanne Mittag
(SPD))

- Habe ich falsch - -

Christian Flisek (SPD): Nein, reden Sie ruhig weiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, Herr Wolff meldet sich da.

(Lachen des Abg. Christian
Flisek (SPD))

Zeuge Dr. August Hanning: Ach so, okay, ja gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht hilft das. - Der Vertreter des Bundeskanzleramtes.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE), an RD Philipp
Wolff (BK) gewandt: Sie
waren doch bisher so ver-
nünftig!)

RD Philipp Wolff (BK): Es tut mir leid. Ich habe einfach keine Wahl, Herr Hahn. - Wenn es sich um eingestufte Informationen handelt, muss ich darauf hinweisen, muss auch den Zeugen darauf

hinweisen - dazu bin ich verpflichtet -, selbst wenn Informationen in der Zeitung veröffentlicht werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, danke schön.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich bin da jetzt nicht in der Gefahr, Geheimnisse zu verraten. Ich habe auch *Spiegel* gelesen, und ich kombiniere sozusagen mit Vermutungen. Das habe ich auch gerade in meiner Aussage deutlich gemacht. Also, mir liegt es in der Tat fern, Geheimnisse der Bundesrepublik Deutschland zu verletzen.

Christian Flisek (SPD): Aber diesen bereits verstorbenen Unterabteilungsleiter Dr. M. aus dem BND, den kennen Sie?

Zeuge Dr. August Hanning: Den habe ich sehr geschätzt, ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. - War er einer der Motoren für dieses Projekt?

Zeuge Dr. August Hanning: Das war einer der großen Köpfe, die wir hatten, der also sehr gut - -

Christian Flisek (SPD): Jetzt bezogen auf das Projekt, Herr Dr. Hanning?

Zeuge Dr. August Hanning: Insgesamt. Er hat sozusagen sehr die strategischen Dimensionen der Fernmeldeaufklärung erkannt. Er hat also bestimmte Dinge sozusagen prognostiziert, die sehr wichtig waren. Das war sozusagen einer der oder der intellektuelle Kopf der Abteilung.

Christian Flisek (SPD): Ich würde Sie gerne noch ein paar Dinge jetzt zu der Hauptstelle für Befragungswesen fragen. Das ist ja eine sehr, man könnte ja schon fast sagen, ehrwürdige, traditionelle Einrichtung. Die hat nach unseren Informationen 2008 50-jähriges Jubiläum gefeiert und ist wohl ursprünglich - korrigieren Sie mich, wenn ich da falsch liege - auch eine multilaterale Einrichtung gewesen, also da waren Franzosen, Briten, Amerikaner, Deutsche beieinander. Das ist richtig - oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Soweit ich das weiß, ja. Zu meiner Zeit waren es schon weniger, glaube ich.

Christian Flisek (SPD): Sind in Ihrer Zeit die Franzosen ausgestiegen?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich Ihnen nicht genau sagen. Ich weiß nur, dass sie im Ergebnis das Befragungswesen verlassen haben; wann genau, kann ich Ihnen nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Aber in Ihrer Zeit waren die Briten noch an Bord?

Zeuge Dr. August Hanning: Soweit ich es weiß, ja.

Christian Flisek (SPD): Wir hatten ja gestern die Leiterin hier gehabt, die Frau Dr. K. Da gab es dann immer wieder die Problematik, dass die einzelnen Befragter teilweise zusammen mit Befragern anderer Dienste Befragungen vorgenommen haben, aber es wohl auch nicht unwesentlich selten vorkam, dass andere Befragter, also Befragter anderer Dienste, allein in so eine Befragung reingegangen sind. Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann Ihnen im Augenblick zur Organisation des Befragungswesens auch wenig beitragen. Das habe ich nicht auf dem Schirm, also da weiß ich nicht, wie das genau abgelaufen ist. Ich glaube, es gab eine gute Kooperation, Austausch auch der Informationen. Wie im Einzelnen die Befragung jetzt abgelaufen ist, wer gefragt hat, wer im Zimmer saß, das kann ich Ihnen im Augenblick auch nicht sagen; weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Also das ist ein Thema, diese Hauptstelle, das ist bei Ihnen nie auf dem Präsidententisch wirklich gelandet - oder?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, das war schon ein Thema, weil ich habe schon damals gefragt: Warum machen wir das mit der Befragungsstelle? Mir war das auch neu als Präsident, als ich da hinkam. Und ich habe schon die Frage gestellt:

Brauchen wir das eigentlich? Sollten wir das weitermachen?

Christian Flisek (SPD): Was hat man Ihnen da geantwortet?

Zeuge Dr. August Hanning: Da hat man mir mit sehr deutlichen Worten zu verstehen gegeben, dass das eine ganz wichtige Einrichtung sei, aus der wichtige Erkenntnisquellen auch stammen, und dass man darauf keinesfalls verzichten könne. Und dann habe ich auch Fragen gestellt, ähnlich eigentlich wie Sie: Wie ist das mit der Kontrolle und so? Da bin ich dann aber auch beruhigt worden.

Ja, also, da kann man sicher unterschiedlicher Meinung sein. Das Ganze war ja noch ein Relikt aus der alten Besatzungszeit, letztlich aus dem Kalten Krieg. Aber mir wurde dann gesagt, da seien doch wichtige Erkenntnisse auch in Sachen Irak und Naher Osten usw. gewonnen worden, und deswegen sei das sehr wichtig, die weiter aufrechtzuerhalten. Das war damals die Diskussion.

Christian Flisek (SPD): Wer hat Ihnen das denn gesagt, Herr Dr. Hanning? Waren das einige eigene Mitarbeiter aus Ihrem Hause?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, das war der Abteilungsleiter.

Christian Flisek (SPD): Abteilungsleiter?

Zeuge Dr. August Hanning: Das war der zuständige Abteilungsleiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten dann jetzt langsam wieder wechseln. Da können wir ja in der nächsten Runde anknüpfen.

Christian Flisek (SPD): Okay, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion Die Linke in der nächsten Fragerunde. Frau Kollegin Renner.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Herr Dr. Hanning, können Sie mit dem Begriff „komplementäre Fernmeldeaufklärung“ etwas anfangen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nicht wirklich.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es schon zu Ihrer Zeit Überlegungen, nicht nur Daten gegen Technik zu tauschen - also der BND liefert Daten, die Partner liefern Technik -, sondern Daten gegen Daten?

Zeuge Dr. August Hanning: Das muss ich jetzt - - kann ich jetzt im Augenblick mir nicht so richtig plastisch vorstellen. Da wurden ja Daten ausgeleitet auch an die NSA. Also insoweit wurden natürlich auch Daten ausgetauscht. Klar, wir haben Technik bekommen, aber es wurden auch Daten ausgetauscht. Klar!

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man auch Daten bekommen?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich im Augenblick nicht sagen. Ich vermute, eher nicht, weil der BND ja für die Erfassung verantwortlich war. Deswegen sind zunächst mal die Daten vermutlich beim Bundesnachrichtendienst aufgeschlagen. Aber ich kann das jetzt auch nur als Vermutung äußern. Aber soweit ich weiß, hatte der NSA keine eigene Erfassungskapazität neben den BND-Erfassungskapazitäten.

Martina Renner (DIE LINKE): In Deutschland. Aber es kann ja sein, dass die NSA irgendwo Daten erhebt, die man gerne haben könnte, -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, das ist ein ganz anderes Thema.

Martina Renner (DIE LINKE): - und dass man die tauscht.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher, natürlich wurde getauscht. Innerhalb der NATO gibt es etwa einen Austausch von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, die haben in Afghanistan intensiv ausgetauscht - selbstverständlich!

Martina Renner (DIE LINKE): Und dass man zum Beispiel sagt, man hat eine bestimmte Strecke, und ich nehme den Punkt A bis B und du den Punkt B bis C, und nachher schieben wir zusammen und haben A bis C?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, das ist mir nicht in Erinnerung. Also, so was kann ich nicht bestätigen, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also solche Überlegungen gab es bei den Gesprächen mit Amerikanern oder Briten nicht?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Beim Datenaustausch wurden ja auch dann nicht sozusagen ungefilterte Rohdaten ausgetauscht, -

Martina Renner (DIE LINKE): Doch.

Zeuge Dr. August Hanning: - sondern das waren dann schon die relevanten Daten.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, auch ungefilterte Rohdaten.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich rede jetzt mal von der NATO und Afghanistan. Da waren das schon relevante Daten im Rahmen einer klar definierten gemeinsamen Schnittmenge.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden aber jetzt hier um diese Operationen in diesem Zeitraum, Übergang zur paketvermittelten Kommunikation, und da sind auch tatsächlich Rohdaten, Metadaten ausgeleitet worden, in hoher - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, das ist schon richtig, aber vom BND - vom BND weitergegeben an die NSA. Sie haben eben gefragt, ob NSA -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: - eigene Erfassungskapazitäten gehabt hat. Meine ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und ob es auch Rückläufe gab, das hat mich interessiert.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): War das denn geplant, dass man sagt: „Irgendwann, wenn wir technisch ertüchtigt sind, kommen wir in eine andere Phase, dann brauchen wir deren Gerätschaft nicht mehr, dann wollen wir von denen was anderes“?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, das soll man nie ausschließen für die Zukunft. Also, das war ja der Beginn dieser Kooperation. Es war ja nicht absehbar, wie ertragreich das sein würde. Zunächst mal war der Ertrag bei uns. Das war ja keine schlechte Ausgangslage. Der BND hat die Technik bekommen, die uns befähigt hat, zusätzliche Aufklärungsinteressen zu befriedigen, und das war ja zunächst mal ein sehr positives Element. Alles Weitere musste man sehen, musste man auch der weiteren Entwicklung überlassen. Also, jedenfalls war das zu meiner Zeit so.

Martina Renner (DIE LINKE): Man liest ja jetzt relativ viel darüber, dass die NSA bei US-amerikanischen Telefonanbietern doch sehr exklusive Zugänge zum Teil hat. Im Rahmen der Operation „Glo“ haben wir auch das eine oder andere in den Akten gelesen, was für uns Anlass gibt, zu denken, dass man mehr als nur kooperiert, sondern vielleicht auch infiltriert in dem Bereich. Ist so etwas mal diskutiert worden, dass die NSA möglicherweise auch sich über Mitarbeiter Zutritt zu Telekommunikationsanbietern verschafft, also - -

Zeuge Dr. August Hanning: In Deutschland?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: In Deutschland habe ich das nicht in Erinnerung.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in anderen Ländern, in den USA?

Zeuge Dr. August Hanning: In den USA ist ein anderes Thema.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja. Wie ist es da?

Zeuge Dr. August Hanning: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Wie ist es da? Da sitzen die in den Unternehmen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, es gibt da eine Kooperation, wenn ich das richtig verstanden habe. Sie haben sich ja beschwert im Weißen Haus, beim Präsidenten, über die ganzen Konsequenzen. Deswegen vermute ich, wenn man sich über Dinge beschwert, dass es da auch Kooperationen gibt. Aber ich kann das auch nur vermuten.

Martina Renner (DIE LINKE): Das könnte dann der Hintergrund sein, warum bei der Operation „Glo“ - - Sie sagten ja vorhin, beim Mutterkonzern sozusagen wäre das einfacher gewesen, aber hier mit dem Ableger war es ein bisschen schwieriger, dass daher diese -

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, gut - -

Martina Renner (DIE LINKE): - spezielle Idee kam, legendiert hier sich ranzurobben.

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, ich kann da nur spekulieren. Ich habe eben schon ausgeführt: Das ist einmal Need to know - es sollten nicht allzu viele Leute davon Kenntnis haben. Ich schließe auch nicht aus, dass es da besondere Beziehungen zum Mutterkonzern gegeben hat; das kann ich nicht ausschließen. Auch das ist eine Möglichkeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne noch mal so ein bisschen die rechtliche Grundlage erörtern. Vielleicht mag das an der einen oder anderen Stelle immer etwas seltsam erscheinen; aber das ist ja tatsächlich unsere Aufgabe als Gesetzgeber, das zu tun.

Sie haben jetzt gesagt an den Beispielen der unterschiedlichen nationalen Interessen innerhalb der europäischen Länder, dass man natürlich auch wissen will, was zum Beispiel andere europäische Länder nun vorhaben, und das Beispiel Griechenland-Krise genannt, auch die Frage der Flüchtlingsaufnahme. Inwieweit sehen Sie denn diese Gegenstände, die Sie jetzt da politisch beschrieben haben, durch das BND-Gesetz oder das Aufgabenprofil des BND gedeckt, wenn man nun



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu diesen Vorgängen nachrichtendienstlich tätig wird?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, jetzt fragen Sie mich nach dem Aufgabenkatalog, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeuge Dr. August Hanning: - dem aktuellen. Da kann ich Ihnen wirklich nichts zu sagen; den kenne ich nicht. Das weiß ich nicht. Ich habe nur Spekulationen über das Verhalten anderer Mitgliedstaaten in der Europäischen Union; aber ich kann auch da nur spekulieren. Also, ich kann Ihre Frage nicht seriös beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wenn man sagt, es ist ganz - - Also, wir haben ja diese Beispiele vorgehalten vorhin, also dass auch europäische Interessen möglicherweise verletzt wurden.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da gibt es ja die Beispiele: Kommission, UN-Sitz in Wien.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe ja eben schon Ihren Kollegen genervt mit der Rückfrage: Was sind denn europäische Interessen?

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, und deswegen - -

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist natürlich schon eine Frage. Schauen Sie sich das doch mal an! Ich habe das eben schon ausgeführt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Es wird innerhalb dieser Five Eyes ein einheitliches Interessenspektrum definiert. Wenn wir heute hier postulieren - so habe ich unsere Diskussion verstanden und Ihre Vorhaltungen -, dass die Amerikaner aber andere Interessen haben als wir, nehmen Sie von vornherein schon eine Schnittmenge - ist doch klar -, weil ein wichtiges Mitglied der Europäischen Union offenbar andere Interessen definiert als andere.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben wir denn als Bundesrepublik Deutschland ein Interesse daran, zum Beispiel den Élysée-Palast vor der Ausspähung durch die NSA zu schützen?

Zeuge Dr. August Hanning: Welchen Palast?

Martina Renner (DIE LINKE): Den Élysée-Palast in Paris. Hätten wir ein politisches Interesse daran - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube nicht, dass die Franzosen Wert darauf legen, dass der BND den Élysée-Palast schützt. Das glaube ich nicht. Also, da sind die Franzosen gut unterwegs.

Martina Renner (DIE LINKE): Und haben wir ein politisches Interesse daran, der NSA zu helfen, den Élysée-Palast auszuspionieren?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben wir nicht?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, natürlich nicht.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch die Franzosen haben kein Interesse daran?)

- Die Franzosen sind ein besonderes Thema, Herr Abgeordneter. Das will ich jetzt nicht vertiefen. - So.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, wir bleiben jetzt mal beim Beispiel. Also, Sie sagen, die Bundesrepublik hat kein Interesse daran, der NSA beim Ausspionieren des Élysée-Palasts zu helfen. Wenn der BND das feststellen würde, dass die NSA so etwas unternimmt mithilfe des BND, was wäre die Konsequenz?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich kann da auch jetzt nur spekulieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Wenn ich Chef wäre -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, rechtlich, ganz - -

Zeuge Dr. August Hanning: - wie gesagt: „wäre“; das muss ich Ihnen nicht sagen -, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Ich würde das gar nicht - - Also, was würde dann passieren im BND?

Zeuge Dr. August Hanning: - dann würde ich mit den französischen Kollegen reden und sagen: Wie seht ihr das denn? - Und wir hatten immer ein sehr vertrauensvolles Verhältnis zu den französischen Kollegen; eigentlich das engste Verhältnis hatten wir immer mit den Franzosen.

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen mache ich ja auch das Beispiel.

Zeuge Dr. August Hanning: Gerade in solchen Dingen: sehr gute und sehr enge Ankopplung.

Martina Renner (DIE LINKE): Und im BND, welche Konsequenz hätte das da, -

Zeuge Dr. August Hanning: Na gut - -

Martina Renner (DIE LINKE): - wenn man feststellt, dass zum Beispiel im Bereich der technischen Aufklärung, SIGINT, der Élysée-Palast ausspioniert wird?

Zeuge Dr. August Hanning: Dann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Würde man da sagen: „Full Stop! Wer ist dafür verantwortlich? Der darf bei mir vorm Schreibtisch auftreten“ - oder?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann da nur spekulieren, weil während meiner Amtszeit die Frage mich so nicht erreicht hat. Ich weiß es nicht. Ich hätte es vermutlich abgestellt, wenn ich da entschieden hätte und entscheiden hätte können. Aber ich hätte sozusagen auch die französische Seite unterrichtet.

Martina Renner (DIE LINKE): Man hätte die französische Seite möglicherweise informieren müssen, und man hätte es abgestellt?

Zeuge Dr. August Hanning: Vermutlich hätten uns die französischen Kollegen darum gebeten.

Martina Renner (DIE LINKE): Konnten das die Mitarbeiter wissen, dass es zu solchen - - dass diese beiden Konsequenzen im Raum stehen, wenn das bekannt wird? Also, ein Mitarbeiter der technischen Aufklärung, konnte der ahnen, dass, wenn das bekannt wird, genau das passiert, dass die französische Seite informiert wird und dass es abgestellt wird?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich Ihnen jetzt - - Das ist jetzt eine sehr spekulative Frage, Frau Abgeordnete. Ich kann das nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ja ein sehr realer Vorgang, ja?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja. - Ich glaube, dass da eine Sensibilität gewesen wäre. Zumindest hätte man gefragt: Wie gehen wir jetzt damit um? Und das wäre sicher schon ein Thema gewesen - völlig klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn man als Mitarbeiter feststellt, dass so etwas passiert, und nicht fragt, wie gehen wir jetzt damit um - -

Zeuge Dr. August Hanning: Na gut, das kann passieren. Normalerweise als Mitarbeiter - hätte ich jedenfalls erwartet; das ist auch jetzt schon lange her, 13, 14 Jahre; -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: - die Lage war damals vielleicht eine andere - hätte ich erwartet, dass der Vorgesetzte gefragt wird: Wie gehen wir damit um?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Das wäre schon ein wichtiges Ereignis, wenn man feststellt, dass der Élysée-Palast ausspioniert wird - oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): Hätte man melden müssen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, „hätte ... melden müssen“ -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, klar!)

meine Erwartung wäre es gewesen. Aber ich bin vorsichtig, das da als Dienstpflicht zu kreieren. Das hängt von vielen anderen Dingen ab. Wissen Sie, wie viele Suchbegriffe haben Sie? Wenn Sie - weiß ich nicht - 40 000 Suchbegriffe haben und dann mal bei einem - - dann kann man schon darüber streiten. Also, das ist schon - - hängt sehr vom Einzelfall ab, Frau Abgeordnete. Deswegen wäre ich da jetzt ein bisschen vorsichtig, generelle Urteile zu fällen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt einmal wieder wechseln und kommen jetzt zu den Fragen der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, Herr Dr. Hanning, ich würde gern noch mal zurückkommen auf das Thema, das der Kollege Flisek mit Ihnen besprochen hat: die Hauptstelle für Befragungswesen. Sie sagten, das wurde Ihnen bekannt, als Sie zum BND kamen. Sie haben sich gefragt: Was ist denn der Nutzen, warum müssen wir das machen? Dann wurden Sie sozusagen überzeugt, wenn ich das richtig verstanden habe. Vielleicht können Sie das noch mal schildern. Waren Sie dann letzten Endes der Meinung, das ist eine sinnvolle Einrichtung?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sonst hätte ich es ja nicht weiter betrieben. Aber es gab schon Argumente dafür.

Also, ursprünglich ist das Ganze ja mal entstanden - aber das wissen Sie wahrscheinlich besser als ich, weil ich mich da mit den Anfängen des Befragungswesens nicht so intensiv auseinandergesetzt habe - - das war sozusagen auf dem Höhe-

punkt des Kalten Krieges, war in der Zeit während des Kalten Krieges, dass also Leute aus dem Ostblock, Warschauer Pakt, befragt wurden hier von den Alliierten, und dann sind die Deutschen peu à peu dazugekommen.

Natürlich war meine Frage: Der Kalte Krieg ist vorbei, müssen wir das denn noch weiter aufrechterhalten? Und da wurde mir gesagt: Ja, es gibt sehr wichtige Erkenntnisse aus dem Befragungswesen. Und da ging es dann hauptsächlich um Leute aus dem Mittleren Osten. Damals war der Irakkrieg wichtig, es gab andere Probleme im Mittleren und Nahen Osten, es gab Terrorismus, es gab Proliferationsfragen, die eine Rolle spielten. Also, mir sind eine Fülle von sächlichen Argumenten vorgetragen worden, die mich letztlich veranlasst haben, zu sagen: Ja, gut, dann machen wir das weiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben wir gehört, dass die HBW ja dann peu à peu auch, sage ich mal, zurückgefahren wurde, personell, auch, was die Außenstellen anbelangt. Inwiefern waren Sie denn dann in Ihrer weiteren Tätigkeit noch mit der HBW betraut? Haben Sie da regelmäßig die Berichte entgegengenommen? Waren Sie in die Entscheidungen eingebunden, das zurückzufahren? Können Sie das schildern?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, ich hatte ja eine Dienstvilla in Zehlendorf, und auf dem Grundstück war auch ein Teil der HBW untergebracht. Deswegen war ich da schon ein bisschen hautnah - - damit nicht befasst; aber ich hatte dann natürlich keinen direkten Kontakt mit ihnen.

Aber das war mir schon klar, dass da Entscheidungen anstanden. Das ist, glaube ich, auch, wie Sie sagen, reduziert worden. Das hing natürlich entscheidend auch ab von der Frage: Wie wichtig ist das Aufklärungsinteresse? Können sozusagen aus dieser Befragung wichtige Ergebnisse gewonnen werden? Und es hat sich offenbar herausgestellt, dass das Aufklärungsinteresse eben, ja, verringert wurde oder geringer wurde, und deswegen hat man, vermute ich mal, auch das Befragungswesen abgebaut. Mir ist das damals auch so



Nur zur dienstlichen Verwendung

gesagt worden, dass man das tendenziell abbauen wolle oder verringern wolle jedenfalls.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber operativ waren Sie in diese Entscheidung nicht eingebunden?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, das war Sache der Abteilung 1, ja, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und in Zehlendorf, da haben auch Befragungen stattgefunden - oder?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, da sind viele Befragungen - ich habe das ja auch dann mitbekommen, nolens volens - - praktisch außerhalb stattgefunden. Da waren irgendwie viele Autos, sind dann rausgefahren. Ich habe mich manchmal beschwert, dass so wenig Leute in den Dienstzimmern waren, und dann bin ich belehrt worden, dass die alle außerhalb und fleißig sind. Aber ich sage Ihnen das nur am Rande. Also, kurzum: Ich habe das also miterlebt, das ganze Befragungsweisen, aber eher, ich sage mal, aus der weiteren Perspektive des Präsidenten. Verantwortlich für die Entscheidungen war die Operative Abteilung, Abteilung 1.

Nina Warken (CDU/CSU): Die HBW ist ja dann letzten Endes aufgelöst worden 2014. Jetzt aus Ihrer Erfahrung gesprochen - Sie waren ja dann letzten Endes auch überzeugt, dass so was notwendig ist -: Würden Sie das zur heutigen Zeit, in der heutigen Situation denn nicht mehr als notwendig erachten, oder - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut, wenn Sie als Präsident die Frage stellen, und es wird Ihnen erläutert, dass das eben eine wichtige Einrichtung sei, auf die man im Augenblick nicht verzichten könne, würden Sie sich schwertun, sich über das Votum der Abteilung hinwegzusetzen.

Nina Warken (CDU/CSU): Bräuchte man eigentlich jetzt auch noch?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich will nicht verhehlen, dass ich ebendiese kritischen Fragen gestellt habe, weil ich mich natürlich schon gefragt habe - - Wissen Sie, bei allen Relikten aus der Besatzungszeit war ich schon sensibel, habe ich

schon mal gefragt, warum, wieso, muss das noch sein, die Zeiten haben sich geändert. Aber noch mal: Es sind dann Argumente vorgetragen worden, die im Ergebnis ja dazu geführt haben, dass diese Befragungsstelle eben weitergeführt wurde.

Nina Warken (CDU/CSU): Mich würde eher jetzt so die Einschätzung heute interessieren. Wenn Sie sagen, Sie waren dann davon überzeugt, dass das eine hilfreiche Einrichtung sei, dann wäre die doch heute gleichermaßen noch hilfreich.

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, das hängt ja vom Aufkommen ab. Das hängt ja davon ab: Ist sie sozusagen noch geeignet, wichtige Informationen zu generieren? Das hängt wiederum davon ab, von der Zusammenarbeit mit der Nürnberger Anstalt, also mit dem BAMF, oder mit anderen. Da gibt es viele Fragen. Da gab es ja auch dann Außenstellen der Organisation. Ich kann das nicht beantworten. Letztlich ist es wirklich eine Frage des Aufkommens, und es ist natürlich schon eine Frage des Vertrauens auch mit den Beteiligten; das ist dann ein weiteres Problem. Und noch mal: Wie ich das heute entscheiden würde, das weiß ich nicht; das lasse ich mal offen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Ich würde dann noch einmal zurückkommen in das Jahr 2005, als Sie dann beamteter Staatssekretär im BMI wurden. Im Amt des BND-Präsidenten ist Ihnen dann ja der Herr Uhlrau nachgefolgt. Herr Uhlrau hatte Sie ja vorher schon als Leiter der AL 6 im Bundeskanzleramt beerbt sozusagen. Hat denn da zwischen Ihnen eine Art förmliche Übergabe der Dienstgeschäfte stattgefunden? Wie lief das ab? Haben Sie mit Herrn Uhlrau auch besprochen, wie die aktuellen Projekte liefen? War damals schon das Thema Wirtschaftsspionage auf der Tagesordnung? Haben Sie ihm dazu was berichtet, dass man da vielleicht vorsichtig sein müsse?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, der Wechsel, das war - wie sagt man so? - ein fliegender Wechsel. Das ging also sehr schnell, alles von heute auf morgen. Wir hatten nicht lange Zeit, uns da vorzubereiten. Herr Uhlrau war ja in die wesentlichen Themen des Bundesnachrichtendienstes



Nur zur dienstlichen Verwendung

eingearbeitet. Er hat ja auch, glaube ich, zunächst meinen Stab übernommen, die ja auch unterrichtet waren über die laufenden Vorgänge. Ich habe mit ihm, glaube ich, mal kurz gesprochen; aber wir haben keine große, förmliche Übergabe gemacht, weil ich ja wusste, Herr Uhrlau ist in die wesentlichen Themen des Bundesnachrichtendienstes eingearbeitet.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, im Detail zu einzelnen Projekten fanden da keine Gespräche - -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Und insgesamt zur Zusammenarbeit mit den Amerikanern haben Sie ihm auch keine -

Zeuge Dr. August Hanning: Nicht bei der Übergabe.

Nina Warken (CDU/CSU): - Erfahrungswerte - -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Später aber dann schon - oder? Wenn Sie sagen: "nicht bei der Übergabe"?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, es war ja ab und zu ein Thema in den Runden, in den informellen Runden. Aber da hatte ich auch eine andere Aufgabe, und ich habe mich immer geschämt, meinem Nachfolger zu sehr in sein Handwerk hineinzureden. Das musste er dann entscheiden, da musste er selbst die Entscheidung fällen.

Nina Warken (CDU/CSU): Zum Zeitpunkt, als Sie den BND verlassen haben, welche Erkenntnisse hatten Sie denn da, was die Zusammenarbeit mit den Amerikanern, die man ja 2002 operativ begonnen hat, anbelangt? Haben Sie da dann schon Erkenntnisse darüber gehabt, dass es vielleicht nicht ganz rund läuft, dass es missbraucht werden könnte?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja - -

Nina Warken (CDU/CSU): Oder wie war da der Erkenntnisstand, als Sie weggingen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe das ja schon ausgeführt. Ich meine, vieles war erst am Anfang; manches konnte man noch nicht absehen, wie die Zusammenarbeit sich gestalten würde. Es gab da durchaus Probleme. Es gab ja verschiedene Ebenen, auf denen diese Probleme diskutiert wurden.

Im Ergebnis war für uns wichtig, dass wir erst mal die Technik bekommen haben. Das war ja erst mal für den BND - ich sage es einmal ganz deutlich - am Anfang - - Das war eine große Leistung, die wir empfangen haben; das habe ich als sehr positiv empfunden. Und die Umsetzung der ganzen Vereinbarungen, das war nicht ganz einfach, da gab es Gespräche. Und wir hatten vor allen Dingen ja noch keine hinreichenden Erfahrungen, um daraus dann weitergehende Schlüsse zu ziehen für die weitere Kooperation.

Insoweit habe ich sozusagen den BND zu einem Zeitpunkt verlassen, wo eigentlich die Zusammenarbeit erst richtig begonnen hat, und deswegen war ich nicht in der Lage, die ganze Zusammenarbeit bis dahin zu evaluieren.

Nina Warken (CDU/CSU): Also da hatten Sie dann auch keine Veranlassung, mit anderen, auch zum Beispiel mit dem Kanzleramt, über Ihre Erfahrungswerte zu sprechen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Aber ich wusste, dass natürlich die Abteilung sofort den neuen BND-Präsidenten unterrichten würde, dass er sofort auf den Stand gebracht würde. Meine Mitarbeiter, die ich im BND zurückgelassen habe, die haben sicher auch sofort den BND-Präsidenten unterrichtet, sodass ich davon ausgehen konnte, dass er im vollen Umfang über die nötigen Informationen verfügte.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann waren Sie ja in Ihrer neuen Funktion als Staatssekretär auch für Sicherheitsfragen zuständig; das haben Sie auch gerade noch mal ausgeführt. Haben Sie denn in dieser Funktion etwas erfahren, erfahren über



Nur zur dienstlichen Verwendung

mutmaßliche Aktivitäten von Nachrichtendiensten der Five Eyes, was Sie vorher noch nicht gewusst haben?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, gut, da war der ganze Bereich der Funkaufklärung natürlich weit weg, wenn man so will. Das Innenministerium ist ja nicht mit solchen Fragen da befasst. Im Bereich Terroraufklärung, BfV, Bundesamt für Verfassungsschutz, spielten die Amerikaner eine wichtige Rolle. Das ist dann ja auch intensiviert worden im Laufe der Zeit, weil ein Gutteil der Informationen, die für die Terrorabwehr wichtig waren, aus Quellen der US-Dienste stammten, auch ganz wesentlich aus meiner Sicht von der NSA. Also da gab es mittelbar Berührungspunkte. Das betraf jetzt aber weniger die Methodik und die Art der Gewinnung von Informationen, sondern das betraf sozusagen die Frage Zulieferung von Informationen aus dem Bereich NSA zur Ertüchtigung unserer Terrorabwehr im Rahmen des BfV.

Nina Warken (CDU/CSU): Hätten Sie diese Informationen dann auch schon als BND-Präsident haben müssen?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, gut, der BND - - Das waren ja unterschiedliche Aufgaben. Der BND ist auch für Terrorabwehr zuständig, aber Schwerpunkt im Ausland, BfV zuständig für Terrorabwehr zusammen mit dem BKA im Inland. Und dann gab es das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum, wo man sich die Informationen dann gegenseitig austauschte. Also, noch mal: Die Schwerpunkte waren unterschiedlich, aber - - Ja, BfV hat noch mal ganz wesentlich, glaube ich, profitiert von Informationen der NSA.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie da zum Thema Wirtschaftsspionage oder, wie Sie es auch genannt haben, Konkurrenzspionage neue Erkenntnisse bekommen?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, gut, das ist ein immerwährendes Thema. Und ich glaube, wir haben im Innenministerium dann eine neue Arbeitsgruppe eingerichtet, damals noch im Bereich der Abteilung Innere Sicherheit, die auch, glaube ich, heute noch existiert, wo regelmäßig Informationen ausgetauscht werden, auch gerade zu dem

Thema Wirtschaftsspionage. Ich meine, wir reden heute über NSA; aber bei Wirtschaftsspionage fallen mir natürlich auch noch viele andere ein, die man da sorgfältig beobachten muss.

Nina Warken (CDU/CSU): Was war dann genau der Anlass, diese Arbeitsgruppe einzurichten, und -

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, es ist ja -

Nina Warken (CDU/CSU): - wie viele waren das?

Zeuge Dr. August Hanning: - eine permanente Diskussion. Wenn Sie mit der Wirtschaft reden oder geredet haben, dann kam immer sehr schnell die Argumentation Wirtschaftsspionage - da spielten meistens die USA keine Rolle, sondern da spielten bestimmte fernöstliche Staaten eine größere Rolle -, und da wurde natürlich immer gefragt: „Wie sind wir gewappnet, was können wir tun, was können wir verbessern?“, und da war immer das Bundesamt für Verfassungsschutz in besonderer Weise gefordert, da Auskünfte zu geben.

Nina Warken (CDU/CSU): Was genau hat die Abteilung gemacht? Wie muss ich mir das vorstellen? Haben die dann - ich weiß nicht -

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, das Problem - -

Nina Warken (CDU/CSU): - die Zusammenarbeiten beleuchtet oder - -

Zeuge Dr. August Hanning: Entscheidend ist natürlich erst mal der ganze Bereich Cyber Security: Wie sichere ich meine IT-Netze ab? Der zweite Punkt ist: Wie gehe ich vor bei Besuchen in bestimmten Staaten, die sehr kritisch sind? Einfach Belehrungen, dass man bestimmte Vorsichtsmaßnahmen ergreifen muss? - Das war so das Thema, und natürlich Erfahrungsaustausch für Angriffe oder nachrichtendienstliche Ausspähveruche, die man erkannt hat und wo man dann Informationen über diese Ausspähveruche ausgetauscht hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Und das war auf Ihre Veranlassung, dass man die Arbeitsgruppe eingerichtet hat? Haben Sie vielleicht Erkenntnisse mitgebracht, die Sie als BND-Präsident gewonnen hatten, wo Sie sagten: „Da ist im BMI vielleicht Nachholbedarf“, und wurde da deswegen etwas geändert?

Zeuge Dr. August Hanning: Also da will ich meine eigene Rolle nicht überzeichnen. Aber richtig ist: Natürlich war ich ein bisschen geprägt durch meine frühere Tätigkeit, und deswegen war ich vielleicht etwas misstrauischer als andere Kollegen im BMI; das ist schon richtig. Aber ich glaube, das war sozusagen schon ein Austausch auf Fachebene. Das war ja - - Auch in der Abteilung war eigentlich dann die Idee: Ja, wir müssen da was tun, wir müssen da den Arbeitskreis bilden. Das ist dann auch geschehen. Ich habe das natürlich unterstützt und auch entschieden.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, dann bedanke ich mich und gebe ab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich hätte eine Frage, weil mir scheint so ein bisschen Unklarheit hier bei den Begrifflichkeiten zu sein. Es wird immer wieder von europäischen Interessen geredet.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich weiß nicht, was das ist!)

Sie hatten herausgearbeitet: Die lassen sich schwer definieren, weil sie eben so individuell divergierend sind.

Ich kenne auch nur den Begriff deutsche Interessen, und da gehören gegebenenfalls europäische Suchbegriffe dazu, weil das Einbeziehen eben, ich sage mal, europäischer Partner ein Problem ist und das Ausspähen von Freunden in Europa in der Regel nicht geht. Und deswegen würde ich noch mal die Klärung gerne hervorgerufen, ob möglicherweise gegen deutsche Interessen verstoßen wird, wenn europäische Ziele ausgespäht würden.

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann so sein, Herr Abgeordneter. Ich bin da vielleicht geschädigt, weil ich manche interne Verkehre anderer europäischer Staaten gesehen habe, und da hatte man nicht immer den Eindruck, dass das von freundschaftlichem Geist gegenüber Deutschland geprägt war. Also, ich bin immer sehr vorsichtig mit dieser ganzen Begrifflichkeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich will es auch nicht grundsätzlich sagen - -

Zeuge Dr. August Hanning: Auch innerhalb der EU sind wir gut beraten, davon auszugehen, dass es durchaus unterschiedliche Interessen gibt. Wir gehen anders damit um bei EU-Mitgliedstaaten als gegenüber anderen Staaten. Aber ich wäre da sehr vorsichtig, von Identität deutscher Interessen mit europäischen Interessen zu sprechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, genau das wollte ich eben nicht. Ich wollte es trennen, wollte sagen: Es können europäische Suchbegriffe im deutschen Interesse sein. Aber per se ist eben nicht alles, was „Europa“-gelabelt ist, in einem irgendwie definierten europäischen Interesse und damit im deutschen Interesse.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber zum Beispiel könnte natürlich bei einem europäischen Konzern wie EADS auch im deutschen Interesse sein, dass er nicht in die Erfassung gerät und dann mit einem anderen, außereuropäischen AND diese Erkenntnisse ausgetauscht werden. Das könnte dann auch primär in einem deutschen Interesse sein.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja; die Diskussion kann man sicher führen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber es war natürlich klar, dass europäische Firmen, mal ganz unabhängig von Bad Aibling - wahrscheinlich spielt Bad Aibling da überhaupt keine große Rolle -, na-



Nur zur dienstlichen Verwendung

türlich auch im Aufklärungsprofil der Amerikaner waren, einfach unter dem Aspekt Proliferation; ich habe das ja schon erläutert.

Sie haben natürlich das Lieferverhalten europäischer Firmen gerade im Bereich von Massenvernichtungswaffen, Zulieferung von Dual-Use-Gütern, und Sie haben das auch im Bereich Compliance. Wir haben ja hinterher die Verfahren um Siemens und Daimler erlebt. Da will ich jetzt auch nicht fragen, wie die ganzen Erkenntnisse zustande gekommen sind. Aber natürlich wussten wir, dass europäische Unternehmen auch im Aufklärungsprofil der US-Dienste gestanden haben, europäische Banken ja auch. Wir haben das ja - - Sie sehen doch die laufenden Verfahren vom Justizministerium.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie haben Sie sich dann verhalten als BND, wenn Sie das wussten?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, meinen Sie, dass wir das Aufklärungsinteresse der NSA hätten beeinflussen können - oder wie?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weiß ich nicht. Also, ich frage jetzt mal.

Zeuge Dr. August Hanning: Man weiß das. Man ist nicht blauäugig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie wussten das. Und was haben Sie - -

Zeuge Dr. August Hanning: Man ist nicht blauäugig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und wie haben Sie sich mit dieser Erkenntnis dann - - Wie haben Sie sich verhalten aufgrund dieser Erkenntnis?

Zeuge Dr. August Hanning: Na, vorsichtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum Beispiel? Was heißt das?

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist doch klar; man muss doch kritisch sein. Ich meine, glauben

Sie im Ernst, dass der Bundesnachrichtendienst das Aufklärungsprofil der NSA hätte ändern können? - Nein.

Also, man muss das zur Kenntnis nehmen, und man muss damit umgehen, und man muss sozusagen kritisch prüfen auch in der Zusammenarbeit: Wie weit sind die Schnittmengen? Das haben wir ja heute alles schon sehr ausgiebig erörtert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, genau. Deswegen, ich probiere so ein bisschen, in die Details zu gehen. Genau dieses Kritisch-damit-Umgehen würde ich etwas genauer beleuchten, weil das sehe ich genauso. Wenn man diese Erkenntnis schon hat und auch all dieses Wissen, was Sie nach meiner Meinung völlig klar hier dargestellt haben: Wie hat sich der BND konkret verhalten? Was hat er gemacht? Hat er gesagt: „Na super, da kriegt Siemens, wenn sie Waffenproliferation in Afghanistan betreiben, mal ordentlich einen mit!“, und lacht sich im BND einen ins Fäustchen, oder hat man gesagt: „Das machen wir und lassen die Amerikaner nicht an der Erkenntnis partizipieren, weil es eine deutsche Firma ist“? Diese Alternativen bieten sich für mich.

Zeuge Dr. August Hanning: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, wir kommen jetzt sozusagen in schwierige Gewässer. Aber die deutsche Politik hat natürlich zugeschaut, wie amerikanische Hoheitsrechte im Siemens-Konzern und im Daimler-Konzern ausgeübt wurden. Da hat es keinen Untersuchungsausschuss gegeben, keine große Kritik, und das war zum Beispiel ein substanzieller Eingriff in deutsche Hoheitsrechte, und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Durch wen?

Zeuge Dr. August Hanning: Durch amerikanische Börsenaufsichtsbehörden, die die Ermittlungen geführt haben. Das können Sie alles nachlesen. Das können Sie alles nachlesen!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wo?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Da sind gravierende - -Schauen Sie sich das an. Da sind Ermittlungsteams gebildet worden, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: - bei Siemens, bei Daimler. Es gab - - Daimler wurde vorübergehend unter Oberaufsicht gestellt von meinem alten Kollegen vom FBI; der FBI-Chef war Oberaufseher über die Compliance-Probleme bei Daimler. Das ist die Situation in Deutschland, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Dr. August Hanning: - und deswegen wäre ich jetzt vorsichtig, dem BND anzudienen, er solle das Aufklärungsprofil der NSA ändern. Das geht nicht. Das ist -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, -

Zeuge Dr. August Hanning: - aussichtslos, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - aber er könnte ja theoretisch -

Zeuge Dr. August Hanning: - sorry.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - das Aufklärungsprofil innerhalb der gemeinsamen Kooperation dahin gehend verifizieren, ob man möglicherweise Beihilfe leistet für so ein Aufklärungsprofil, was möglicherweise - ob berechtigt oder nicht berechtigt; ich will das gar nicht bewerten - - Also, ich kann es nachvollziehen. Ich will gar nicht werten. Ich kann nachvollziehen, warum man bei bestimmten Dingen als amerikanischer Dienst genauer hinguckt. Ich kann das nachvollziehen.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Vorsitzender, da können Sie doch Bad Aibling - - Ich bin jetzt ein bisschen plastisch. Ich muss aufpassen, dass Sie mich jetzt nicht zu sehr provozieren. Aber Sie können Bad Aibling völlig vergessen in dem Zusammenhang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Will ich jedes - - Mir liegt es völlig fern, irgendwen zu provozieren.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Die Amerikaner haben einzigartige Zugriffspunkte. Da brauchen sie nicht Bad Aibling, da brauchen sie nicht „Eikonal“.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum machen wir das dann?)

Das ist doch lächerlich. Die haben ganz andere Möglichkeiten. Die haben ganz andere Möglichkeiten, zuzugreifen. Das tun sie auch, und da spielt das, was wir hier erörtern, ich sage mal, im gesamten Leistungsspektrum der NSA eine sehr untergeordnete Rolle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das ist ja mehr ein, ich will sagen, akademisch-philosophischer Präventionsansatz, wenn ich das richtig mal so einordne. Aber was hat man denn tatsächlich als nachrichtendienstliche Dinge getan, um dieser jetzt von uns beiden ja gemeinsam erkannten Gefahr zu begegnen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut, der Bundesnachrichtendienst ist nicht in der Lage, die Aufklärung der NSA substanziell zu behindern. Was er tun kann, ist, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also auch die in der Kooperation nicht?

Zeuge Dr. August Hanning: - im Bereich der Kooperation aufzupassen. Das ist richtig, und das haben wir auch getan. Das haben wir jedenfalls zu meiner Zeit versucht und getan.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dieses Aufpassen hat sich dann wie, ich sage mal, materialisiert oder gezeigt? Mir geht es jetzt - - Eigentlich drehen wir uns um diesen einen Punkt: Was hat man tatsächlich gemacht, um das erkannte Problem ein bisschen im Rahmen der Kooperation einzudämmen, zu bannen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Oder hat man gesagt: „Schaffen wir eh nicht“, fatalistischer Ansatz?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nein, überhaupt nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: Wir haben ja - - Ich meine, wir drehen uns ein bisschen im Kreise. Wir haben ja zum Beispiel - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oh, wir drehen uns aufs Ziel zu.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, das ist ja okay, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es ist eine kleine mäandrierende Spirale, die -

Zeuge Dr. August Hanning: - ist ja okay. Wir haben -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - ins Schwarze kommt.

Zeuge Dr. August Hanning: - einen wichtigen Punkt von vornherein gemacht. Deutsche Interessen, G 10, war für die Amerikaner zum Beispiel ein ganz schwieriges Thema. Das haben wir ganz deutlich gemacht, und zwar wahrscheinlich sogar über den gesetzlich vorgeschriebenen Bereich hinaus; war mein Eindruck.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Habe ich persönlich auch den Eindruck, aber das lässt sich unterschiedlich bewerten, vermute ich.

Zeuge Dr. August Hanning: Da waren wir wirklich ganz strikt und ... (akustisch unverständlich).

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Und dann haben wir sozusagen das Problem mit den Interessenprofilen, die wir heute ja auch schon erörtert haben. Und da war natürlich die Frage die: Das muss ja erst mal alles mühsam in Gang kommen. Da musste man austauschen, da haben wir Annexe verhandelt, da haben wir wahrscheinlich auch

über diese Suchbegriffe gesprochen. Das kann ich Ihnen im Einzelnen jetzt nicht wiedergeben; das ist auf Fachebene gelaufen. Aber da war eigentlich klar, dass wir sensibel sein müssen in dem Bereich, wo wir kooperieren.

Und dann noch mal - ich habe das ja eingangs schon gesagt; ich kann das nur wiederholen -: Es gibt schon einen Kommt zwischen Diensten. Das ist ja nicht nur mit der NSA so. Wenn Sie eine Zusammenarbeit mit einem Dienst in einem Lande - und da gab es etliche, auch der Bundesnachrichtendienst hat viele Kooperationspartner - - dann ist eigentlich immer klar, dass diese Zusammenarbeit nicht zulasten der Interessen des Dienstes gehen darf, der in dem entsprechenden Land als Kooperationspartner gilt. Das ist sozusagen ein eherner Grundsatz für jede nachrichtendienstliche Kooperation, und das war im Grunde auch bei der NSA - das finden Sie in dem Memorandum of Understanding -, und das musste dann entsprechend durchgesetzt werden und umgesetzt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, das kann ich nachvollziehen. Das ist dann auch so ein bisschen partnerschaftliches Vertrauen, was da neben den Kontrollmöglichkeiten mitspielt.

Eine vielleicht letzte Frage hängt ein wenig damit zusammen. Es kam immer wieder heute auch zur Sprache, dass von diesen Kooperationen, von den einzelnen Schritten, von den Maßnahmen - wir hatten eben das Thema G-10-Anordnung - die parlamentarischen Gremien nicht unterrichtet worden sind. Das würde ich gern noch mal festhalten. Ist denn das PKGr zum Beispiel über gemeinsame Erfassungen an Glasfaser nicht unterrichtet worden? Ist Ihnen da was bekannt?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich Ihnen nicht sagen; das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, es könnte schon sein, dass da mal was durchgehuscht ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, das kann ich Ihnen jetzt im Augenblick - - Das kann ich Ihnen



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht beantworten; weiß ich nicht, was da abgelaufen ist und wie und was, also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren Sie mal im PKGr?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, seit 1994 bis 2009.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Funktion als Gruppenleiter?

Zeuge Dr. August Hanning: In der Abteilung 6 als Abteilungsleiter, Gruppenleiter, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, und dann als - -

Zeuge Dr. August Hanning: - Abteilungsleiter, BND-Präsident und später als Staatssekretär.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe eine lange Karriere in dem Gremium.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, ich habe die hier aufgelistet. Deswegen guckte ich gerade, damit ich das auch so schnell nachvollziehen kann, wie Sie das aus dem Effeff hier runter erzählen. Da bin ich ein bisschen langsamer.

Hatten Sie mal das Gefühl: „Oh, da wissen wir eigentlich was, und die Damen und Herren im PKGr, die kriegen es jetzt nicht zu hören“?

Zeuge Dr. August Hanning: Na, ach - - Also, ich glaube, wir hatten ein gutes Verhältnis, aber ich weiß es nicht. Da müssen Sie Herrn Ströbele fragen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß es auch nicht, weil ich - -

Zeuge Dr. August Hanning: - der es vielleicht anders beantwortet. Aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Union ist die einzige Fraktion, die nicht gleichzeitig im PKGr und in diesem Ausschuss vertreten ist; die

anderen Fraktionen sind es alle. Deswegen taste ich mich so ran.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ihr habt zu viele Leute!)

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich glaube, wir hatten schon ein ordentliches Vertrauensverhältnis. Ob man jede Operation - -

(Zuruf der Abg. Martina Renner (DIE LINKE))

Wir haben sicher nicht jede Operation - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, alle anderen Fraktionen, nur wir nicht, genau, Herr Ströbele. Deswegen sagte ich ja: Alle anderen Fraktionen sind in beiden Gremien vertreten, nur wir nicht; deswegen fehlt mir da ein bisschen Backgroundwissen.

Entschuldigung. Weil eben gesagt worden ist, das PKGr insbesondere wäre nicht unterrichtet worden,

(Zuruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und ich versuche jetzt rauszuarbeiten, in welchem konkreten Fall das sein könnte.

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, gut, da müssen Sie natürlich immer die Frage beantworten: Muss über bestimmte Operationen das PKGr unterrichtet werden? Das ist, glaube ich, nicht der Fall. Es muss auch Operationen geben, die sozusagen nicht dem Parlament als besonderes Vorkommnis gemeldet werden. Das muss im Grunde im Einzelfall abgewogen werden.

Ich meine mich zu erinnern, dass wir auch - aber das weiß ich jetzt auch nicht mehr genau - über die Abteilung 2 durchaus berichtet haben, auch über die Aktivitäten, die Probleme der Abteilung 2. Ich meine schon, dass wir da auch die PKGr unterrichtet haben. Aber, noch mal: Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

kann ich - - bin ich jetzt nicht vorbereitet, Ihnen das genau zu beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Vielleicht kann da auch konkreter die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachfragen, weil da Herr Kollege Ströbele, glaube ich, schon in nicht mehr nachvollziehbar langer Zeit in diesem Gremium sitzt. Ich habe mal geguckt, ich habe es aber nicht rausgekriegt. Das ist aber schon ganz viele Jahre. Ich habe es probiert mal herauszufinden. - Jetzt würde ich nämlich auch zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kommen. Ich weiß nicht: Wer möchte? - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, ich wollte eigentlich vorher fragen - - wo Sie aufgehört haben, zu fragen, nämlich: Hier ist es ja nun vorgekommen, nicht nur - - Das war ja nicht nur eine theoretische Möglichkeit, sondern es ist tatsächlich vorgekommen, dass die NSA Sachen gemacht hat, von denen Sie auch sagen: Das ist mit deutschen Interessen möglicherweise oder sicher nicht zu vereinbaren. Haben Sie denn - die Frage hat der Vorsitzende dann nicht mehr gestellt - selber oder der Bundesnachrichtendienst konkret was getan? Welche Schlussfolgerungen haben Sie denn da gezogen? Also, sind Sie zu Herrn Hayden oder nachher Herrn Alexander oder - - ich weiß, der war da, glaube ich, noch nicht im Dienst, also, nicht in dem Amt - hingegangen und haben gesagt: „Schweineerei, wir haben da wieder was entdeckt“, und: „Lasst das mal!“, oder: „Haben irgendwelche Mitarbeiter von Ihnen so was gemacht?“, oder - - Wie haben Sie denn da reagiert, wenn so was - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß nicht, auf welche Vorgänge Sie da anspielen, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unter anderem diese Selektorengeschichten, von denen wir ja hier gehört haben.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut, das war nicht zu meiner Amtszeit. Also da können - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, natürlich!

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich habe das jedenfalls nicht als kritisch in Erinnerung, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind in - -

Zeuge Dr. August Hanning: - dass das während meiner Amtszeit hochgekommen ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab sogar eine Datei oder eine Datenbank „Ablehnen“, -

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ja alles sein, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mit der Bezeichnung „Ablehnen“.

Zeuge Dr. August Hanning: - aber das ist nicht zu meiner Kenntnis gelangt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Dr. August Hanning: Ist nicht zu meiner Kenntnis gelangt. Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern.

Wir haben natürlich gerungen mit den Amerikanern über bestimmte Dinge. Die Amerikaner haben sich beschwert, dass wir zu restriktiv seien bei der Weitergabe von Informationen. Das war schon ein Gesprächsthema. Das war ein Gesprächsthema auf Fachebene, und das war auch ein Thema für mich mit der Leitung der NSA. Also, das war schon so. Auf der anderen Seite hat die NSA, und wir auch, nicht über die wechselseitige Aufklärung gesprochen. Also, die NSA hat uns auch nicht gefragt, was der BND alles aufklärt, und wir haben auch die NSA nicht gefragt, was sie alles aufklären. Ich glaube auch, diese Art von Fragen wären nicht beantwortet worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist mir jetzt alles zu allgemein. Ganz konkret: Es sind ja jetzt ein paar Begriffe



Nur zur dienstlichen Verwendung

aufgetaucht. Wir haben gehört - das haben jetzt Leute aus dem Bundesnachrichtendienst uns hier erzählt -, dass in dieser Ablehnungsdatei - - Das wurde den Amerikanern auch mitgeteilt, dass diese Selektoren jetzt abgelehnt sind, dass sie also nicht mehr drin sind. Ist darüber hinaus noch was geschehen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann mich an den Vorgang nicht erinnern. Also, ich habe die Ablehnungskartei nicht auf dem Schirm. Ich habe die nicht in Erinnerung. Das war ja weitgehend alles auf der Ebene der Abteilung; da hat es ja intensive Gespräche gegeben zwischen der Abteilung und -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bad Aibling soll das gewesen sein.

Zeuge Dr. August Hanning: - der NSA. Das hat - - Also, ich kann mich nicht erinnern, dass mich das als Präsident erreicht hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Na, dann kommen wir noch mal auf diese Frage, die Sie ja vorher auch schon mal erörtert haben: Need to know. Da haben Sie gesagt, das kann nicht gelten gegenüber dem Präsidenten; jedenfalls über Vorgänge von besonderer Bedeutung muss er informiert werden, weil er trägt auch die Verantwortung. Trägt er auch die Verantwortung, wenn er es nicht weiß?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher. Er hat eine Organisationsverantwortung, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehe ich auch so.

Zeuge Dr. August Hanning: Klar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und?

Zeuge Dr. August Hanning: Na, schauen Sie sich mal - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was - - Ist es bei Ihnen denn mal vorge-

kommen, dass Sie über solche Vorgänge nicht informiert worden sind und Sie das irgendwann erfahren haben? Und wie haben Sie reagiert?

Zeuge Dr. August Hanning: Ärgerlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. August Hanning: Ärgerlich habe ich reagiert, natürlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Haben Sie das -

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist immer vorgekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - zum Anlass genommen - -

Zeuge Dr. August Hanning: Wir sind ein Laden mit 6 000 Leuten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Da kommt es immer wieder vor, dass bestimmte Dinge Ihnen nicht gemeldet werden, dass sie in der Hierarchie hängen geblieben sind, dass, häufig gar nicht böswillig, bestimmte Dinge, die sich dann plötzlich im Nachhinein als wichtig herausgestellt haben - für die Bewertung war wichtig der Zeitpunkt -, dass das nicht gemeldet worden ist, und da gibt es dann natürlich - - Da gibt es dann Richtlinien, da gibt es Rücksprachen, da gibt es sozusagen die Frage: Wer hat den Fehler zu verantworten? Warum, wieso, weshalb ist das nicht gemeldet worden? Dem müssen Sie als Präsident natürlich nachgehen. Klar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und wenn Sie dann den Eindruck hatten, die wollten Ihnen das nicht mitteilen, weil sie sagten: „Besser, der weiß das nicht, -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dann kann er dafür auch nicht verantwortlich gemacht werden“ - so ungefähr, also, um Sie zu schonen, wenn da was ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, das ist ja liebenswürdig, wie Sie das formulieren, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber da müssen Sie -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bin immer so.

Zeuge Dr. August Hanning: - ich weiß das bei Ihnen - natürlich Dritte fragen, wie der Präsident überkommt. Ich selbst habe immer versucht, eine Atmosphäre zu schaffen, dass man mich offen unterrichtet. Und noch mal: Ich habe mich auch bemüht, eine ordentliche Fehlerkultur zu haben im Dienst. Das ist ja auch ganz wichtig, wie man mit Fehlern umgeht, dass man sozusagen Leute nicht sofort in den Senkel stellt, sondern auch fragt: „Warum, wieso, weshalb?“, um die Ursachen aufzuklären. Also, aus meiner Sicht hatten wir eine relativ offene Diskussionskultur. Aber das müssen Sie natürlich meine ehemaligen Mitarbeiter fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wissen Sie, ich komme ja nicht - - Das ist ja nicht ein theoretischer Fall, sondern - das haben Sie ja auch in der Zeitung gelesen - 2013 haben dann Mitarbeiter von Ihnen doch mal gedacht, wir nehmen mal die Snowden-Dokumente ernst und gucken mal, ob da tatsächlich Selektoren drin sind, die da nicht reinsollten - um das mal ganz allgemein zu sagen -, und haben da 30 000 gefunden und haben das angeblich - wir waren ja nicht dabei - nicht nach oben gemeldet. Wir wissen noch nicht genau, was das Motiv gewesen ist, weil unter anderem dazu auch keine Angaben gemacht werden. Aber wäre das so ein Fall gewesen, wo Sie sagen: „Das hätte ich als Präsident aber unbedingt wissen müssen, dass so was gefunden wird“?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, das sehe ich genau wie der gegenwärtige BND-Präsident. Natürlich hätte er das melden müssen, klar; das war ein besonderes Vorkommnis. Warum er das nicht gemacht hat, weiß ich nicht. Ich meine, hier in Berlin wird immer gleich vermutet, das sei böse Absicht und alles sozusagen so eine Art - in Führungsstrichen - Verschwörung. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass da häufig auch einfach - ja, wie soll ich sagen? - Schlamperei am Werke ist, dass man es einfach - - dass er die Dimension der Sache überhaupt nicht erkannt hat. Ich schließe das nicht aus; ich weiß es nicht. Man müsste mit dem Mitarbeiter sprechen - vielleicht haben Sie Gelegenheit dazu -, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die waren ja hier.

Zeuge Dr. August Hanning: - um das zu ergründen: Warum, wieso, weshalb? Normalerweise, wenn so etwas vorkommt, ist das schon ein Punkt, der der Spitze des Dienstes gemeldet werden muss, selbstverständlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie jetzt zurückdenken an diese ganze Operation „Eikonol“: War das ein Vorgang von besonderer Bedeutung, der hätte unter anderem auch dem PKG berichtet werden müssen? Also, dass Sie da hingehen und sagen: „Wir haben da jetzt eine gute Zusammenarbeit -

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mit der NSA, -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß nicht, was damals - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wir profitieren davon, und das ist für uns ganz nützlich, und deshalb machen wir das, und das sieht so und so aus“?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Ströbele, Sie haben möglicherweise das bessere Gedächtnis als ich. Also, ich kann mich an die damalige Zeit nicht wirklich genau erinnern. Ich kann mich nur



Nur zur dienstlichen Verwendung

erinnern, dass wir über die Abteilung 2 durchaus in der PKGr berichtet haben, dass wir auch berichtet haben über die Probleme, dass wir auch berichtet haben, wie wir das lösen wollen, und ich meine - aber ich bin wirklich vorsichtig -, dass wir auch über die Zusammenarbeit mit den Amerikanern berichtet hätten; ob in allen Einzelheiten, weiß ich nicht. Aber noch mal: Das ist jetzt nur wirklich meine Erinnerung. Ich habe das nicht überprüft.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es auch umgekehrt gewesen sein, dass bei Ihnen im Bundesnachrichtendienst, bei verantwortlichen Leuten, die damit zu tun hatten, die Auffassung vorherrschte: „Um Himmels willen, auf gar keinen Fall PKG mitteilen, auf gar keinen Fall G 10-Kommission mitteilen, dass das geradezu eine herrschende Auffassung da gewesen ist“, -

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, ich glaube - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil man Konsequenzen möglicherweise befürchtete?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Dr. August Hanning: Das glaube ich nicht, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal die Akten gelesen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Man ist ja auch - - Zum Beispiel gegenüber Ihren Kollegen aus dem Vertrauensgremium haben wir das doch auch alles offen erörtert; wir brauchten ja die Haushaltsmittel. - Na selbstverständlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber doch nicht, dass Sie hier für die - - Darüber regen die sich ja auf.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb haben die ein Moratorium eingerichtet, wie Sie aus der Zeitung entnehmen konnten, -

Zeuge Dr. August Hanning: Wir reden von G 10 jetzt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil sie da nicht informiert worden sind, -

Zeuge Dr. August Hanning: Wir reden über das Haushaltsgremium.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass Sie mit der NSA zusammen da was machen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich rede über das Haushaltsgremium. Also, noch mal: Es gab keine generelle Scheu, Abgeordnete nicht [sic!] zu unterrichten; das war jedenfalls mein Eindruck. Ich meine, dass wir zumindest in genereller Form auch die PKGr unterrichtet haben. Aber ich sage das in aller Vorsicht, ich weiß es nicht; ich habe das nicht überprüft jetzt im Vorfeld dieser Vernehmung. Aber dass die Abteilung 2 Defizite hatte, dass es da Probleme gab, dass es ein Konzept gab zur Verbesserung, das haben wir, glaube ich, immer erörtert und, ich meine, auch vorge tragen. Aber ich weiß es nicht genau; kann ich Ihnen nicht genau sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt noch eine ganz andere Frage zu der Hauptstelle für Befragungswesen; da haben wir ja gestern auch die Zeugin gehabt. Ist Ihnen ein Fall bekannt, dass die Behauptung in der Öffentlichkeit aufgestellt worden ist, dass durch so eine Befragung Informationen durch die Mitarbeiter, die amerikanischen, die US-amerikanischen Mitarbeiter erlangt worden sind, die dann wiederum für einen Drohneneinsatz genutzt werden - „wurden“, muss man sagen?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, zu meiner Amtszeit ist mir das nicht konkret in Erinnerung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. In Ihrer Amtszeit weiß ich jetzt auch keinen Fall. Aber dass Sie davon gehört haben?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut, gelesen habe ich vieles. Aber ich kann das nicht wirklich einschätzen. Da muss man genau den Fall sich anschauen, da muss man die Randbedingungen alle genau kennen, und das war sozusagen alles nach meiner Amtszeit. Deswegen bin ich da zurückhaltend in der Bewertung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber was in Ihrer Amtszeit war - das hat die Zeugin ja auch berichtet -, ist, dass US-Amerikaner dabei waren häufig. Die war ja nun richtig - - Sie hat sogar behauptet, die wären ihr unterstellt gewesen, was ich mir eigentlich nicht vorstellen kann, aber so war die Aussage - - dabei waren und eben, was Ihnen auch schon vorgehalten worden ist, dass die auch alleine dann mit Flüchtlingen geredet haben und die interviewt haben, oder manchmal war ein Praktikant dabei, haben wir jetzt auch gehört. Und dann haben sie sich noch in Sprachen unterhalten, die zwar die Amerikaner verstanden, aber die BND-Mitarbeiter nicht, weil die irgendwie die Herkunftssprache kannten, also jetzt nicht Englisch oder so, sondern was anderes. War das erlaubt? Also konnten da US-Amerikaner einfach in dieser Weise Informationen abschöpfen, ohne dass die dabeisitzenden oder nicht dabeisitzenden Deutschen davon was mitkriegen?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, Herr Abgeordneter, wie die Befragung immer im Einzelnen organisiert wurde, das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß aber sehr wohl, dass sozusagen Leiter der Befragungsstelle ein BND-Angehöriger war, dass auf jeden Fall die Protokolle der Befragungen ausgetauscht wurden. Und ob jetzt die Präsenz immer gewährleistet war, in jedem Einzelfall, das kann ich Ihnen nicht beantworten; das weiß ich nicht. Aber es ist jedenfalls - - sind die Informationen immer ausgetauscht worden innerhalb der Befragungsstelle. So ist das wohl organisiert gewesen, soweit ich das weiß. Ich habe mich mit den Einzelheiten da auch nicht beschäftigt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn noch eine andere Stelle, die solche Flüchtlingsbefragungen durchgeführt hat? - Im BND, meine ich jetzt, im BND.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja. Ich glaube, das war diese Hauptstelle. Die hatte, glaube ich, ein paar Nebenstellen auch. Aber das war die - - Das war alles der Abteilung 1 unterstellt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist der Fall Curveball auch darüber gelaufen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An den sind Sie auch darüber gekommen?

Zeuge Dr. August Hanning: So ist es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Durch eine solche Befragung? - Und blieb der dann weiter auch in den Händen der Befragungsstelle, oder haben das andere übernommen bei Ihnen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, der ist ja dann weitergemeldet worden, auch an die US-Seite, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: - mit den bekannten Ergebnissen, die Sie ja alle kennen und die wir ja ausführlich schon mal erörtert haben, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Mit traurigen Ergebnissen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut, das kommt jetzt auf die Perspektive an.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zehntausende Tote, ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, das hat, glaube ich, mit Curveball nichts zu tun.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Dr. August Hanning: Gut.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war das Ergebnis. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. - Die SPD hat keine Fragen mehr. Damit wären wir jetzt am Ende dieser Fragenrunde. Wir haben 15.30 Uhr vereinbart als Schluss. Ich frage jetzt mal - wir haben ja noch 18 Minuten -, wer noch Fragen hat. Vielleicht können wir die Fragen, die im Raume stehen, noch in dieser Zeit klären.

Wir kommen dann jetzt als Nächstes zur Fraktion Die Linke, Herr Kollege Hahn. Jetzt frage ich mal: Gibt es noch Fragen von den - - CDU/CSU gibt es nicht, SPD - - Vielleicht kriegen wir es hin, dass beide Fraktionen noch drankommen; das fände ich sehr schön. - Herr Kollege Hahn, Sie dürfen anfangen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf einen Punkt, der immer wieder angesprochen worden ist von Zeugen hier und von Ihnen heute auch, dass Grundlage der Arbeit des Bundesnachrichtendienstes das sogenannte Auftragsprofil der Bundesregierung ist für den BND. Das haben Sie ja auch bestätigt. Und jetzt ist ja die parlamentarische Kontrolle so ausgerichtet, dass wir die Tätigkeit der Bundesregierung in Bezug auf die Geheimdienste, Nachrichtendienste kontrollieren. Wissen Sie eigentlich, ob dieses Auftragsprofil dem Parlamentarischen Kontrollgremium jemals zur Kenntnis gegeben wurde?

Zeuge Dr. August Hanning: Das weiß ich nicht; ich vermute, eher nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie vermuten, nicht. Warum vermuten Sie das?

Zeuge Dr. August Hanning: Weil ich mich nicht erinnern kann, dass das da diskutiert worden ist, während meiner Zeit.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, Sie haben völlig recht. Also, das ist dem Kontrollgremium nie zur Kenntnis gegeben worden. Ich stelle mir nur die Frage - Sie waren Präsident, Sie waren im Kanzleramt, Sie waren im Innenministerium -: Wie kann eine wirksame parlamentarische Kontrolle funktionieren, wenn man das zentrale Dokument, den Auftrag an den Bundesnachrichtendienst, überhaupt nicht zur Kenntnis bekommt, und wie soll man dann bewerten, ob sich der Bundesnachrichtendienst an die Aufträge der Bundesregierung hält, sie einhält und sich nicht eigenständige Aufträge gibt, die ganz anders aussehen als das, was die Bundesregierung vorgibt?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, hier sind wir, glaube ich, zum Teil außerhalb des Untersuchungsgegenstandes. Aber, noch mal, ich versuche trotzdem mal Ihre Frage zu beantworten. Ich glaube, die Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle ist ja nicht, die administrative Kontrolle zu ersetzen. Also, die Frage, ob das Auftragsprofil des BND aus der Sicht der Bundesregierung ordentlich abgearbeitet wird, ist eigentlich originärer Gegenstand der administrativen Kontrolle.

Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die parlamentarische Kontrolle die Bundesregierung in ihrer Aufsicht über die Nachrichtendienste betrifft. Das ist aus meiner Sicht ein etwas anderes Thema. Da müssen Sie dann wirklich fragen: Sind Mittel und Methoden der Nachrichtendienste sozusagen angemessen? Gibt es Missstände - aus meiner Sicht auch die Aufgabe, zu unterstützen in kritischen Fällen -, wenn es Kritik gibt, die unberechtigt ist? Aber ich glaube, das sind unterschiedliche Kontrollgegenstände, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber da die Bundesregierung das Auftragsprofil ja erstellt und auch regelmäßig überarbeitet und wir die Bundesregierung in Bezug auf die Nachrichtendienste zu kontrollieren haben: Ist da nicht tatsächlich es zwingend erforderlich, dass das Gremium dann auch ein solches Auftragsprofil kennt, um beurteilen zu können, ob der Bundesnachrichtendienst sich daran hält?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. August Hanning: Na gut, noch mal: Das ist aus meiner Sicht Kernaufgabe der administrativen Kontrolle der Bundesregierung gegenüber dem Bundesnachrichtendienst. Es betrifft sozusagen weniger die Kontrolle: Arbeitet der Bundesnachrichtendienst mit Mitteln und Methoden, die Grundrechtseingriffe bedeuten, die sozusagen Missstände zum Ausdruck bringen usw.? Aber noch mal, Herr Abgeordneter: Die Diskussion müssen Sie mit der Bundesregierung führen. Ich fühle mich da im Augenblick jetzt nicht kompetent, Ihnen da nun wirklich als - in Anführungsstrichen - Sachverständiger Auskünfte zu geben. Darüber kann man sicher reden, wie man mit dem - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben aber auch in der Bundesregierung gearbeitet. Ich frage das auch deshalb, weil wir ja im Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses auch Vorschläge erarbeiten wollen, erarbeiten sollen, wie parlamentarische Kontrolle beispielsweise besser funktionieren kann. Und ich kann Ihnen sagen, dass wir das Auftragsprofil der Bundesregierung nur deshalb überhaupt zur Kenntnis bekommen haben, weil ein amerikanischer Spion im Bundesnachrichtendienst genau dieses Auftragsprofil entwendet hat und sich nun in den Akten des Generalbundesanwalts ebendieses Auftragsprofil befindet, das wir vorher nie gesehen hatten.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, gut, ich will mich jetzt jeder spaßigen Bemerkung enthalten. Aber ich wundere mich, dass das geheim geblieben ist in dieser Republik. Es bleibt ja sonst wenig geheim. Aber, ich sage mal, abgesehen davon, ich glaube, das muss man wirklich mit der Bundesregierung erörtern und kann man auch.

Nein, die Frage - das wissen Sie auch - ist die Frage der Geheimhaltung, und das Auftragsprofil für den Bundesnachrichtendienst ist natürlich mit einer sehr hohen Geheimhaltungsstufe versehen, weil daraus sich eine Menge ableiten lässt. Und ich glaube, das begründet auch die Sensibilität im Umgang mit dem Auftragsprofil, und ich glaube, das ist eine Frage, die müsste man mit dem Kanzleramt aufnehmen, wie das Kanzleramt das letztlich einschätzt. Ich meine, letztlich ist

das Kanzleramt verantwortlich für den Umgang mit diesem Auftragsprofil.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber wenn ein BND-Mitarbeiter das einfach runterladen und mitnehmen kann, und den gewählten Abgeordneten wird das über Jahre vorenthalten, dann ist das tatsächlich ein Problem. Aber ich will jetzt da nicht weiter fragen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, der wird auch dafür bezahlt!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Gut. Dann wechseln wir noch einmal zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hanning, die Schlussrunde: Im Hinblick auf die Abwägungen, die man treffen muss - Sie haben das ja vorhin beschrieben, dass man Dinge abwägen muss -: Was sind eigentlich die Güter, die man gegeneinander abwägt, jetzt auch als BND-Präsident? Also, klar, coole Technik von den Amerikanern bekommen; man hat selbst nicht so viel Geld und so, um das zu machen. Aber gegen was wägt man das eigentlich ab?

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, entscheidend ist ja schon, was wir gerade diskutiert haben: Die Bundesregierung hat ein klares Aufklärungsprofil. Nach meinem Verständnis - da gibt es möglicherweise unterschiedliche Auffassungen - muss auch dieses Land sehr klar nationale Interessen definieren. Das fällt uns gelegentlich schwer, aber das müssen wir, glaube ich, sollten wir. Und der BND ist natürlich sozusagen, wenn Sie so wollen, ein Instrument zur Wahrnehmung dieser Nationalinteressen.

Dies muss man dann unterschiedlich gewichten. Da gibt es nationale Interessen, die sozusagen außenpolitisch definiert sind. Da gibt es aber auch Sicherheitsinteressen - da sind wir bei der Force Protection, bei der Bundeswehr; der BND ist ja auch ein militärischer Dienst -, und dann gibt es



Nur zur dienstlichen Verwendung

den ganzen Sicherheitsbereich; Stichwort Terrorabwehr. Und ich glaube, dass der Bundesnachrichtendienst mit seiner Arbeit hier einen ganz wichtigen Beitrag für das Wohl dieser Republik leistet. Das ist meine persönliche Überzeugung. Ich weiß, dass das in der Öffentlichkeit häufig missverstanden wird, nicht wahrgenommen wird. Das ist in Deutschland ein besonderes Problem; das haben Sie in anderen Ländern so nicht.

Aber noch mal: Ich glaube, dass die politisch Verantwortlichen deswegen gut beraten sind, diesen Bundesnachrichtendienst auch auszustatten vernünftig, vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen und auch dazu beizutragen, dass die Akzeptanz dieses Dienstes in der deutschen Öffentlichkeit größer wird, als das bisher der Fall ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hanning, die Grundrechte kamen jetzt gar nicht vor in Ihrer Abhandlung.

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, ich bin ja nun auch Innenstaatssekretär gewesen. Ich glaube, dass der Bundesnachrichtendienst die Institution ist, die von den deutschen Sicherheitsbehörden am geringsten in die Grundrechte deutscher Bürger eingreift.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch wenn man in Deutschland an die Glasfaser drangeht?

Zeuge Dr. August Hanning: Das sind doch Routineverfahren zum großen Teil, die deutsche Bürger gar nicht betroffen haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kann man - -

Zeuge Dr. August Hanning: Im Übrigen: Deutsche Bürger wurden über G 10 geschützt, ich glaube, sehr zuverlässig.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, das hat ja nicht funktioniert!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie werden jetzt gleich sagen, Sie können sich daran nicht mehr genau erinnern. Aber ich sage Ihnen: Ich habe die Akten gelesen, und ich kann mich sehr gut an den Inhalt der Akten erinnern: Genau diese künstliche Trennung funktioniert eben im digitalen Raum nicht.

Zeuge Dr. August Hanning: Na gut, da bin ich anders unterrichtet, Herr Abgeordneter. Das kann ich jetzt nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, genau. Das habe ich mir gedacht. Aber deswegen ist Ihre These, Ihre Ausgangsthese eben verkehrt. Und ich sage Ihnen auch mal: Sie müssen natürlich G-10-Genehmigungen bekommen, weil der Gesetzgeber genau das gesehen hat. Ich will Ihnen jetzt nicht mit der deutschen Geschichte kommen. Aber Geheimdienste - ich verteidige sie und sage: es muss sie geben - haben eben auch Grenzen. Und wenn Sie bei denen fragen, was abzuwägen ist, also, wenn das Stichwort Grundrechte und Bürgerrechte noch nicht mal fällt, dann stimmt eben irgendwas nicht.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, Herr Abgeordneter, dass -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können das ja jetzt korrigieren, wenn Sie wollen.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich will nicht pathetisch werden. Aber dass -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich auch nicht.

Zeuge Dr. August Hanning: - einige deutsche Soldaten, viele Bürger dem Bundesnachrichtendienst zu verdanken haben, dass Leib und Leben geschützt wurden - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich gern.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, dass die Eingriffe, die vorgenommen wurden, verglichen



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit den Eingriffen durch andere staatliche Institutionen, sehr gering waren. Der Bundesnachrichtendienst ist ein Auslandsnachrichtendienst. Er greift nicht in bürgerliche Rechte hier im Inland ein.

Jetzt kann man sagen: G-10-Gesetz schützt das und fragt nicht danach. Aber wenn Sie das mal materiell bewerten - und Sie sind ja im Augenblick dabei -, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: - und wollen ja im Grunde sagen: Ja, das sind ganz schwerwiegende Eingriffe - - Das sehe ich nicht so. Ich glaube, dass die Eingriffe, die von anderen Sicherheitsbehörden vorgenommen werden und wurden - und ich habe das ja als Innenstaatssekretär ein bisschen beurteilen können -, weitaus gravierender sind: beim BfV, beim BKA.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir sollen schärfer - -

Zeuge Dr. August Hanning: Ich will das alles nicht verteidigen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bundesamt für Verfassungsschutz.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich will das nicht verteidigen, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber man muss, glaube ich, die Dimension schon auch richtig würdigen. Ich glaube, dass der Bundesnachrichtendienst nicht die Stelle ist in Deutschland, die am gravierendsten in Bürgerrechte eingreift, im Gegenteil.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das versuchen wir ja genau herauszufinden. Also, Sie würden uns raten, auch noch genauer beim Bundesamt für Verfassungsschutz zum Beispiel nachzugucken?

Zeuge Dr. August Hanning: Sie haben gefragt nach der Eingriffsintensität in Grundrechte, und ich habe einen Vergleich gezogen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben auf andere Dienste verwiesen und haben gesagt, -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Sie wären für das BMI zuständig gewesen, -

Zeuge Dr. August Hanning: Richtig, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und da gebe es grundrechtsintensivere Dinge.

Zeuge Dr. August Hanning: Klar, natürlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, das ist schon mal viel wert.

Zeuge Dr. August Hanning: Da muss man auch besonders hingucken, besonders aufpassen, und das geschieht auch.

Wissen Sie, Herr Abgeordneter, jetzt bin ich schon bei der persönlichen Bemerkung. Ich war ja nun viele Jahre in der Ständigen Vertretung in der DDR, und ich habe erlebt, was es bedeutet, wenn in Grundrechte eingegriffen wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Wenn Sie vier Jahre observiert werden, vier Jahre Ihre Wohnung abgehört wird, dann haben Sie ein besonderes Verständnis über Grundrechte, wenn ich das vielleicht noch mal persönlich einflechten darf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nehme ich gerne an, und gerade das schwebt mir auch vor. Und genau deswegen haben wir auch Kontrollmechanismen, deswegen gibt es parlamentarische Kontrollgremien, und deswegen gibt es Untersuchungsausschüsse, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

es in der Form in der DDR - das darf man ja ruhig vor dem morgigen Tag mal sagen - in der Form nicht gab - nicht? Und das macht eine wehrhafte Demokratie aus, und das bedeutet eben auch, dass man Fehlentwicklungen zurückkämpft. Und das versuchen wir hier mit dem Ausschuss.

Meine letzte Frage, Herr Hanning: Der Begriff der Kronjuwelen in der Geheimdienstsprache: War der in Ihrer Amtszeit schon ein gängiges Wort, oder sind Sie dem so nicht - -

Zeuge Dr. August Hanning: Der Begriff ist mir natürlich bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder verbinden Sie damit nur die Queen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, er ist mir natürlich bekannt, auch aus der Cyber-Security-Debatte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Wenn ich gefragt werde: „Wenn ihr eure IT-Systeme schützen wollt, dann müsst ihr erst mal bestimmen, was wirklich zu schützen ist“, und dann sind wir bei dem Begriff Kronjuwelen. Kronjuwelen sind natürlich der Bereich, der in besonderer Weise geheimhaltungsbedürftig, das heißt, schützenswert ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie mir sagen, was die Kronjuwelen des BND sind?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, der hat viele, hoffentlich jedenfalls. Ich kann Ihnen die im Augenblick aber hier nicht nennen; denn dann wären es ja auch keine Kronjuwelen mehr. Da bitte ich um Verständnis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank auch von meiner Seite.

(Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meldet sich zu Wort)

- Herr Ströbele, Entschuldigung. Das hatte ich nicht wahrgenommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe doch noch zwei Fragen. - Sie haben vorhin in irgendeinem Zusammenhang mal erwähnt, dass, wenn man solche neuen Apparate, nenne ich das mal allgemein, Computer und Software, benutzt, man natürlich auch klären muss: Was können die, was machen die usw.? Haben Sie, gerade wenn Sie sagen, Sie selber sind da kein Fachmann, genauso wenig wie ich - also, ich habe da auch meine Riesenprobleme, das alles zu verstehen -, denn mal Fachleute hinzugezogen, und zwar unabhängige, jetzt nicht nur aus Ihrem Hause?

Mir fällt da zum Beispiel BSI ein. Sie hatten doch Kontakte zum BSI. Haben Sie die mal damit befasst, dass Sie gesagt haben: Könnt ihr das mal angucken, was uns jetzt die NSA da reingestellt hat, zum Beispiel in Frankfurt? Sind da irgendwelche Löcher, oder ist das, was wir - -

Wir haben mal hier einen Mitarbeiter oder ehemaligen Mitarbeiter von Ihnen gehört - oder nein, es war sogar jemand vom BSI -, der hat gesagt: Na ja, sie hätten sich dann die Prospekte angeguckt

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Bedienungsanleitung!)

- die Bedienungsanleitung - und hätten gedacht: Na ja, es ist in Ordnung. - Also, selbst als Laie sagt mir das: Das kann nicht sehr in die Tiefe gegangen sein, wenn man sich die Bedienungsanleitung ansieht. Haben Sie so was mal überlegt?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, hinter Ihrer Frage steckt die Frage: Wer ist wirklich kompetent, das zu beurteilen innerhalb der Bundesverwaltung? Und da ist schon meine Erfahrung die, dass zu meiner Amtszeit - ich will jetzt nicht über die Gegenwart sprechen - der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesnachrichtendienst über die weitaus besten Experten verfügte. Und deswegen war es, glaube ich, richtig und klug, da auf die Experten des eigenen Hauses zu vertrauen. Ich glaube nicht, dass zusätzliche Erkenntnisse gewonnen worden wären, wenn wir das BSI in der damaligen Zeit eingeschaltet hätten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also, oder andere, Private oder so, wollten Sie schon gar nicht dranlassen, -

Zeuge Dr. August Hanning: Na ja, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - also Telekom oder - -

Zeuge Dr. August Hanning: - der BND arbeitet mit privaten Dienstleistern. Aber noch mal: Ich glaube, Sie dürfen die fachliche Expertise des BND nicht unterschätzen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie haben da auch vertraut.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, wir haben sehr gute Leute, wir haben schon gute Leute. Und ich glaube nicht, dass in Deutschland sehr viel besserer Sachverstand vorhanden war neben dem Bundesnachrichtendienst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, jetzt habe ich auch noch eine abschließende Frage. Bevor Sie heute hier als Zeuge erschienen sind: Haben Sie da Unterlagen, Akten gelesen, im BND, oder sind Ihnen zur Verfügung gestellt worden?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, mir sind - - Vor zwei Tagen habe ich mir das angeschaut und habe festgestellt, dass ich viele Vorlagen abgezeichnet habe, an die ich mich gar nicht mehr erinnern kann, und dann habe ich die Akteneinsicht abgebrochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben Sie dann abgebrochen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, weil das keinen Sinn macht, sich mit Papieren zu beschäftigen,

an die man zum Teil keine konkrete Erinnerung hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie lange waren Sie ungefähr damit befasst?

Zeuge Dr. August Hanning: Weiß ich nicht, so anderthalb Stunden oder eine Stunde oder so.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und die Selektorenliste?)

Und waren das nur Sachen, die Sie jetzt gezeichnet haben, oder waren das zusammenhängende Akten?

Zeuge Dr. August Hanning: Das waren im Wesentlichen Sachen, die ich gezeichnet habe. Aber, wie gesagt, ich habe nicht alle Akten durchguckt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Ganz herzlichen Dank. - Wenn es in der heutigen Sitzung keine Fragen mehr gibt, die wir im Rahmen unserer vereinbarten Zeit stellen können, dann sind wir am Ende der Zeugenvernehmung des heutigen Tages, sage ich ganz ergänzend dazu.

Herr Dr. Hanning, nach der Fertigstellung des Protokolls wird Ihnen das stenografische Protokoll vom Sekretariat übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit - Sie kennen das -, Korrekturen und Überarbeitungen vorzunehmen oder gegebenenfalls Richtigstellungen oder Ergänzungen.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie uns so lange Rede und Antwort gestanden haben in öffentlicher Sitzung. Ob Sie gegebenenfalls noch einmal öffentlich oder speziell nichtöffentlich oder eingestuft gehört werden



Nur zur dienstlichen Verwendung

müssen, das werden wir dann entscheiden. Ich bedanke mich bei Ihnen.

Die Sitzung ist geschlossen. Die nächste Ausschusssitzung findet am Donnerstag, den 15. Oktober 2015, voraussichtlich um 11.30 Uhr, mit der Beweisaufnahmesitzung im Paul-Löbe-Haus im Europasaal statt.

Allen einen schönen Tag noch und ein schönes Wochenende.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ich bedanke mich auch. Auf Wiedersehen!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Tschüss.

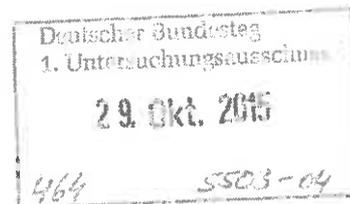
(Schluss: 15.28 Uhr)

ANLAGE

Dr. August Hanning

25. 10. 2015

An den
Deutschen Bundestag
Untersuchungsausschuss
Adele-Schreiber-Krieger Str. 1
10177 Berlin



Stenografisches Protokoll der 65. Sitzung

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Sensburg,
nach Durchsicht des mir zugegangenen Protokollentwurfs bitte ich folgende Passagen zu korrigieren:

1. Auf S. 8 den Satz beginnend mit „Und das war ja auch...“ durch folgende Formulierung ersetzen: „Und das war ja auch der Grund dafür, dass wir oder ich nach Amtsantritt sehr schnell die Frage angegangen sind.“
2. Auf S. 10 in dem Satz beginnend mit „Da gab es auch schwierige Diskussionen...“ das Wort „eingesehen“ durch „einsehen“ ersetzen.
3. Auf S. 16 den Satz beginnend mit „Die Amerikaner sind...“ die Passage nach dem Komma durch die Formulierung „in 16 verschiedenen Diensten.“ ersetzen.
4. Auf S. 28 den Satz beginnend mit „Der Deutsche Bundestag sollte ...“ im zweiten Satzteil wie folgt ersetzen: „-nicht das deutsche Recht auf andere Länder übertragen und...“
5. Auf S. 30 den Satz „Ich habe auf Schlüssigkeit nur überprüfen können“ durch „Ich habe sie nur auf Schlüssigkeit überprüfen können“ ersetzen.
6. Auf S. 72 die erste Korrektur: Ersatz des Satzes „Wir ziehen ...“ durch: „Sie ziehen uns natürlich nicht über den Tisch“.
Die zweite Korrektur: Den Satz „ Sie streben...“ durch „Sie streben das strategische Ziel an“ ersetzen.
7. Auf S. 86 Ersatz des Satzes beginnend mit „Oder jedenfalls ist ...“ durch den Satz: „Oder jedenfalls ist mir das nicht in Erinnerung: in meiner Amtszeit gab es keine Beweise dafür.“ ersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

